#### **DOKUMENTATION**

# Plenarsitzung im Diskussionsklub "Waldaj" (2023)

# Rede, Interview und Antworten des Präsidenten der RF

<u>Ku</u>	urzübersicht auf die Themen vom 5. Oktober 2023		<u>Seite</u>
	<b>3</b>	Rainer Böhme F. Lukjanow	2
•	Podium- <b>Rede</b> von W. Putin im 'Waldai-Klub' 2023 Lageentwicklung (4), Ukraine-Konflikt (6), 'Regeln' im Bloc Disput 'Zivilisation' (10), zivilisatorischer Ansatz der Politik		3
•	Podium- <b>Interview</b> mit W. Putin von F. Lukjanow im 'Waldaio Wirtschaftliche Zukunftsaussichten  Südkaukasus und Rolle des Westens	-Klub' 2023	16 17 20
•	Podium- <b>Antworten</b> von W. Putin auf Gästefragen im 'Walda o Zur Eurasischen Partnerschaft vs. 'Seidenstraßen-Initiative o Zur Rolle des VN-Rechtssystems		26 28
	<ul> <li>Zur Nukleardoktrin Russlands und zu Kernwaffentests</li> <li>Zur `Entnazifizierung' in der Ukraine vs. Reaktion in Kanada</li> </ul>	a	30 34
	<ul> <li>Zum 'Fenster nach Europa' und zur Souveränität Europas</li> <li>Zu Militärinterventionen, zum Truppenabzug und System d</li> </ul>	ler Sicherheit	37 40
	<ul> <li>Zum Antifaschismus vs. Dialog mit der AfD</li> <li>Zum 'Nord Stream'-Ermittlungsstand vs. Interessenlage</li> </ul>		42 44
	<ul> <li>Zu Konfliktlösungen in Syrien und im Irak</li> <li>Zu den Beziehungen zu Japan</li> <li>Zu Serbien und der Rolle des Westens</li> </ul>		47 49 50
	<ul> <li>Zu Serbien und der Kolle des Westens</li> <li>Zum G20-Gipfel 2023 in Indien</li> <li>Zum BRICS-Gipfel in Südafrika</li> </ul>		51 53
	<ul> <li>Zu ideologischen Differenzen vs. geopolitische Interessen</li> <li>Zur Zusammenarbeit von Russland und China</li> </ul>		55 57
	<ul><li>Zum EU-Beitritt der Ukraine</li><li>Zum Verhältnis zwischen der Nato und den EU-Staaten</li></ul>		59 61
	<ul><li>Zum Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder</li><li>Zum Weltwährungssystem vs. BRICS-Länder</li></ul>		62 63
	<ul><li> Zum globalen Dialog über Grundwerte</li><li> Zum Platz Moldawiens und zur Gas-Union in Mittelasien</li></ul>		66 67
	<ul> <li>Zur Größe Russlands, zu Freiwilligen und PMC-'Wagner'</li> <li>Zum Karabach-Konflikt</li> </ul>		70 73
	<ul> <li>Zur wirtschaftlichen Weltordnung</li> </ul>		75

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Quelle: (russ.) Стенограмма заседания Международного дискуссионного клуба «Валдай». Abruf am 6 Okt. 2022. (<u>prezident.org</u>)

#### **DOKUMENTATION**

Übersetzung<sup>2</sup> aus dem Russischen: Rainer Böhme Online-Portal der Präsidialverwaltung, Moskau, 5. Oktober 2023: <sup>3</sup>

# Stenogramm (Auszug)

# Podium beim 'Waldai-Diskussionsklub'-Treffen 2023

Wladimir Putin nahm am 5. Oktober 2023 in Sotschi an der Plenarsitzung zum XX. (Jubiläums-)Treffen des Internationalen Diskussionsklubs "Waldaj" teil.

Das Thema des Treffens 2023 lautete: "Gerechte Multipolarität: Wie können Sicherheit und Entwicklung für alle gewährleistet werden?".

Moderator der Diskussion: Fjodor Lukjanow

Wissenschaftlicher Direktor im Internationalen Diskussionsklubs "Waldaj".

\* \* \*

Fjodor Lukjanov [F.L.]: Guten Abend, liebe Kollegen, liebe Freunde!

Ich freue mich, Sie zur 20. Jahrestagung des Internationalen Diskussionsklubs "Waldaj" [im Weiteren – 'Waldaj-Diskussionsklub'] begrüßen zu dürfen.

Heute haben wir die große Ehre, dass der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Wladimirowitsch Putin, an unserem Treffen teilnimmt.

Wladimir Wladimirowitsch, dies ist unser 20. Treffen. Der 'Waldai-Diskussionsklub' ist 19 Jahre alt, und dieses Treffen ist das Zwanzigste. Wenn wir uns die Waldaj-Archive ansehen, bekommen wir das Gefühl, dass dies eine Chronik einer kritischen Zeit ist. Es war in der Tat eine sehr interessante Zeit. Wir fühlen uns sehr geehrt, dass Sie in all diesen 20 Sitzungen kein einziges Mal ein Treffen mit Ihren Waldaj-Kollegen verpasst haben. Unter den Zuhörern sind einige, die schon mehrmals mit Ihnen zusammengetroffen sind, und andere, die Sie zum ersten Mal treffen.

Ich freue mich sehr, Sie einzuladen, uns heute Ihre Meinung darzulegen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Anmerkungen zur Übersetzung: Übertragung ins Deutsche wurde durch DeepL unterstützt. Die semantische Unterscheidung der Wörter 'russisch' (russ. 'pyccкий' – sprachliche Ethnie) und 'russländisch' (russ. 'poccийский' – Russland als Vielvölkerstaat) ist in der Übersetzung zugunsten semantischer Klarheit der politischen Aussage mit Genitiv umschrieben oder in der Schreibweise berücksichtigt. Militärische Fachbegriffe entsprechen den Empfehlungen aus dem Militärwörterbuch Russisch–Deutsch (Berlin 1979).

Zwischenüberschriften, Unterstreichungen und Weblinks wurden vom Übersetzer eingefügt. Dokumente und Institutionen sind in Anführungszeichen bzw. *kursiv* hervorgehoben. Namen sind in KAPITÄLCHEN ausgeführt. Häufig verwendete Begriffe sind in Versalien abgekürzt. Erklärungen/Ergänzungen des Übersetzers sind in eckigen Klammern [...] u. Fußnoten gezeigt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Quelle: Online-Portal der Präsidialverwaltung der Russischen Föderation: Stenogramm vom Waldaj-Diskussionsclub-Treffen am 5. Oktober 2023. (russ.) Стенограмма заседания Международного дискуссионного клуба «Валдай». Abruf am 6 Okt. 2022. (<u>prezident.org</u>)

# **PUTIN tritt ans Rednerpult und beginnt seinen Vortrag.**



Bildquelle: Abruf am 14. Oktober 2023 (president.org) (kremlin.ru)

### Wladimir Putin [W.P.]: Ich danke Ihnen.

Sehr geehrte Teilnehmer der Plenarsitzung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie alle zur 20. Jahrestagung des Internationalen Diskussionsklubs "Waldaj" [im Weiteren – 'Waldaj-Diskussionsklub'] in Sotschi begrüßen zu dürfen.

Unser, oder sollte ich sagen, Ihr Forum, das traditionell Politiker und Wissenschaftler, Experten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus vielen Ländern der Welt zusammenbringt, bestätigt einmal mehr seinen hohen Status als gefragte und intellektuelle Plattform. Die Waldaj-Diskussionen spiegeln stets die wichtigsten Prozesse der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit und Komplexität wider. Ich bin zuversichtlich, dass dies heute der Fall sein wird – es muss auch in den vergangenen Tagen so gewesen sein, als Sie untereinander diskutierten – und es wird auch zukünftig so sein, denn wir stehen im Grunde vor der Aufgabe, eine neue Welt aufzubauen. Und in solchen entscheidenden Phasen sind die Rolle und Verantwortung von Intellektuellen wie Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, außerordentlich groß.

Im Laufe der Jahre, in denen der 'Waldaj-Diskussionsklub' tätig ist, haben sich sowohl in der Welt als auch in unserem Land, wie soeben gesagt wurde, schwerwiegende, wenn nicht gar enorme, kolossale Veränderungen vollzogen. Nach historischem Maßstab ist der Zeitraum von zwanzig Jahren nicht so groß, nicht so lang. Wenn er in die Epoche eines Umbruchs der gesamten Weltordnung fällt, scheint die Zeit zu schrumpfen.

Und ich denke, Sie werden mir zustimmen, dass sich in diesen zwanzig Jahren mehr ereignet hat als zu anderen Zeiten in vielen, vielen Jahrzehnten, und diese Veränderungen sind qualitativ, sie erfordern grundlegende Veränderungen in den Prinzipien der internationalen Beziehungen.

## Zur Lageentwicklung seit 'Waldaj-Diskussionsklub'-Start

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hofften alle, dass die Nationen und Völker die Lehren aus der kostspieligen, zerstörerischen militärisch-ideologischen Konfrontation des letzten Jahrhunderts gezogen haben, ihre Schädlichkeit erkannt haben, die Zerbrechlichkeit und Vernetzung unseres Planeten spüren und zu der Überzeugung gelangt sind, dass die globalen Probleme der Menschheit gemeinsames Handeln und die Suche nach gemeinsamen Lösungen erfordern. Der Egoismus, die Eitelkeit und die Vernachlässigung der wirklichen Herausforderungen werden uns unweigerlich in eine Sackgasse führen, ebenso wie der Versuch der Mächtigeren, Anderen ihre eigenen Ideen und Interessen aufzuzwingen. Das hätte allen augenfällig sein müssen – es hätte klar sein müssen, aber es hat sich herausgestellt, dass das nicht der Fall ist, nein.

Als wir uns vor fast zwanzig Jahren erstmals zur 'Waldaj-Diskussionsklub'-Sitzung trafen, befand sich unser Land in einer neuen Entwicklungsphase. Russland hatte die schwierigste Phase des Wiederaufbaus nach dem Zerfall der UdSSR überwunden. Mit all unserer Energie und gutem Willen beteiligten wir uns an den Prozessen zum Aufbau einer neuen, wie wir meinten, gerechteren Weltordnung. Unser Land ist in der Lage, einen großen Beitrag dazu zu leisten, denn wir haben unseren Freunden, Partnern, der ganzen Welt etwas zu bieten. Leider ist unsere Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit von einigen als Unterwerfung missverstanden worden, als Zustimmung dazu, dass die neue Ordnung von denen aufgebaut wird, die sich selbst zu den Siegern des 'Kalten Krieges' erklärt haben, im Grunde als Einverständnis dazu, dass Russland bereit

sei, im fremden Fahrwasser zu folgen, bereit, sich nicht von seinen eigenen

nationalen Interessen, sondern von fremden Interessen leiten zu lassen.

In all den Jahren haben wir immer wieder davor gewarnt, dass dieser Ansatz nicht nur in eine Sackgasse führt, sondern auch die Gefahr eines militärischen Konflikts in sich birgt. Aber niemand wollte auf uns hören, niemand hat es gewollt. Die Arroganz unserer sogenannten Partner im Westen, wissen Sie, war einfach unerträglich, anders kann man es nicht ausdrücken.

Die USA und ihre Satelliten waren fest entschlossen, Hegemonie zu erlangen – militärisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell, ja sogar geistig-moralisch und wertmäßig. Es war uns von Anfang an klar, dass der Versuch, ein Monopol zu errichten, zum Scheitern verurteilt ist. Die Welt ist zu komplex und vielfältig, um sie einem einzigen Schema unterzuordnen, auch wenn dahinter die Macht, die enorme Macht des Westens steht, die in den Jahrhunderten der Kolonialpolitik angereichert wurde. Immerhin, auch Ihre Kollegen – aber viele sind hier nicht anwesend - sie leugnen nicht, dass der Wohlstand des Westens größtenteils durch die Ausplünderung der Kolonien über Jahrhunderte hinweg erreicht wurde. Das ist eine Tatsache. In der Tat wurde dieser Entwicklungsstand durch die Ausplünderung des gesamten Planeten erreicht. Die Geschichte des Westens ist im Wesentlichen eine Chronik endloser Expansionen. Der westliche Einfluss in der Welt ist eine riesige militärisch-finanzielle Pyramide, er braucht immer neuen Treibstoff, um sich selbst zu erhalten – natürliche, technologische und menschliche Ressourcen, die Anderen gehören. Deshalb kann der Westen einfach nicht aufhören, und er hat auch nicht die Absicht, dies zu tun. Unsere Argumente, Ermahnungen, Appelle an die Vernunft und unsere Vorschläge wurden einfach ignoriert.

Ich habe mich bereits in der Öffentlichkeit dazu geäußert – gegenüber unseren Verbündeten und unseren Partnern. Es gab den Moment, in dem 'Ihr ergebener Diener' [meine Wenigkeit] einfach vorschlug, dass wir vielleicht auch der NATO beitreten sollten. Aber nein, ein solches Land wird in der NATO nicht gebraucht. Nein. Fragt sich, was denn sonst noch? Wir dachten, dass wir bereits – Entschuldigung, wie das Volk sagt, – die eigenen 'Bürgerlichen' verkörpern. Was denn sonst? Es gibt keine ideologische Konfrontation mehr. Wo liegt das Problem? Offenbar sind geopolitische Interessen und eine arrogante Haltung gegenüber Anderen das Problem. Darin liegt das Problem: in anmaßender Selbstsicherheit.

#### Zum Konflikt um die Ukraine

Auf den immer stärker werdenden militärpolitischen Druck müssen wir reagieren. Ich habe schon oft gesagt, dass wir den so genannten "Krieg in der Ukraine" nicht begonnen haben. Im Gegenteil, wir versuchen, ihn zu beenden. Wir haben den Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 nicht organisiert – einen blutigen, verfassungsfeindlichen Staatsstreich. An welchem Ort auch immer so etwas passierte, hören wir immer sogleich bei allen Weltmedien (Massenmedien), die natürlich in erster Linie der angelsächsischen Welt untergeordnet sind: Das kann man nicht machen, das ist unmöglich, das ist antidemokratisch. Aber hier [in der Ukraine] ist es möglich. Sie haben sogar die Geldsumme genannt, die Menge an Geld, die für diesen Coup ausgegeben wurde. Alles ist möglich.

Damals haben wir die Menschen auf der Krim und in der Stadt Sewastopol unterstützt. Wir haben weder einen Staatsstreich inszeniert noch die Bewohner der Krim und der Stadt Sewastopol mit von nazistischem Geist inspirierten ethnischen Säuberungen eingeschüchtert. Wir versuchten nicht, den Donbass durch Beschuss und Bombardierung zum Gehorsam zu zwingen. Wir drohten nicht, mit denen abzurechnen, die ihre Muttersprache sprechen wollen. Wir alle hier sind informierte, gebildete Menschen. Millionen von Menschen, die die reale Wirklichkeit [nur] über die Massenmedien wahrnehmen, kann man einer Gehirnwäsche unterziehen, entschuldigen Sie den Ausdruck. Aber Sie wissen, was passiert ist: Neun Jahre lang wurde bombardiert, geschossen und Panzer eingesetzt. Ein Krieg, ein echter Krieg wurde gegen den Donbass entfesselt. Und niemand hat die getöteten Kinder im Donbass gezählt. Niemand in anderen Ländern, vor allem nicht im Westen, weinte um die Toten.

Der Krieg, den das Kiewer Regime mit aktiver, direkter Unterstützung aus dem Westen begonnen hat, geht ins zehnte Jahr, und die Spezielle Militäroperation [SMO]<sup>4</sup> ist darauf gerichtet, ihn zu beenden. Und er erinnert uns daran, dass einseitige Schritte, egal wer sie unternimmt, unweigerlich mit einer Vergeltung beantwortet werden. Aktion zieht bekanntlich Gegenaktion nach sich. Das ist es, was jeder verantwortungsvolle Staat, ein souveränes, unabhängiges und sich selbst respektierendes Land tut.

Spezielle Militäroperation (SMO); im russ. Orig. – Специальная Военная Операция (СВО) [Spezialnaja Wojennaja Operazija] – diese Bezeichnung versteht 'der Westen' ausschließlich als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

Jeder ist sich im Klaren darüber, dass in einem internationalen System, in dem Willkür herrscht, in dem alles von dem entschieden wird, der sich für außergewöhnlich, sündenfrei und das 'Einzig Richtige' hält, ein jeder unter Druck geraten kann, einfach nur weil das eine oder andere Land dem Hegemonen nicht gefällt, der sein Augenmaß und, wie ich hinzufügen möchte, seinen Sinn für die Realität verloren hat.

Leider muss man sagen, dass unsere Verhandlungspartner im Westen ihren Realitätssinn merkbar verloren haben und alle möglichen Grenzen überschritten haben. Unbedacht.

Die Krise in der Ukraine ist kein Konflikt um ein Territorium, das möchte ich betonen. Russland ist das größte, das territorial riesigste Land der Welt. Wir haben kein Interesse an der Zurückeroberung bestimmter weiterer Territorien. Wir haben noch Sibirien, Ostsibirien und den Fernen Osten zu erschließen. Hier geht es nicht um einen Territorialkonflikt oder gar um die Herstellung eines regionalen geopolitischen Gleichgewichts. Das Thema ist viel umfassender und grundlegender: Es geht um die Prinzipien, auf denen die neue Weltordnung beruhen wird.

Ein dauerhafter Frieden wird nur dann entstehen, wenn sich jeder in Sicherheit fühlt, wenn er weiß, dass seine Meinung respektiert wird und wenn es ein Gleichgewicht in der Welt gibt, wenn niemand in der Lage ist, andere zu zwingen, so zu leben und sich so zu verhalten, wie es der Hegemon wünscht, auch wenn dies der Souveränität, den wahren Interessen, den Traditionen und den normativen Grundsätzen der Völker und Staaten widerspricht. In so einem Schema wird der Begriff der Souveränität einfach geleugnet, entschuldigen Sie, 'auf den Müllhaufen geworfen'.

# Zum Wesen gewisser Regeln im 'Blockkonzept'

Es liegt auf der Hand, dass das Festhalten an Blockkonzepten, der Wunsch, die Welt in eine Situation der ständigen Konfrontation zwischen 'wir versus sie' zu treiben, ein bösartiges Erbe des 20. Jahrhunderts darstellt. Es ist ein Produkt der westlichen politischen Kultur, zumindest ihrer aggressivsten Ausprägungen. Ich wiederhole: Der Westen– ein bestimmter Teil des Westens, der westlichen Eliten – braucht immer einen Feind. Er braucht einen Feind, mit dem er die Notwendigkeit eines energischen Vorgehens und einer Expansion erklären kann. Aber er braucht auch einen Feind, um die interne Kontrolle innerhalb eines bestimmten Systems des Hegemonen, innerhalb von Blöcken – innerhalb

der NATO oder anderen militärisch-politischen Blöcken – aufrechtzuerhalten. Gibt es einen Feind – müssen sich alle um den Chef scharen.

Es ist nicht unsere Angelegenheit, wie andere Länder leben. Aber wir sehen, wie in vielen Ländern die herrschenden Eliten die Gesellschaften dazu zwingen, Normen und Regeln zu akzeptieren, die die Bürger selbst – zumindest eine große Anzahl von Bürgern, und in einigen Ländern, das können wir mit Sicherheit sagen, die Mehrheit der Bürger – nicht akzeptieren wollen. Aber sie werden dazu gezwungen, indem man dazu ständig Gründe erfindet, indem äußere Schuldige für wachsende innere Probleme gefunden werden, nichtexistierende Bedrohungen ausgedacht und aufgebläht werden.

Zugleich ist Russland ein Lieblingsthema solcher 'Politikaster'. Daran sind wir natürlich, historisch gesehen, schon gewöhnt. Aber sie versuchen, aus jedem, der nicht bereit ist, diesen westlichen Eliten blindlings zu folgen, ein Feindbild zu formen: aus der Volksrepublik China, in bestimmten Situationen; zu einem bestimmten Zeitpunkt auch aus Indien; – jetzt flirten sie natürlich, wir verstehen das sehr gut, wir spüren das und wir sehen die Situation in Asien, das ist alles klar. Die indische Führung, so möchte ich es ausdrücken, ist selbstständig und sehr national orientiert. Ich denke, dass diese Versuche keinen Sinn haben, aber sie gehen trotzdem weiter. Aus der arabischen Welt versucht man einen Feind zu formen, auch selektiv, man bemüht sich dabei, vorsichtig zu agieren, aber im Großen und Ganzen läuft es doch darauf hinaus – und selbst aus den Muslimen versucht man ein feindliches Umfeld zu machen. Und so weiter. Tatsächlich wird jeder, der sich unabhängig verhält und seine eigenen Interessen verfolgt, für diese westlichen Eliten sofort zu einem Hindernis, das es zu beseitigen gilt. Der Welt werden künstliche geopolitische Konstruktionen aufgezwungen, es werden geschlossene Blöcke geschaffen. Wir sehen das in Europa, wo seit Jahrzehnten die rücksichtslose Linie der NATO-Erweiterung vollzogen wird, aber auch in der Asien-Pazifik-Region und im Süden Asiens, wo man versucht, die offene und inklusive Architektur der Zusammenarbeit aufzubrechen. Nennen wir die Dinge beim Namen: Der 'Blockansatz' ist die Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Staaten auf ihre eigenständige Entwicklung, ein Versuch, sie in einen bestimmten Käfig von Verpflichtungen zu zwingen.

Dies bedeutet in gewisser Weise – und das ist eine offensichtliche Sache – einen Teil der Souveränität wegzunehmen und dann – sehr oft – Entscheidungen in anderen Bereichen als der Sicherheit und vor allem im wirtschaftlichen Bereich

durchzusetzen, wie es derzeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa geschieht. Ich brauche das nicht zu erläutern – wenn erforderlich, werden wir in der Diskussion nach meinen einleitenden Bemerkungen noch ausführlicher darüber sprechen.

Zu diesem Zweck versucht man, das internationale Recht durch eine gewisse "Ordnung" (?) zu ersetzen, die auf gewissen "Regeln" beruhen soll. Welche "Regeln" [?], was sind diese "Regeln" [?], wer hat sie erfunden [?] – das ist absolut unverständlich. Es sind einfach nur Flausen, Unsinn. Aber das ist es, was man versucht, in den Köpfen von Millionen von Menschen zu verankern. "Wir müssen nach den Regeln leben." Nach welchen Regeln?

Und im Allgemeinen, wenn ich das so sagen darf, stellen unsere westlichen Kollegen, vor allem aus den USA, nicht nur einfach willkürlich solche "Regeln" auf, sondern geben auch vor, wer sie wie erfüllen soll, und wer sich wie im Allgemeinen danach verhalten soll. Dies geschieht und wird in der Regel in einer geradezu rüpelhaften Form gesagt. Das alles ist die gleiche Erscheinung eines kolonialen Denkens. Die ganze Zeit hören wir, die ganze Zeit heißt es: Ihr müsst, ihr müsst, wir warnen euch ernsthaft ...

Wer seid ihr denn? Welches Recht habt ihr, jemanden zu verwarnen? Es ist einfach unglaublich. Vielleicht ist es an der Zeit, dass diejenigen, die das sagen, ihren Hochmut ablegen, dass sie aufhören, sich gegenüber der Weltgemeinschaft, die ihre Aufgaben und Interessen sehr wohl versteht, so aufzuführen und dass sie sich wirklich von diesem Denken aus der Epoche der Kolonialherrschaft lösen? Ich möchte denen sagen: Machen Sie die Augen auf, diese Ära ist längst vorbei und wird nie wiederkehren, nie mehr.

Darüber hinaus meine ich: Im Laufe der Jahrhunderte hat ein solches Verhalten zur Reproduktion des immer Gleichen geführt – zu großen Kriegen, für deren Rechtfertigung verschiedene ideologische, sogar pseudomoralische Begründungen erfunden worden sind. Dies ist gegenwärtig besonders gefährlich. Die Menschheit verfügt über Mittel, die, wie wir wissen, leicht den gesamten Planeten zerstören können, und das unglaubliche Ausmaß bei der Manipulation des Bewusstseins führt zum Verlust des Realitätssinns. Aus dem Teufelskreis auszusteigen, ist unbedingt notwendig; es ist notwendig, nach einem Ausweg zu suchen. So verstehe ich den Grund, verehrte Freunde und Kollegen, warum Sie sich auf der 'Waldaj-Plattform' versammelt haben.

## Zum Disput über den Begriff 'Zivilisation'

In der in diesem Jahr verabschiedeten Konzeption der Außenpolitik Russlands<sup>5</sup> wird unser Land als eine 'besondere Staats-Zivilisation' bezeichnet. Diese Formulierung spiegelt genau und prägnant wider, wie wir nicht nur unsere eigene Entwicklung verstehen, sondern auch die Grundprinzipien der Weltordnung, die wir zu gewinnen hoffen.

Nach unserem Verständnis ist 'Zivilisation' eine vielschichtige Erscheinung [ein Phänomen]. Sie wird sicherlich auf unterschiedliche Weise interpretiert. Es gab auch eine offen koloniale Interpretation: Es gibt eine bestimmte "zivilisierte Welt", die als Modell für die Übrigen dient, alle müssen diesen Standards und Modellen folgen, und diejenigen, die damit nicht einverstanden sind – werden mit dem Knüppel des "erleuchteten" Meisters in die "Zivilisation" getrieben. Diese Zeiten sind, wie ich gerade sagte, vorbei, und unser Verständnis von 'Zivilisation' ist ein ganz anderes.

Erstens gibt es viele Zivilisationen, keine von ihnen ist besser oder schlechter als eine andere. Sie sind gleichberechtigte Ausdrucksformen der Bestrebungen ihrer Völker, ihrer Kulturen und Traditionen. Für jeden von uns ist es etwas anderes. Für mich zum Beispiel sind es die Bestrebungen unseres Volkes, meines Volkes, dem ich das Glück habe, anzugehören.

Herausragende Denker auf der ganzen Welt, Anhänger des Zivilisationsansatzes, haben über den Begriff 'Zivilisation' nachgedacht und tun dies auch weiterhin. Es ist eine vielschichtig zusammengesetzte Erscheinung [ein Phänomen]. Ohne in philosophische Tiefen abzutauchen – hier ist vielleicht nicht der richtige Ort und die richtige Zeit für solche Überlegungen – wollen wir versuchen, es in Bezug auf die heutige Zeit zu beschreiben, ich werde es inhaltlich versuchen.

Die grundlegenden Eigenschaften einer Staats-Zivilisation sind Vielfalt und Autarkie. Das sind meiner Meinung nach die beiden wichtigsten Komponenten. Der modernen Welt ist jede Vereinheitlichung fremd; jeder Staat und jede Gesellschaft will selbstständig den eigenen Entwicklungsweg ausarbeiten. Dieser basiert auf Kultur und Traditionen, die durch die Geographie, die historische Erfahrung, sowohl aus der Vergangenheit als auch aus der Gegenwart,

dgksp-diskussionspapiere, 2023 Auszug-XXXIX (Vorabdruck ISSN 2627-3470)

Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (März 2023). Übersetzung aus dem Russischen von Rainer Böhme. In DGKSP-Diskussionspapiere, Nr. 32, Dresden 2023, ISSN 2627-3470. S. 17–66 (de), 67–109 (ru). (slub.qucosa.de)

und die Werte des Volkes gestärkt werden. Es handelt sich um eine komplizierte Synthese, in deren Verlauf eine unverwechselbare zivilisatorische Gemeinschaft entsteht. Ihre Heterogenität und Vielfalt ist die Garantie für Nachhaltigkeit und Entwicklung.

Russland hat sich über Jahrhunderte hinweg als ein Land mit verschiedenen Kulturen, Religionen und Nationalitäten herausgebildet. Die russländische Zivilisation kann nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, aber sie kann auch nicht geteilt werden, denn sie existiert nur in ihrer Integrität, in ihrem geistigen und kulturellen Reichtum. Es ist keine einfache Aufgabe, die dauerhafte Einheit eines solchen Staates zu bewahren.

Im Laufe der Jahrhunderte sind wir mit schwierigsten Prüfungen konfrontiert worden. Wir haben sie immer gemeistert, manchmal zu einem hohen Preis, aber wir haben immer Lehren für die Zukunft gezogen und unsere nationale Einheit und die Integrität des russländischen Staates gestärkt.

Heute ist diese Erfahrung tatsächlich von unschätzbarem Wert. Die Welt wird immer vielfältiger. Es ist unmöglich, aufgrund der Komplexität die Prozesse mit einfachen Führungsmethoden zu bewältigen, indem man, wie wir sagen, 'alle über einen Kamm schert', wie es sich einige Staaten angewöhnt haben.

Was ist dazu noch sehr wichtig? Ein wirklich effektives und dauerhaftes staatliches System kann nicht von außen aufgezwungen werden. Es wächst auf natürliche Weise aus den zivilisatorischen Wurzeln von Ländern und Völkern, und Russland ist in dieser Hinsicht ein Beispiel dafür, wie es im Leben, in der Praxis abläuft.

Ein zivilisatorischer Pfeiler ist die notwendige Voraussetzung für den Erfolg in der modernen Welt, einer ungeordneten Welt, die leider gefährlich ist und die ihre Orientierungspunkte verloren hat. Immer mehr Staaten kommen zu diesem Schluss, erkennen ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse, Möglichkeiten und Begrenzungen, ihre eigene Identität und den Grad ihrer Verflechtung mit der sie umgebenden Welt.

Ich bin überzeugt, dass sich die Menschheit nicht auf eine Zersplitterung in konkurrierende Segmente zubewegt, nicht auf eine neue Blockkonfrontation, was auch immer deren Motivation sein mag, nicht auf den seelenlosen Universalismus der neuen Globalisierung – sondern im Gegenteil: die Welt ist auf dem Weg zu Synergie von 'Staaten-Zivilisationen', Großräumen, Gemeinschaften, die sich als solche bewusst werden.

Gleichzeitig ist eine Zivilisation kein universelles Konstrukt, ein Konstrukt für alle – so etwas gibt es nicht. Jede von ihnen unterscheidet sich von anderen, jede ist kulturell autark und bezieht ihre ideologischen und wertebezogenen Prinzipien aus ihrer eigenen Geschichte und ihren eigenen Traditionen. Der Respekt zu uns selbst ergibt sich natürlich aus dem Respekt zu Anderen, aber auch aus dem Respekt vonseiten der Anderen. Deshalb zwingt eine Zivilisation niemandem etwas auf, lässt aber auch nicht zu, dass ihr etwas aufgezwungen wird. Wenn sich alle an eine solche Regel halten, wird dies eine harmonische Koexistenz und ein gedeihliches Zusammenwirken aller Beteiligten in den internationalen Beziehungen gewährleisten.

Natürlich stellt der Schutz der eigenen zivilisatorischen Auswahl eine große Verantwortung dar. Das betrifft das Reagieren auf Übergriffe von außen, das Einrichten von engen und konstruktiven Beziehungen zu anderen zivilisierten Gemeinschaften und das Aufrechterhalten vor allem der inneren Stabilität und Harmonie. Schließlich sehen wir alle, dass das internationale Umfeld heute, wie ich bereits gesagt habe, leider sowohl instabil als auch ziemlich aggressiv ist.

Und noch eine sehr wichtige Sache. Natürlich darf niemand seine eigene Zivilisation verraten. Das ist auch der Weg zu einem allumfassenden Chaos, das ist unnatürlich und widerlich, würde ich sagen. Wir haben von unserer Seite immer versucht und versuchen weiterhin, Lösungen anzubieten, die die Interessen aller berücksichtigen. Aber unsere Gesprächspartner im Westen scheinen vergessen zu haben, dass es solche Begriffe gibt wie: 'vernünftige Selbstbeschränkung', 'Kompromiss', 'Bereitschaft zu Zugeständnissen' im Interesse eines für alle akzeptablen Ergebnisses. Nein, sie sind buchstäblich von einer einzigen Sache besessen: ihre Interessen hier und jetzt zu verkaufen, koste es, was es wolle. Wenn das ihre Auswahl ist, dann werden wir sehen, was passiert.

Das Paradoxe ist, dass sich die Lage morgen ändern kann – das ist das Problem. Zum Beispiel wird es nach den nächsten Wahlen innenpolitische Verschiebungen geben. Ein Land besteht auf etwas Bestimmtem, setzt seine Maßnahmen mit allen Mitteln durch – aber morgen passieren innenpolitische Veränderungen, und mit dem gleichen Ungestüm und der gleichen Unbekümmertheit wird etwas ganz anderes aufgedrängt, manchmal das genaue Gegenteil.

Das anschaulichste Beispiel ist das iranische Atomprogramm. Die eine [USA]-Administration setzte die eine Entscheidung durch, die andere Regierung kam und drehte alles um, und alles ging in die entgegengesetzte Richtung. Wie kann

man unter solchen Bedingungen arbeiten? Wo sind die Orientierungspunkte? Worauf soll man sich verlassen? Wo sind die Garantien? Sind das genau die "Regeln", von denen man uns erzählt? Das ist einfach nur Blödsinn.

Warum passiert das alles und warum gerät deshalb niemand in Verlegenheit? Weil an die Stelle des strategischen Denkens das Verfolgen kurzfristiger Eigeninteressen getreten ist, und zwar nicht einmal von den Ländern und Völkern, sondern von wechselnden Einflussgruppen. Daher also das unverantwortliche Verhalten der politischen Eliten, die oft Angst und Scham vergessen haben und sich für absolut sündlos halten.

Der zivilisatorische Ansatz widersetzt sich solchen Tendenzen, weil er von den grundlegenden, langfristigen Interessen der Staaten und Völker ausgeht; von Interessen, die nicht von der momentanen ideologischen Konjunktur diktiert werden, sondern aus der gesamten historischen Erfahrung stammen, dem Erbe der Vergangenheit, auf dem die Idee einer harmonischen Zukunft beruht.

Wenn sich alle davon leiten lassen, wird es nach meiner Ansicht viel weniger Konflikte in der Welt geben, und die Methoden zu ihrer Lösung werden viel rationaler werden, weil jede Zivilisation, wie ich bereits sagte, die anderen respektiert und nicht versucht, jemanden gemäß ihren eigenen Vorstellungen zu verändern.

#### Zu Russlands zivilisatorischem Ansatz – sechs Elemente

Mit Interesse, verehrte Freunde, habe ich den Bericht gelesen, den der 'Waldai-Diskussionsklub' für dieses Treffen vorbereitet hat. Darin heißt es, dass heute alle danach streben, das Bild der Zukunft zu verstehen und sich vorzustellen. Das ist völlig natürlich und verständlich, insbesondere für das intellektuelle Umfeld. In einer Epoche kardinalen Wandels, in der alle gewohnten Lebensformen zusammenbrechen, ist es sehr wichtig zu erkennen, wohin wir gehen und was wir erreichen wollen. Und natürlich wird die Zukunft schon heute gestaltet, nicht nur vor unseren Augen, sondern mit unseren Händen.

Natürlich ist es bei solch gigantischen, unglaublich komplizierten Prozessen schwierig oder praktisch unmöglich, das Ergebnis vorherzusagen. Ganz gleich, was wir alle tun, das Leben bringt und wird sicherlich seine eigenen Korrekturen bringen. Aber zumindest sollten wir uns darüber im Klaren sein, was wir anstreben und was wir erreichen wollen. Russland hat ein solches Verständnis. Erstens. Wir wollen in einer offenen, vernetzten Welt leben, in der niemand

Erstens. Wir wollen in einer offenen, vernetzten Welt leben, in der niemand jemals versuchen wird, künstliche Barrieren für die menschliche Kommuni-

kation, für die kreative Verwirklichung und für den Wohlstand der Menschen zu errichten. Wir müssen ein barrierefreies Umfeld anstreben.

Zweitens. Wir wollen, dass die Vielfalt in der Welt nicht nur erhalten wird, sondern Grundlage für eine allumfassende Entwicklung ist. Es sollte verboten sein, irgendeinem Land oder Volk vorzuschreiben, wie es zu leben und zu fühlen hat. Nur eine echte kulturelle und zivilisatorische Vielfalt sichert das Wohl der Menschen und den Ausgleich der Interessen.

Drittens. Wir sind für eine maximale [politische] Repräsentation [Vertretung des Volks in politischen Prozessen]. Niemand hat das Recht oder kann die Welt für Andere oder im Namen von Anderen regieren. Die Welt der Zukunft ist eine Welt der kollektiven Entscheidungen, die auf jenen Ebenen zu treffen sind, auf denen sie am effektivsten sind, und von denjenigen Teilnehmern, die wirklich in der Lage sind, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung eines bestimmten Problems zu leisten. Nicht 'Einer entscheidet für alle', und auch nicht 'Alle entscheiden über alles', sondern diejenigen, die von einem Problem direkt betroffen sind, einigen sich darauf, was zu tun ist und wie es getan werden soll. Viertens. Wir sind für eine allumfassende Sicherheit und einen dauerhaften Frieden, der auf der Achtung der Interessen aller beruht: beginnend bei großen Staaten bis zu den kleinen Ländern. Es geht vor allem darum, die internationalen Beziehungen vom Blockdenken, vom Erbe der Kolonialepoche und des 'Kalten Krieges' zu befreien. Jahrzehntelang haben wir über die Unteilbarkeit der Sicherheit gesprochen, dass es unmöglich ist, die Sicherheit der einen auf Kosten der Sicherheit der anderen zu gewährleisten. In der Tat ist Harmonie in diesem Bereich möglich. Erforderlich ist, einfach nur Arroganz und Hochmut abzulegen und aufzuhören, auf Andere als Partner zweiter Klasse zu schauen oder als Ausgestoßene oder Wilde zu betrachten.

Fünftens. Wir sind für Gerechtigkeit für alle. Die Epoche der Ausbeutung von irgendjemandem, ich habe es zweimal gesagt, ist vorbei. Länder und Völker sind sich ihrer Interessen und Möglichkeiten bewusst und bereit, sich auf sich selbst zu verlassen – und das vermehrt die Kräfte. Allen sollte Zugang zu den Vorteilen der modernen Entwicklung gewährt werden, und Versuche, dies für ein Land oder Volk einzuschränken, sollten als ein Aggressionsakt angesehen werden, denn genau das ist es.

Sechstens. Wir sind für die Gleichberechtigung und für die Unterschiede in den Potenzialen der verschiedenen Länder. Dies ist ein absolut objektiver Faktor. Aber nicht weniger objektiv ist die Tatsache, dass niemand bereit ist, sich unterzuordnen, seine Interessen und Bedürfnisse von irgendjemandem abhängig zu machen, und zwar vor allem nicht von den Reicheren und Stärkeren.

Dies ist nicht einfach der natürliche Zustand der internationalen Gemeinschaft, es ist die Quintessenz der gesamten historischen Erfahrung der Menschheit.

Dies sind die Grundsätze, an die wir uns selbst halten wollen und zu denen wir alle unsere Freunde und Kollegen einladen, sich zu bekennen.

Verehrte Kollegen!

Russland war, ist und wird eines der Fundamente des Weltsystems sein, bereit zum konstruktiven Zusammenwirken mit all jenen, die Frieden und Wohlstand anstreben, bereit zum entschlossenen Widerstand gegen jene, die sich zu den Prinzipien von Diktat und Gewalt bekennen. Wir sind zuversichtlich, dass der Pragmatismus und der gesunde Menschenverstand triumphieren werden und eine multipolare Welt die Oberhand gewinnen wird.

Abschließend möchte ich den Organisatoren des Forums wie immer meinen Dank für die gründliche und qualitativ hochwertige Vorbereitung aussprechen, und allen Teilnehmern des Jubiläumstreffens für Ihre Aufmerksamkeit danken.

Ich danke Ihnen sehr herzlich. •

(Beifall.)

## Podium-Interview von F. Lukjanow mit W. Putin

*Fjodor Lukjanow* [F.L.]: – ['Waldaj'-Moderator auf dem Podium]

Wladimir Wladimirowitsch, vielen Dank für die ausführliche Darstellung der allgemeinen und konzeptionellen Fragen, denn im Waldai-Diskussionsklub und an vielen anderen Orten versucht man gegenwärtig tatsächlich die Rahmenbedingungen zu verstehen, die an die Stelle des nicht mehr funktionierenden Rahmens treten werden; bisher sind wir beim Verstehen nicht sehr erfolgreich gewesen. Wir wissen, was nicht mehr da ist, aber wir verstehen nicht wirklich, was da sein wird. Ihre Ausführungen sind meines Erachtens der erste Versuch, zumindest die Prinzipien klar darzulegen.

Wenn ich an Ihre Aussagen anknüpfen darf. Der Teil über die Zivilisationen und den Zivilisationsansatz ist natürlich sehr interessant. Sie haben einmal gesagt, vor langer Zeit, aber sehr anschaulich, dass die Grenzen von Russland nirgendwo enden. Wenn Russlands Grenzen nicht enden, dann gibt es für die russische und die russländische Zivilisation offenbar nichts zu besprechen. Wie ist das zu verstehen? Wo ist sie?

Wladimir Putin [W.P.]: Wissen Sie, dies wurde zum ersten Mal im Gespräch mit einem der ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten bei mir zuhause in Ogarjowo gesagt, und es wurde natürlich im Scherz gesagt, als er sich eine Karte der Russischen Föderation ansah.

Wir alle wissen, und ich möchte das noch einmal wiederholen, dass Russland nach wie vor das flächenmäßig größte Land der Welt ist. Aber im Ernst, das hat natürlich in erster Linie eine zivilisatorische Bedeutung. Unsere Landsleute leben in großer Zahl, die russische Welt hat einen globalen Charakter, und das Russische ist eine der offiziellen Sprachen der Organisation der VN [Vereinten Nationen]. Allein in Lateinamerika leben, wie wir gerade mit Parlamentariern besprochen haben, 300 Tausend unserer Landsleute. Es gibt sie überall: in Asien, in Afrika, in Europa und natürlich auch in Nordamerika.

Wenn wir also ernsthaft, ich wiederhole, im zivilisatorischen Sinne sprechen, dann gibt es natürlich keine Grenzen, so wie es auch bei allen anderen Zivilisationen keine Grenzen gibt. Nehmen Sie Indien oder China – wie viele Vertreter Chinas leben in anderen Ländern der Welt und wie viele Vertreter Indiens leben in anderen Ländern der Welt! Das alles überschneidet sich, wirkt miteinander zusammen. Und es ist sehr gut, wenn dieses Zusammenwirken natürlich und freundschaftlich ist und darauf abzielt, diesen Zustand zu stärken.

- [F.L.]: Zivilisation ist für Sie also nicht 'Territorium', sondern Menschen?
- [W.P.]: Ja, natürlich, in erster Linie sind es die Menschen. Es wird jetzt wahrscheinlich viele Fragen zur Ukraine geben. Unser Handeln im Donbass ist in erster Linie und hauptsächlich vom Schutz der Menschen diktiert. Das ist der ganze Sinn unseres Handelns.
- [F.L.]: Können Sie in diesem Fall die Spezielle Militäroperation als einen zivilisatorischen Konflikt bezeichnen? Sie sagten, dass es sich nicht um einen territorialen Konflikt handelt.
- [W.P.]: Zunächst einmal ... Ich weiß nicht, welche Zivilisation diejenigen auf der anderen Seite der Frontlinie schützen, aber wir schützen unsere Traditionen, unsere Kultur und unser Volk.
- [F.L.]: Gut. Da wir gerade bei der Ukraine sind: Heute beginnt, nach meinem Wissen, eine große europäische Veranstaltung in Spanien, Wladimir SELENSKIJ und eine Reihe anderer wichtiger Leute sind dorthin gereist. Dort wird die Frage der weiteren Unterstützung für die Ukraine diskutiert. Wie wir wissen, hat es in den Vereinigten Staaten aufgrund der Krise im Kongress ein kleines Stockungsproblem gegeben. Ich glaube, Europa ist der Meinung, dass es die Finanzierung übernehmen muss.

Glauben Sie, dass sie [die Europäer] in der Lage sein werden, damit fertig zu werden? Und was erwarten wir davon?

### Zu den wirtschaftlichen Zukunftsaussichten

[W.P.]: Wir warten auf irgendeinen Keim [Zeichen] des gesunden Menschenverstands. Ob sie damit zurechtkommen oder nicht – das müssen sie sich selbst fragen. Natürlich werden sie damit fertig, ein Problem sehe ich nicht – Problem ist die Ausweitung der Produktion, die Erhöhung der Geldmenge, die für den Krieg und die Verlängerung dieses Konflikts ausgegeben wird. Aber Probleme gibt es natürlich, und ich denke, sie sind diesem Publikum klar und bekannt.

Wenn es in den USA, wie Sie sagten, eine solche Stockung gibt, dann ist sie eher technischer Natur, sozusagen politisch-technisch: Es gibt Probleme mit dem Haushalt, es gibt eine große Schuldenlast, man muss den Haushalt ausgleichen. Fraglich ist: Wodurch ausgleichen? Entweder mit Waffenlieferungen an die Ukraine und Kürzung der Haushaltsausgaben, oder durch Kürzung der Sozialausgaben? Aber die Sozialausgaben kürzen, will niemand, weil dadurch insbesondere die Positionen der Opposition, in dem Fall der Oppositionspartei, gestärkt werden. Das ist alles.

Aber am Ende wird man wahrscheinlich die Gelder finden und mehr drucken. Man hat in der Post-Covid-Periode und in der Covid-Periode mehr als neun Billionen Dollar gedruckt, also wird es nichts kosten, noch mehr zu drucken und es in der ganzen Welt zu verteilen, was die Lebensmittelinflation erhöht. Man wird es ganz sicher tun.

Was Europa betrifft, so ist die Situation komplizierter, denn während wir in den USA immer noch ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent BIP im Vergleich zum vorherigen Zeitraum sehen, ist die Situation in Europa viel schlechter. Im Jahr 2021 lag das Wirtschaftswachstum dort bei 4,9 Prozent, und in diesem Jahr wird es bei 0,5 Prozent liegen. Und das nur auf Kosten der südlichen Länder, Italien und Spanien, die ein leichtes Wachstum aufweisen.

Gestern haben wir mit unseren Experten darüber gesprochen: Ich denke, dass das Wachstum in Italien und Spanien vor allem auf die steigenden Immobilienpreise und eine gewisse Erholung im Tourismussektor zurückzuführen ist. Aber in den großen Volkswirtschaften Europas gibt es eine Stagnation, es gibt ein Minus in allen Branchen. In der Bundesrepublik [Deutschland] – minus 0,1 und in den baltischen Ländern minus zwei, minus drei sogar, in Estland, glaube ich, minus drei, in Holland, Österreich – überall minus. Ein besonders großes Minus gibt es im Bereich der industriellen Produktion: wenn nicht eine Katastrophe zu nennen, dann als eine schwierige Lage in der realen Produktion zu bezeichnen, vor allem in der chemischen Industrie, in der Glasindustrie, in der Metallurgie.

Wir wissen, dass aufgrund der relativ billigen Energieträger in den Vereinigten Staaten und einiger Entscheidungen administrativ-finanziellen Charakters ein großer Teil der Produktion aus Europa einfach in die Vereinigten Staaten verlagert wird, man legt in Europa still und verlagert in die Vereinigten Staaten. Das ist allgemein bekannt, und darauf habe ich in meiner Rede hier auf dem Podium hingewiesen. Die Belastung für die Bevölkerung der europäischen Länder nimmt ebenfalls zu, das ist auch offensichtlich, das zeigen die Daten der europäischen Statistiken selbst. Der Lebensstandard sinkt; im letzten Monat ist er, glaube ich, um eineinhalb Prozent gesunken.

Kann Europa oder kann Europa nicht? Europa kann. Auf wessen Kosten? Auf Kosten der Verschlechterung, der weiteren Verschlechterung seiner Wirtschaft und des Lebens der Bürger der europäischen Staaten.

[F.L.]: Aber wir haben kein Budget aus Gummi. Werden wir im Gegensatz zu ihnen in der Lage sein, das zu bewältigen?

[W.P.]: Bisher kommen wir damit zurecht, und ich habe Grund zur Annahme, dass wir auch in Zukunft dazu in der Lage sein werden. Wir hatten im dritten Quartal dieses Jahres einen Überschuss von über 660 Milliarden Rubel. Das ist das Erste.

Zweitens. Wir werden am Ende ein gewisses Defizit haben, irgendwo in der Größenordnung von einem Prozent. Und für die nächsten Jahre – 2024 und 2025 – erwarten wir ein Defizit in der Größenordnung von einem Prozent. Wir haben eine rekordverdächtig niedrige Arbeitslosenquote von drei Prozent – und sie hat sich stabilisiert.

Und was sehr wichtig ist – das ist ein Schlüsselpunkt, vielleicht werden wir noch einmal darauf zurückkommen, aber ich denke, es ist eine wichtige, grundlegende Erscheinung in unserer Wirtschaft – wir haben auf natürliche Weise den strukturellen Umbau [die Perestroika] der Wirtschaft begonnen. Denn das, was wir früher aus europäischen Ländern durch Importe erhielten, wurde uns in vielen Bereichen verwehrt; so wie im Jahr 2014, als bestimmte Beschränkungen für den Kauf westlicher, europäischer, vor allem landwirtschaftlicher Waren eingeführt wurden und wir gezwungen waren, Geld in die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion im Land zu investieren. Ja, die Inflation schoss in die Höhe, aber wir haben dann dafür gesorgt, dass unsere Produzenten die Produktion der von uns benötigten Güter erhöhten. Und heute sind wir, wie Sie wissen, bei allen wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, bei allen wichtigen Nahrungsgütern, völlig autark.

Das Gleiche geschieht jetzt im Bereich der realen Produktion in der Industrie, es sind die verarbeitenden Wirtschaftszweige, die das Hauptwachstum liefern. Die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft sind zwar gesunken, und machen aber ein Plus von drei Prozent aus, während Einnahmen aus dem Nicht-Öl-Gas-Geschäft, vor allem in den verarbeitenden Zweigen, ein Plus von 43 Prozent ausmachen, vor allem in der Stahlindustrie, der Optik und der Elektronik. In der Mikroelektronik haben wir noch viel zu tun. Da stehen wir wirklich noch am Anfang des Weges, aber es wächst schon. Alles in allem haben wir ein Plus von 43 Prozent.

Wir haben die Logistik umgebaut, der Maschinenbau wächst, und so weiter. Insgesamt haben wir eine stabile, nachhaltige Situation. Alle Probleme, die nach der Verhängung der Sanktionen aufgetreten sind, haben wir überwunden,

und wir haben die nächste Entwicklungsstufe auf einer neuen Basis begonnen, was sehr wichtig ist.

Es ist sehr wichtig für uns, diesen Trend beizubehalten und nicht zu verlieren. Wir haben Probleme, einschließlich des Defizits an Arbeitskräften, ja. Dazu kommen noch einige andere Probleme. Aber das real verfügbare Einkommen unserer Bevölkerung wächst. Während es in Europa gesunken ist, stieg es hier um mehr als 12 Prozent.

Wir haben hier unsere eigenen Probleme im Zusammenhang mit der Inflation, und sie ist gestiegen – sie liegt jetzt bei 5,7 Prozent, ja, aber die Zentralbank und die Regierung ergreifen abgestimmte Maßnahmen, um diese möglichen negativen Folgen zu nivellieren.

[F.L.]: Sie haben die strukturelle Anpassung [Perestrojka] erwähnt, die derzeit stattfindet. Einige Opponenten werden sagen, dass dies die Militarisierung der Wirtschaft ist. Haben sie recht?

[W.P.]: Sehen Sie, wir haben die Ausgaben für die Verteidigung erhöht, aber nicht nur für die Verteidigung, sondern für Verteidigung und Sicherheit. Sie haben sich ungefähr verdoppelt: Sie lagen bei etwa drei Prozent, und jetzt liegen sie bei etwa sechs Prozent – für Verteidigung und Sicherheit. Aber gleichzeitig möchte ich betonen, ich habe es bereits gesagt und ich muss es wiederholen: Wir haben einen Haushaltsüberschuss von über 660 Milliarden Rubel im dritten Quartal, und in diesem Jahr werden wir ein Defizit haben, aber nur ein Prozent. Das ist ein ziemlich gesunder Haushalt und eine gesunde Wirtschaft.

Daher ist die Behauptung nicht wahr, dass wir übermäßig viel Geld für Kanonen ausgeben und das [Geld] für Butter vergessen haben. Ich möchte betonen, dass alle, wirklich alle angekündigten Entwicklungspläne, die Verwirklichung der strategischen Ziele und alle sozialen Verpflichtungen, die der Staat gegenüber der Bevölkerung eingegangen ist, vollständig umgesetzt werden.

### Zum Südkaukasus und zur Rolle des Westens

[F.L.]: Vielen Dank. Das ist eine gute Nachricht. Wladimir Wladimirowitsch, neben dem Konflikt in der Ukraine, auf den wir sicher noch oft zurückkommen werden, gab es in den letzten Tagen, Wochen auch Ereignisse im Südkaukasus. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles MICHEL, hat in einem Interview erst gestern gesagt, Russland habe das armenische Volk verraten.

[W.P.]: Wer hat das gesagt?

[F.L.]: Charles MICHEL, der Präsident des Europäischen Rates.

[W.P.]: Wissen Sie, das Volk sagt: Wessen Stute muht, aber Ihre schweigt.

[F.L.]: Die Kuh.

[W.P.]: Die Kuh, die Stute – egal, irgendeine Art von Tier. Ist das alles? Ich habe Sie unterbrochen, entschuldigen Sie.

[F.L.]: Bitte.

[W.P.]: Verstehen Sie, was passiert ist und was in allerletzter Zeit geschehen ist? Nach den bekannten Ereignissen und dem Zerfall der Sowjetunion gab es, wie wir wissen, einen Konflikt, begannen ethnische Zusammenstöße zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, die in Sumgait [Republik Aserbaidschan] begannen und danach auf Bergkarabach übergriffen. All dies führte dazu, dass Armenien – nicht Karabach, sondern Armenien – ganz Karabach und die sieben angrenzenden Territorien, sieben Kreise [Rayons] Aserbaidschans, unter seine Kontrolle brachte. Das sind, denke ich, fast 20 Prozent des Territoriums der Republik Aserbaidschan. Und all dies setzte sich über viele Jahrzehnte fort.

Ich muss sagen, dass wir im Verlauf der letzten 15 Jahre – ich verrate hier kein Geheimnis – unseren armenischen Freunden viele Male vorgeschlagen haben, auf Kompromisse einzugehen. Welche? Die fünf Kreise rund um Karabach an Aserbaidschan zurückzugeben sowie zwei Kreise zu behalten und damit die territoriale Verbindung zwischen Armenien und Karabach zu erhalten.

Aber unsere Freunde aus Karabach haben uns immer wieder gesagt: Nein, das schafft für uns eine bestimmte Bedrohung. Wir wiederum sagten: Seht her, Aserbaidschan wächst, seine Wirtschaft entwickelt sich, es ist ein öl- und gasproduzierendes Land, es hat bereits über 10 Millionen (Einwohner), lasst uns die Potenziale vergleichen. Derzeit gibt es eine solche Möglichkeit, diesen Kompromiss zu finden. Wir sind unsererseits überzeugt, dass wir im Rahmen des VN-Sicherheitsrats entsprechende Beschlüsse erreichen, die die Sicherheit dieses von der Natur geschaffenen Latschin-Korridors zwischen Armenien und Karabach gewährleisten und die Sicherheit der in diesem Territorium lebenden Armenier garantieren werden.

Aber nein, man hat uns gesagt: "Nein, das können wir nicht tun". 'Was werdet ihr tun'? "Wir werden kämpfen." Nun gut. Es kam schließlich zu bewaffneten Zusammenstößen im Jahr 2020, und damals habe ich unseren Freunden und Kollegen auch vorgeschlagen – übrigens, Präsident Alijew wird mir das nicht

übelnehmen, denke ich, aber irgendwann wurde eine Vereinbarung getroffen, – dass die aserbaidschanischen Truppen haltmachen.

Ehrlich gesagt, dachte ich, dass das Problem gelöst sei. Ich rief in <u>Jerewan</u> und hörte plötzlich: Nein, sie sollen den unbedeutenden Teil Karabachs verlassen, in den aserbaidschanische Truppen eingedrungen sind. Das ist alles. Ich sagte: Hören Sie, was werden Sie tun? Und wieder der gleiche Satz: "Wir werden kämpfen." Ich sagte: Hört zu, in ein paar Tagen werden sie hinter eure Befestigungen im Kreis [Rayon] Ağdam gelangen, und dann wird alles vorbei sein, versteht ihr? – Ja. – Was werdet ihr tun? – "Wir werden kämpfen."

Nun gut. Alles ist so gekommen, wie es gekommen ist.

Am Ende haben wir mit Aserbaidschan vereinbart, dass die Feindseligkeiten nach Erreichen der Schuscha-Linie und [der Stadt] Schuscha eingestellt werden. Im November 2020 wurde eine entsprechende Erklärung über die Einstellung der Feindseligkeiten und Einführung unserer Friedenstruppen unterzeichnet. Und der nächste, sehr wichtige Punkt: Der rechtliche Status unserer Friedenstruppen beruhte ausschließlich auf dieser Erklärung vom November 2020. Der Status von Friedenstruppen ist so nie eingetreten. Ich werde jetzt nicht sagen, warum. Aserbaidschan war der Meinung, dass es keinen Bedarf dafür gab. Und es war sinnlos, [eine Friedenstruppen-Vereinbarung] ohne Aserbaidschan zu unterzeichnen. Daher beruhte der gesamte Status, ich wiederhole, ausschließlich auf der Erklärung vom November 2020, und die Rechte der Friedenstruppen bestanden nur in einer Sache – der Überwachung des Waffenstillstands. Das war alles, unsere Friedenstruppen hatten dort keine anderen Rechte, es gibt auch keine. Nur die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung – das war's. Aber dieser fragile Zustand dauerte eine gewisse Zeit an.

Sie haben den verehrten Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn MICHEL, erwähnt. Im Herbst 2022 trafen sich in Prag unter der Schirmherrschaft von Herrn MICHEL, danach der französische Präsident MACRON und der deutsche Bundeskanzler SCHOLZ mit den die Staats- und Regierungschefs von Armenien und Aserbaidschan und unterzeichneten dort eine Erklärung, aus der hervorgeht, dass Armenien Karabach als Teil der Republik Aserbaidschan anerkennt. Außerdem nannten die Leiter der Delegationen, die armenischen Führer, direkt das Territorium Aserbaidschans in Quadratkilometern, zu dem natürlich auch Karabach gehört, und betonten, dass sie die Souveränität Aserbaidschans in den Umrissen der Aserbaidschanischen SSR, die seinerzeit in den Bestand der

UdSSR gehörte, anerkennen. Und wie bekannt ist, gehörte auch Karabach in den Bestand der Aserbaidschanischen SSR. Das heißt, die wichtigste, absolute Schlüsselfrage, die nach dem Status von Karabach, wurde gelöst. Als Karabach seine Unabhängigkeit erklärte [1991], erkannte niemand diese Unabhängigkeit an, nicht einmal Armenien, was mir, offen gesagt, seltsam vorkommt, aber dennoch war dies die Entscheidung – sie haben die Unabhängigkeit Karabachs nicht anerkannt. Aber hier, in Prag [2022], wurde anerkannt, dass Karabach zu Aserbaidschan gehört. Und dann, Anfang 2023, wiederholten sie dasselbe bei einem analogen Treffen in Brüssel.

Wissen Sie, sozusagen unter uns, schon das gefällt wahrscheinlich nicht mehr, aber trotz allem, wenn sie (zu einer Vereinbarung) gekommen sind ... Übrigens, niemand hat uns davon erzählt, ich persönlich habe es aus der Presse erfahren. Aserbaidschan rechnete Karabach immer als Teil seines Territoriums, definierte den Status Karabachs als Teil Aserbaidschans; Armenien hat eine qualitative Veränderung seiner Position vollführt.

Danach, bei einem der Treffen, kam Präsident ALIJEW zu mir und sagte: "Nun, sehen Sie, alle haben anerkannt, dass Karabach zu uns gehört, Ihre Friedenstruppen befinden sich auf unserem Territorium." Sehen Sie, sogar der Status unserer Friedenstruppen hat sich sofort qualitativ verändert, nachdem der Status von Karabach als Teil Aserbaidschans festgelegt wurde. Er sagt: "Ihre Militärs befinden sich auf unserem Territorium, und wir sollten uns jetzt auf bilateraler Basis über ihren Status einigen." Und Premierminister PASCHINJAN bestätigte: Ja, Sie müssen jetzt bilateral verhandeln. Karabach ist also vom Tisch. Man kann über diesen Status sagen, was man will, aber das war die Kernfrage – der Status von Karabach. In den vergangenen Jahrzehnten drehte sich alles darum: Wie und wann, wer und wo wird den Status [von Karabach] bestimmen. Das war es, Armenien hat es gelöst – Karabach ist offiziell Teil von Aserbaidschan geworden. Dies ist die Position des gegenwärtigen Staates Armenien.

Was sollten wir tun? Alles, was in der jüngsten Vergangenheit passiert ist – vor einer Woche, vor zwei, drei Wochen, die Sperrung des Latschin-Korridors und so weiter – all das war nach der Anerkennung der Souveränität Aserbaidschans über Karabach unvermeidlich. Es war nur eine Frage der Zeit, wann und auf welche Weise Aserbaidschan dort die verfassungsmäßige Ordnung im Rahmen der Verfassung des aserbaidschanischen Staates herstellen würde. Was sagen Sie dazu? Wie sollten wir sonst darauf reagieren? Armenien hat es anerkannt,

und was sollen wir tun? Sollen wir sagen: Nein, wir erkennen es nicht an? Das ist doch Nonsens, oder? Es ist dummes Zeug.

Ich werde Ihnen jetzt nicht über Nuancen unserer Gespräche berichten – ich halte das für unkorrekt, – aber was in den letzten Tagen oder Wochen geschehen ist, war eine unvermeidliche Folge dessen, was in Prag und in Brüssel geschah. Deshalb hätten Herr MICHEL und seine Kollegen darüber nachdenken müssen, als sie anscheinend – ich weiß nicht, man sollte sie selbst fragen – irgendwo hinter den Kulissen, in den Wandelgängen den Ministerpräsidenten Armeniens PASCHINJAN zu einem solchen Schritt überredeten, sie hätten gemeinsam über das Schicksal der Armenier von Karabach nachdenken müssen, sie hätten irgendwie zumindest etwas darüber vorschreiben müssen, was sie in dieser Situation wie erwartet, irgendeine Ordnung für die Integration von Karabach in den Staat Aserbaidschan, irgendein Verfahren in Bezug auf die Gewährleistung ihrer Sicherheit und die Achtung ihrer Rechte. Dort gibt es davon nichts zu lesen. Nur die Erklärung darüber, dass Karabach ein Teil von Aserbaidschan ist, das ist alles. Und was sollen wir tun? Wenn Armenien selbst so entschieden hat, was sollen wir dann tun?

Was haben wir getan? Wir haben alles getan, was wir rechtlich in der Hand hatten, um die humanitäre Komponente zu gewährleisten. Wie Sie wissen, starben dort übrigens unsere Leute, unsere Friedenstruppen, dabei für den Schutz der Armenier in Karabach. Wir haben ihnen humanitäre Hilfe erwiesen und medizinische Versorgung und ihre Ausreise sichergestellt.

Um uns wieder unseren europäischen, sogenannten Kollegen zuzuwenden, dann sollten sie zumindest jetzt humanitäre Hilfe schicken, um die unglücklichen Menschen zu unterstützen, die ihre Heimat in Berg-Karabach verlassen haben, anders kann ich es nicht sagen. Ich denke, sie werden es tun. Aber generell müssen wir uns natürlich Gedanken über ihr Schicksal in langfristiger Perspektive machen.

[F.L.]: Ist Russland bereit, diese Menschen zu unterstützen?

[W.P.]: Ich habe gerade gesagt, dass wir sie unterstützen.

[F.L.]: Diejenigen, die weggegangen sind.

[W.P.]: Bei uns sind Leute gefallen, die sie beschützt haben, die ihnen den Rücken freigehalten und humanitäre Hilfe geleistet haben. Zu uns dort, ins Zentrum unserer Friedenstruppen, dahin kamen alle Geflüchteten, unter den Schutz unserer Friedenstruppen. Tausende haben sich dort angesammelt, vor allem Frauen und Kinder.

Aber natürlich sind wir auch bereit, (Hilfe) zu erweisen, Armenien hat nicht aufgehört, unser Verbündeter zu sein. Und wenn es dort humanitäre Probleme gibt, und die gibt es, dann werden wir sie natürlich besprechen und sind bereit, diese Menschen zu unterstützen und ihnen zu helfen. Das versteht sich von selbst.

Ich habe Ihnen jetzt nur kurz erzählt, wie sich die Ereignisse entwickelt haben, aber im Großen und Ganzen habe ich die wichtigsten Dinge angesprochen.

[F.L.]: Wladimir Wladimirowitsch, eine weitere Nuance in diesem Zusammenhang. Jetzt geht die aserbaidschanische Führung sehr rigoros gegen diejenigen vor, die in Karabach im [Staats-]Dienst waren, die Führer. Da sind verschiedene Leute, solche, die in Russland sehr bekannt sind, wie z. B. Ruben WARDANJAN.

[W.P.]: Soweit ich weiß, hat er auf unsere Staatsbürgerschaft verzichtet.

[F.L.]: Er hat sich geweigert, aber das hat er. Können wir irgendwie an die aserbaidschanische Führung appellieren, dass sie, ich weiß nicht, Gnade walten lässt?

[W.P.]: Das haben wir immer getan und tun es auch jetzt. Ich habe, wie Sie wissen, mit Präsident ALIJEW telefoniert, aber wir haben auch schon früher darüber gesprochen, dass, egal was passiert, er mir immer versichert hat, dass er, egal was passiert, Sicherheit und Rechte der armenischen Bevölkerung von Berg-Karabach gewährleisten wird. Aber jetzt sind dort keine Armenier mehr verblieben, sie sind alle weg. Wissen Sie, dass sie alle weg sind? Es gibt dort keine Armenier mehr – vielleicht eineinhalb Tausend – das war's. Das war's, es ist niemand mehr da.

Und was die ehemaligen Führer betrifft, so weiß ich nicht, ich möchte nicht ins Detail gehen, aber ich verstehe, dass man sie besonders auch in Jerewan nicht sehen will. Aber ich gehe davon aus, dass in diesem Fall, wenn alle Fragen territorialen Charakters für Aserbaidschan gelöst sind, die aserbaidschanische Führung von humanitären Erwägungen ausgehen wird.

[F.L.]: Vielen Dank.

Schlussformel des Podium-Gesprächs im Interview-Format

# Podium-Antworten von W. Putin auf Gästefragen



Bildquelle: Abruf am 14. Oktober 2023 (president.org) (kremlin.ru)

### Fjodor LUKJANOW [F.L.]: Vielen Dank.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte diejenigen, die Fragen stellen möchten. Professor Feng Shaolei ist einer unserer 'Veteranen'.

# Feng Shaolei (Pädagogische Universität Ostchinas, Shanghai):

Ich danke Ihnen vielmals. Sehr geehrter Herr Präsident, es ist sehr schön, Sie wiederzusehen!

Im Oktober wird in Peking die internationale Konferenz zum 10. Jahrestag der 'Seidenstraßen-Initiative' [BRI] stattfinden. Zugleich wird die Initiative zur Verknüpfung der Eurasischen Partnerschaft mit der BRI, die Sie gemeinsam mit Präsident Xi Jinping auf den Weg gebracht haben, fast zehn Jahre alt.

Meine Frage ist diese: Welche neuen Ideen und welche konkreten Vorschläge haben Sie unter den neuen Lagebedingungen bereits ausgearbeitet? Ich danke Ihnen vielmals.

#### Zur Eurasischen Partnerschaft vs. 'Seidenstraßen-Initiative'

[W.P.]: Wir kommen in der Tat auf dieses Thema zurück, und einige Leute versuchen sogar, Zweifel daran zu säen, dass unser eurasisches Entwicklungs-

projekt – die Eurasische Wirtschaftsunion – und die 'One Belt, One Road-Initiative' [BRI] von Präsident XI JINPING bezüglich der Interessen nicht übereinstimmen könnten, dass sie in einer Art Konkurrenz zueinander stehen könnten. Das ist nicht der Fall, das habe ich schon oft gesagt. Im Gegenteil, wir glauben, dass das eine Projekt das andere harmonisch ergänzt.

Was geht hier vor? In Bezug auf China und Russland – in Bezug auf Russland in hohem Maß gegenwärtig, aber in Bezug auf China schon lange vor den Ereignissen in der Ukraine beginnend – haben einige Partner, wir wissen wer genau, begonnen, verschiedene Sanktionsarten zu verhängen. Und irgendwann wurde daraus eine Art Handelskrieg zwischen China und den Vereinigten Staaten, und es wurden Beschränkungen verhängt, auch im Bereich der Logistik.

Wir sind an der Einrichtung neuer Logistikrouten interessiert, und China ist ebenfalls daran interessiert. Das Volumen des Handelsumschlags wächst. Wir sprechen jetzt über den Korridor "Nord-Süd". China baut einige Routen durch die zentralasiatischen Staaten auf. Wir sind daran interessiert, dies zu unterstützen, und bauen entsprechende Straßen und Eisenbahnstrecken. Das alles ist Gegenstand unserer Verhandlungen. Das zum Ersten.

Zweitens wird all dies ergänzt durch das, was man Sphäre der realen Produktionswirtschaft nennt. Wir liefern die notwendigen Güter in die Volksrepublik China und China liefert uns die notwendigen Güter; wir bauen Logistik- und Produktionsketten auf, die sicherlich zu den Zielen, die Präsident XI JINPING für die chinesische Wirtschaft gestellt hat, und die zu unseren Entwicklungsaufgaben passen, um unsere Wirtschaft und mit anderen Ländern partnerschaftliche Beziehungen zu entwickeln – insbesondere in der heutigen Welt. Das ist untereinander ganz offensichtlich eine Ergänzung.

Ich werde jetzt keine konkreten Projekte aufzählen, auch die zwischen China und Russland nicht, davon gibt es genug. Wir haben eine Brücke gebaut, wissen Sie, wir haben andere Pläne mit logistischem Charakter. Wir entwickeln, wie ich bereits sagte, die Beziehungen im Bereich der realen Produktion. All dies zusammen wird Gegenstand unserer bilateralen Kontakte und Verhandlungen und im Rahmen des multilateralen Formats sein. Das ist eine sehr große und sehr intensive und kapitalintensive Arbeit.

Ich möchte noch einmal betonen und [Ihre Aufmerksamkeit] darauf konzentrieren: All diese Arbeit wurde in keinem Fall, zu keiner Zeit gegen jemanden gerichtet. Sie hat einen schöpferischen Ansatz und zielt ausschließlich darauf

ab, ein positives Ergebnis sowohl für uns – Russland und China, – als auch für unsere Partner in der ganzen Welt zu erzielen.

[F.L.]: Vielen Dank.

### Zur Rolle des VN-Rechtssystems

**Richard Sakwa** (in Übersetzung): Sie sprachen von Veränderungen in der internationalen Politik, vom Entstehen souveräner Staaten, die sich selbst schützen, die autonome Akteure in der internationalen Politik sind. Das ist in der Tat der Fall. Es geschieht in der BRICS-Plus-Gruppe, und vor ein paar Monaten fand auch das Treffen der SOZ statt.

Die Welt verändert sich also, die internationale Politik, die Staaten, die postkolonialen Staaten verändern sich. Jetzt haben diese Staaten deutlich gemacht, dass sie sich aktiv an der internationalen Gemeinschaft beteiligen wollen.

Dennoch wird die internationale Politik im Rahmen des Systems gestaltet, das 1945 geschaffen wurde – in der <u>UNO</u> [Organisation der Vereinten Nationen]. Sehen Sie keine Widersprüche zwischen dem Wandel in der internationalen Politik und der Lähmung des VN-Systems, des internationalen Rechts? Wie kann Russland dazu beitragen, dies zu überwinden, damit die UNO besser funktioniert? Wie können wir die Widersprüche in der internationalen Politik auf friedlichere Weise lösen, so dass sie in die Zukunft gerichtet sind?

[W.P.]: Sie haben sicherlich Recht, es gibt gewisse Widersprüche zwischen dem Rahmen, der geschaffen wurde 1945 von den Siegerländern im Zweiten Weltkrieg, und den veränderten Bedingungen in der heutigen Welt. 1945 war die eine Weltlage, am heutigen Tag ist sie eine ganz andere. Und natürlich müssen sich diese Rechtsnormen an die veränderte Welt anpassen.

Man kann das unterschiedlich sehen, man kann sagen, die UNO und das gegenwärtige Völkerrecht, das auf der Charta der Vereinten Nationen aufbaut, sind veraltet und sollten abgerissen werden, und es ist notwendig, etwas Neues zu schaffen. Aber hier besteht doch die Gefahr, dass wir das bestehende System der internationalen Regeln, namentlich die wirklichen Regeln, das auf der VN-Charta basierende Völkerrecht, abschaffen, während noch nichts Neues schon geschaffen wurde, und wir werden es auch nicht schaffen, und es wird einfach ein allgemeines Chaos geben. Seine Elemente haben sich schon 'breitgemacht'. Aber wenn wir die VN-Charta auf den Müllhaufen der Geschichte schicken, ohne sie durch irgendetwas zu ersetzen, ist das Chaos unvermeidlich und kann zu sehr ernsten Konsequenzen führen.

Deshalb sollten wir, meiner Meinung nach, den Weg der Veränderung des Völkerrechts entsprechend heutigen Anforderungen und der sich verändernden Situation in der Welt gehen. In diesem Sinne sollten im VN-Sicherheitsrat natürlich solche Länder vertreten sein, denen ein bedeutendes Gewicht in internationalen Angelegenheiten zukommt und die einfach aufgrund ihres Kräftepotenzials Möglichkeiten besitzen und Einfluss auf die Lösung wichtiger internationaler Fragen ausüben.

Welche Länder sind das? Das ist Indien – mit einer Bevölkerung m. E. schon über anderthalb Milliarden Menschen, das Wirtschaftswachstum liegt bei über sieben Prozent, m. E. 7,4 oder 7,6 Prozent. Es ist ein globaler Gigant. Ja, es gibt dort immer noch eine Menge Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Aber nichtsdestotrotz wachsen Hightech-Exporte dort in einem gigantischen Tempo. Es ist also ein starkes Land, das unter der Führung von Premierminister Modi von Jahr zu Jahr stärker wird.

Oder Brasilien in Lateinamerika – die Bevölkerung ist riesig, das Wachstum des Einflusses ist kolossal. Südafrika. Wie kann man deren Einfluss in der Welt nicht berücksichtigen? Ihr Gewicht bei wichtigen Entscheidungen auf der internationalen Agenda sollte also zunehmen.

Aber natürlich muss dies in einer Weise geschehen, dass ein Konsens über diese Veränderungen besteht, damit auch das bestehende internationale Rechtssystem nicht zerstört wird. Das ist ein komplizierter Prozess, aber meiner Meinung nach, müssen wir diese Richtung, diesen Weg einschlagen.

[F.L.]: Sie denken also, dass das bestehende völkerrechtliche Regime existiert? Es ist noch nicht zerstört worden?

[W.P.]: Es ist definitiv nicht vollständig zerstört. Sehen Sie, was ist der Gegenstand? Erinnern wir uns an die allerersten Jahre des Bestehens der UNO. Wie wurde damals unser sowjetischer Außenminister, Herr Gromyko, genannt? Sie nannten ihn "Mister NO". Und warum? Weil es so viele Widersprüche gab und die Sowjetunion sehr oft ihr Veto einlegte. Aber gleichzeitig hatte es einen Sinn und eine Bedeutung, es hat nicht zu Konflikten geführt.

In der jüngeren Geschichte haben wir sehr oft von westlichen Führern gehört, dass das VN-System veraltet ist und den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Wann genau begann das so zu klingen? Während der Krise um Jugoslawien, als die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ohne jegliche Sanktion des VN-Sicherheitsrates Belgrad unbarmherzig und unerschrocken

bombardierten und sogar auf die Botschaft der Volksrepublik China in Belgrad Treffer markierten.

Wo war das Völkerrecht? Nein, sagte man, ein Völkerrecht, so wie es da war, wird nicht gebraucht, es ist überholt. Und warum? Weil man handeln wollte, ohne auf dieses Völkerrecht zu achten. Als Russland dann begann, Maßnahmen zu ergreifen, sagte man: Wie kann das sein? Das ist ungeheuerlich! Russland verstößt gegen das Völkerrecht und die VN-Charta!

Leider hat es immer wieder Versuche gegeben, dieses internationale Recht nach eigenem Gutdünken zu verändern. Ist das gut oder schlecht? Es ist sehr schlecht. Aber zumindest gibt es etwas, was einen Orientierungspunkt darstellt.

Meine einzige Sorge ist, dass, wenn es in den Papierkorb geworfen und entfernt wird, es nicht einmal mehr einen Orientierungspunkt gibt. Mir scheint, dass wir den Weg der permanenten, schrittweisen Veränderung gehen müssen. Aber wir müssen es natürlich tun. Die Welt hat sich verändert.

[F.L.]: Vielen Dank.

#### Zur Nukleardoktrin Russlands und zu Kernwaffentests

Sergej Karaganow: Wladimir Wladimirowitsch, ich bin einer der 'Veteranen' und Gründer des Diskussionsklubs. Am Tag seines 20-jährigen Bestehens bin ich fast glücklich, denn ... Alte Leute, allgemein gesprochen, sollten sagen, dass "es unter uns besser war" – aber es war nicht besser unter uns, es ist jetzt besser, spaßiger, interessanter, heller, bunter. Deshalb danke ich Ihnen auch für Ihre Teilnahme. Meine Frage lautet wie folgt.

[W.P.]: Was das "spaßiger" betrifft, so klingt das mutig.

[S.K.]: Wenn es interessanter ist, dann macht es auch mehr Spaß.

[W.P.]: Spaßiger für Sie, nicht so sehr für mich, um ehrlich zu sein. (Gelächter.)

[S.K.]: Wladimir Wladimirowitsch, sowohl außerhalb Russlands als auch jetzt im (Waldaj-Diskussions-)Klub wird eine einfache Frage sehr heftig diskutiert. Ich werde sie wie folgt formulieren – natürlich mit meinen Worten, nicht im Namen aller. Ist unsere Doktrin<sup>6</sup> über den Einsatz von Kernwaffen überholt? Meines Erachtens ist sie auf jeden Fall überholt, und sie wirkt sogar leichtfertig,

Siehe: Präsidentenerlass vom 2. Juni 2020, № 355 sowie das Grundlagendokument "GRUNDLAGEN der staatlichen Politik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung". Übersetzung a.d. Russischen. In: DGKSP-Diskussionspapiere, Dresden 2020, Juni, ISSN 2627-3470. S. 16–23. (slub.qucosa.de)

sie wurde in anderen Zeiten und vielleicht bei einer anderen Lage geschaffen und folgt sogar alten Theorien. Die Abschreckung [Zügelung]<sup>7</sup> funktioniert nicht mehr. Ist es nicht an der Zeit, die Doktrin des Einsatzes von Kernwaffen in Richtung einer Absenkung der nuklearen Schwelle zu ändern und zwar entschlossen, aber doch recht zügig die Eskalationsleiter der Abschreckung bzw. Ernüchterung unsere Partner zu gehen?

Sie sind frech geworden, sie sagen direkt: "Da ihr eine solche Doktrin habt, werdet ihr niemals Kernwaffen einsetzen" – und wir erlauben ihnen damit ungewollt, sich auszudehnen [zu erweitern] und eine absolut ungeheuerliche Aggression durchzuführen.

Das ist das eine Problem, und darin liegt ein anderes. In den kommenden Jahren werden die Welt und auch der Westen – selbst wenn wir in oder um die Ukraine herum auf die eine oder andere Weise gewinnen sollten – noch sehr schwierige Zeiten durchmachen: neue Zentren entstehen, neue Schwierigkeiten werden auftauchen. Wir müssen genau jene Sicherungseinrichtung, die die nukleare Abschreckung [Zügelung] war und die die Welt über den 70-Jahres-Zeitraum gestützt hat, wieder einbauen. Jetzt versucht der Westen, in seiner Geschichtsund Risikovergessenheit, diese Sicherungseinrichtung zu beseitigen. Sollten wir unsere Politik auf diesem Gebiet nicht ändern?

[W.P.]: Ich kenne Ihren Standpunkt, ich habe einige Ihrer Dokumente, Ihre Artikel und Ihre Notizen gelesen. Und ich verstehe Ihre Gefühle.

Lassen Sie mich daran erinnern, dass es in der Militärdoktrin<sup>8</sup> Russlands zwei Gründe für einen möglichen Kernwaffeneinsatz vonseiten Russlands gibt. Der erste Grund ist der Einsatz von Kernwaffen in Bezug auf, das heißt, es handelt sich um einen so genannten 'Antwort-Begegnungsschlag' [Vergeltungsschlag]. Aber was bedeutet das in der Praxis? Die Raketen werden gestartet, unser SPRN-System<sup>9</sup> hat aufgefasst, erkannt und benachrichtigt darüber, dass das Ziel

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Im russischen Originaltext des Stenogramms wird der militärisch-politische Fachbegriff "сдерживание" [sdershiwanije] verwendet, der semantisch genauer mit **Zügelung** (sinngemäß: hinhalten, aufhalten, eindämmen) zu übersetzen wäre. Zum Textverständnis ist zu beachten, dass für das Lemma "Abschreckung" im Russischen der Begriff "устрашение" [ustraschenie] stehen würde. Ungeachtet dessen, wird hier im Weiteren mit dem Nato-Vokabular (dt.) **Abschreckung** übersetzt.

Militärdoktrin der Russischen Föderation. Präzisierte Redaktion 12/2014. Übers. a.d. Russ. In: DSS-Arbeitspapiere, Heft 113, Dresden 2015, ISSN 1436-6010. 42 S. (slub.qucosa.de)

 $<sup>^{9}</sup>$  Frühwarnsystem vor Raketenüberfall mittels ballistischer Raketen – (ru) C $\Pi$ PH.

das Territorium der Russischen Föderation ist – all das geschieht in Sekundenschnelle, damit es jeder versteht – und mit der Information und dem Wissen darüber, dass auf Russland ein Schlag geführt wird, antworten wir unsererseits auf diese Aggression.

Ich möchte allen versichern, dass die Antwort für jeden potenziellen Aggressor heute absolut inakzeptabel ist, denn von dem Moment der Auffassung eines Raketenstarts, egal von woher er ausgeführt wird – von irgendeinem der Weltmeere oder von irgendeinem Territorium – werden als Antwort in einem 'Begegnungsschlag' eine solche Anzahl, so viele Hunderte, Hunderte unserer Raketen in der Luft auftauchen, und zwar in mehreren Richtungen gleichzeitig, so dass nicht ein Gegner eine Überlebenschance hat.

Der zweite Grund für den Einsatz dieser Waffe ist eine Bedrohung der Existenz des russländischen Staates, selbst wenn gegen Russland nur konventionelle [herkömmliche] Mittel der Bewaffnung eingesetzt werden, aber die Existenz Russlands als Staat selbst bedroht ist.

Das sind die zwei möglichen Gründe für den Einsatz der Waffe, von der Sie sprachen.

Müssen wir dies ändern? Warum sollten wir das tun? Alles kann geändert werden, ich sehe nur nicht die Notwendigkeit dafür. Es gibt keine Situation, in der, sagen wir mal, heute irgendetwas die russländische Staatlichkeit und die Existenz des russländischen Staates bedrohen würde. Ich denke, dass kein Mensch, der bei gesundem Verstand und klarem Gedächtnis ist, auf die Idee käme, Kernwaffen gegen Russland einzusetzen.

Dennoch, der Standpunkt von Ihnen, von anderen Experten, von Menschen, die patriotisch eingestellt sind, die sehr besorgt sind über das, was innerhalb des Landes und um uns herum geschieht, die besorgt sind über das, was an den umkämpften Berührungslinien in der ukrainischen Richtung geschieht – ich verstehe alles, wir beobachten aufmerksam und, glauben Sie mir, wir respektieren Ihren Standpunkt, aber ich sehe keine Notwendigkeit, unser Konzept zu ändern. Der potenzielle Gegner weiß alles, er kennt unsere Fähigkeiten.

Eine andere Sache ist, dass ich zum Beispiel Aufrufe höre, mit Kernwaffentests zu beginnen, zu Tests zurückzukehren. Dazu möchte ich Folgendes sagen. Die Vereinigten Staaten haben einen einschlägigen internationalen Rechtsakt, ein Dokument, einen 'Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests' unterzeichnet, und Russland hat ihn ebenfalls unterzeichnet. Russland hat ihn unterzeichnet

und ratifiziert, und die Vereinigten Staaten haben ihn zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert.

Jetzt haben wir die Arbeit an den modernen Typen von strategischen Waffen, über die ich gesprochen habe und die ich vor einigen Jahren angekündigt hatte, praktisch abgeschlossen.

Die letzte erfolgreiche Erprobung von 'Burewestnik', einem Marschflugkörper mit globaler Reichweite und nuklearem Antriebssystem, wurde durchgeführt. Wir haben die Arbeiten an 'Sarmat', der superschweren Rakete, tatsächlich abgeschlossen. Es geht nur noch darum, einige rein administrativ-bürokratische Verfahren abzuschließen, zur Serienproduktion und Überführung in das Diensthabende System überzugehen. Wir werden dies in naher Zukunft tun.

Da es sich um eine neue Waffe handelt, sagen in der Regel die Experten, dass Tests durchzuführen sind, um sicherzustellen, dass die spezielle Gefechtsladung fehlerfrei funktioniert. Ich bin nicht bereit, jetzt zu sagen, ob wir tatsächlich Tests durchführen müssen oder nicht. Aber um sich bezogen auf die Vereinigten Staaten spiegelbildlich zu verhalten, und ich wiederhole einmal mehr, wenn die Vereinigten Staaten das Abkommen unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben, und wir es unterzeichnet und ratifiziert haben, ist es im Prinzip möglich, sich spiegelbildlich zu jenen Vereinigten Staaten zu verhalten.

Aber das ist eine Frage für die Abgeordneten der Staatsduma. Theoretisch ist es möglich, diese Ratifizierung zurückzuziehen. Wenn wir das tun, ist das völlig ausreichend.

[F.L.]: Einige Leute im Westen äußern jetzt offen einen solchen Standpunkt, dass diese aktive Unterstützung für die Ukraine darauf zurückzuführen ist, dass Russland in den letzten anderthalb Jahren nicht überzeugend genug auf die Eskalation von ihrer Seite reagiert hat.

[W.P.]: Ich weiß nicht – überzeugend oder nicht überzeugend. Aber jetzt, seit Beginn der sogenannten 'Gegenoffensive' – das sind die neuesten Daten – allein seit dem 4. Juni [2023], haben die ukrainischen Einheiten bereits mehr als 90.000 Menschen verloren – das sind sanitäre und unwiederbringliche Verluste, 557 Panzer, fast 1.900 gepanzerte Fahrzeuge verschiedener Klassen. Überzeugend, nicht überzeugend?

Wir haben ein eigenes Verständnis davon, was sich wie bewegt. Wir wissen, wo und was wir tun müssen, wo und was wir hinzufügen müssen. Wir bewegen

uns in aller Ruhe auf unsere Ziele zu, und ich bin sicher, dass wir sie erreichen werden – die Umsetzung dieser Aufgaben, die wir uns gestellt haben.

[F.L.]: Ich danke Ihnen.

### Zur 'Entnazifizierung' in der Ukraine vs. Reaktion in Kanada

Radhika <u>Desai</u> (in der Übersetzung): Herr Präsident Putin, ich danke Ihnen für eine weitere, ich würde sagen, historisch wichtige und durchdachte Rede. Ich bin immer sehr beeindruckt, wenn ich Ihnen zuhöre.

Ich habe eine Frage und ein persönliches Anliegen. Die Frage betrifft mein Land, Kanada. Wie Sie wissen, hat sich das kanadische Parlament gerade zum Gegenstand des Spotts gemacht, als es einem ukrainischen Nazi-Veteranen im Parlament Kanadas applaudierte. Über 440 Leute haben applaudiert, niemand hat in Frage gestellt, ob es richtig war, das zu tun.

Wie Sie wissen, hat sich Premierminister TRUDEAU entschuldigt, anscheinend inzwischen zweimal, und der Sprecher des Parlaments ist zurückgetreten. Für mich zeigt das, wie weit die westliche Position bereits fortgeschritten ist. Sie sind so sehr auf ihre ignoranten Vorstellungen fixiert, dass sie vergessen haben, wie viel Russland getan hat, um dem Nazismus eine Niederlage zuzufügen.

Sie sind sich nicht bewusst, dass der Zweite Weltkrieg ohne Russland-Beitrag anders ausgegangen wäre: Es hätte keinen Sieg gegeben. Sie haben vergessen, wie viel Russland zum Sieg beigetragen hat. 30 Millionen Menschen haben ihr Leben verloren – eine riesige Zahl, man kann sich das Ausmaß kaum vorstellen.

Könnten Sie sich dazu äußern, was denken Sie darüber?

Meine persönliche Bitte an Sie: Es geht mich persönlich an. Ich entschuldige mich, wenn ich etwas Falsches sage, aber es betrifft meinen Freund, den Freund von vielen von uns hier und meines Manns Dimitris Konstantakopoulos. Und dies ist eine Frage zu Boris <u>Kagarlitskij</u>. Wie Sie wissen, wurde er inhaftiert und ist besorgt über seinen persönlichen Zustand.

Und ich habe mehrere Gründe, warum ich über dieses Thema spreche. In den westlichen Ländern sind mehrere Petitionen unterzeichnet worden, es wird natürlich viel über diesen Fall gesprochen, aber wir unterschreiben diese Petitionen nicht, weil wir mit ihrem Inhalt nicht einverstanden sind, weil sie völlig antirussisch sind. Und wir haben einen Brief an Sie, und wir hoffen, dass Sie ihn lesen werden, und wir hoffen, dass Sie verstehen werden, dass wir uns an Sie als Freunde Russlands wenden.

Natürlich befinden wir uns in einer schwierigen Lage, weil wir mit der Position unseres Freundes nicht einverstanden sind, aber wir erinnern uns, wie viel wir von ihm gelernt haben. Er ist ein hervorragender Kenner der russländischen Geschichte, und er hat sich immer für Russland eingesetzt. Und dies ist unser persönlicher Appell an Sie: Bitte nehmen Sie dies persönlich auf.

Ich danke Ihnen.

[W.P.]: Wissen Sie, ich weiß ehrlich gesagt nicht im Detail, wer KAGARLITSKIJ ist – das hat mir mein Kollege (F. Lukyanov) souffliert. Ich werde natürlich Ihr Papier nehmen, einen Blick darauf werfen und antworten, das verspreche ich Ihnen.

Was Ihre Frage betrifft, so haben weiß Gott Sie und ich nicht abgesprochen, dass diese Frage kommt, aber ich habe es erwartet, das kann ich Ihnen ehrlich sagen. Außerdem habe ich mich darüber informiert, was tatsächlich geschah. Dies ist für uns kein gewöhnliches Ereignis.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese Division, in der jener von Ihnen erwähnte ukrainische Nazi diente, am 28. April 1943 durch die Hitlerführung geschaffen wurde. Der Nürnberger Prozess – und nicht wir gestern oder unter gegenwärtigen Bedingungen, sondern das Nürnberger Tribunal erklärte diese SS-Division 'Galizien', wo dieser ukrainische Nazi diente, für verbrecherisch und verantwortlich für den Völkermord an Juden, Polen und anderer Zivilbevölkerung. So lautet das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Nürnberg. Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese Entscheidung von unabhängigen Anklägern und Richtern – letztlich natürlich von Richtern – auf der Grundlage der von den Anklägern verschiedener Länder vorgelegten Beweise getroffen wurde. Diese Organisation wurde zur verbrecherischen Organisation erklärt.

Ich möchte Sie auch daran erinnern, was dieser 'Speaker des kanadischen Parlaments' gesagt hat – ich habe dieses Papier mit den Informationen extra mitgenommen, damit konkret und beweiskräftig ist – was der Sprecher des kanadischen Parlaments gesagt hat: "In diesem Saal ist heute ein ukrainischkanadischer Veteran des Zweiten Weltkriegs anwesend, der gegen die Russen für die Unabhängigkeit der Ukraine gekämpft hat. Ich bin stolz zu sagen, dass er ein Held der Ukraine und ein Held Kanadas ist, und wir sind dankbar für seinen Dienst."

Erstens: Wenn der Sprecher des kanadischen Parlaments davon spricht, dass dieser kanadisch-ukrainische oder ukrainisch-kanadische Nazi während des

Zweiten Weltkriegs gegen die Russen gekämpft hat, muss er wissen, dass er [dieser Nazi] auf der Seite Hitlers und nicht auf der Seite seines eigentlichen Heimatlandes Kanada gekämpft hat oder dass er ein Kollaborateur der Nazis war – so oder so hat er auf der Seite der Nazi-Truppen gekämpft. Nehmen wir an, er weiß das nicht. Ich möchte auf keinen Fall die Gefühle des kanadischen Volkes verletzen. Wir behandeln Kanada, egal was passiert, mit Respekt, vor allem gegenüber den Menschen. Aber wenn er nicht weiß, dass Hitler und seine Schergen während des Krieges gegen Russland gekämpft haben, ist er ein Idiot. Also hat er es einfach nicht in der Schule gelernt, hat kein Elementarwissen. Und wenn er weiß, dass dieser Mann auf Hitlers Seite gekämpft hat, und ihn einen Helden der Ukraine und einen Helden Kanadas nennt, dann ist er ein Schuft [Schurke, Lump]. Entweder das oder das.

Mit solchen Leuten haben wir es zu tun, das sind unsere heutigen Opponenten auf Seiten einiger westlicher Länder.

Aber was ist meiner Meinung nach noch wichtig? Der kanadische Parlamentssprecher sagt: Er hat gegen die Russen gekämpft und – dort (in dem Dokument) gibt es noch ein weiteres Zitat – er unterstützt heute weiterhin die ukrainischen Truppen, die gegen die Russen kämpfen. Er hat im Grunde genommen sie auf ein und dasselbe Brett gestellt – Hitlers Kollaborateure, SS-Truppen und die heutigen Truppenteile der ukrainischen Kampftruppen, die, wie er sagte, gegen Russland kämpfen, – er hat sie auf dasselbe Brett gestellt. Das bestätigt nur unsere These über eines unserer Ziele in der Ukraine – die Entnazifizierung ist. Es gibt diese Nazifizierung der Ukraine also doch und sie ist anerkannt. Und unser allgemeines Ziel ist es, die 'Entnazifizierung' zu erreichen.

Und schließlich ist es natürlich auch absolut widerlich, dass alle diesem Nazi applaudiert haben, und insbesondere der Präsident der Ukraine, der jüdisches Blut in seinen Adern hat, mit jüdischer Nationalität, steht auf und applaudiert einem Nazi – nicht einfach nur einem Nachfahren der Nazis, nicht nur einem ideologischen Mitläufer, sondern einem Mann, der die jüdische Bevölkerung mit seinen eigenen Händen vernichtet hat. Er war es, der persönlich vernichtete, denn die deutschen Faschisten schufen diese SS-Division 'Galizien' in erster Linie für die Vernichtung der friedlichen Bevölkerung, und so steht es auch im Urteil des Nürnberger Gerichtshofs. Sie wurden für den Völkermord an den Juden verantwortlich gemacht, an den Polen – etwa 150 Tausend Polen wurden vernichtet, – an den Russen, natürlich, die Zigeuner wurden überhaupt nicht

gezählt – sie wurden nicht mal als Menschen betrachtet. Eineinhalb Millionen Juden wurden in der Ukraine vernichtet – man denke nur an diese Zahl.

Was, ist das nicht passiert? Was, weiß das denn niemand? Jeder weiß es, jeder weiß es. Gab es nicht einen Holocaust?

Und wenn der Präsident der Ukraine einem Mann applaudiert, der persönlich, mit seinen eigenen Händen, Juden in der Ukraine vernichtet hat, will er damit sagen, dass es keinen Holocaust gab? Ist das nicht ekelhaft? Alle Mittel sind gut, solange solche Leute gegen Russland kämpfen. Und alle Mittel sind gut, wenn sie im Kampf gegen Russland eingesetzt werden. Ich kann mir vorstellen, dass es einfach den überwältigenden Wunsch gibt, Russland auf dem Gefechtsfeld zu besiegen, um seine strategische Niederlage zu erreichen. Aber kann man das zu einem solchen Preis tun? Ich finde das einfach nur abscheulich. Und ich hoffe sehr, dass nicht nur wir hier in dem 'Waldai-Diskussionsklub' darüber sprechen, sondern dass auch öffentliche Organisationen, denen die Zukunft der Menschheit am Herzen liegt, ihre Position zu diesem Thema klar und eindeutig formulieren und das Geschehene verurteilen.

[F.L.]: Vielen Dank. Ich habe Gábor Stier irgendwo gesehen.

## Zum 'Fenster nach Europa' und zur Souveränität Europas

Gábor Stier (Ungarn): Herr Präsident, dieses Mal werde ich nicht fragen, was mit Odessa geschehen wird, obwohl in Ungarn Viele fragen, wie das Nachbarland heißen wird.

[W.P.]: Sie meinen Odessa? Sie haben das letzte Mal danach gefragt.

[G.S.]: Ja, beim letzten Mal schon, (aber) ich habe eine andere Frage.

[W.P.]: Bitte, entschuldigen Sie mich.

[G.S.]: Herr Präsident, wir wissen, dass Sie sich für Geschichte interessieren, daher möchte ich mich der gegenwärtigen Realität unter diesem Gesichtspunkt nähern. Wenn wir über Geschichte sprechen, dann wissen wir, wie wichtig es für die Entwicklung Russlands war, dass Peter der Große ein 'Fenster nach Europa', zum europäischen Teil der russländischen Identität geöffnet hat.

Natürlich ist Europa jetzt im Niedergang begriffen und tut alles, dass Russland es [Europa] nicht mag. Aber als Europäer ist es für mich manchmal wirklich beängstigend, wenn ich Aussagen höre, dass einige europäische Städte atomar bombardiert werden sollten.

Welche Bedeutung hat Europa heute für Russland? Denn es geht nicht um die Frage, was unsere Probleme sind. Was bedeutet heute Europa für Russland? Wird Russland ihm vollständig den Rücken kehren? Glauben Sie nicht, dass es ein Fehler wäre, dieses 'Fenster' zuzumauern?

Wenn wir schon über die Geschichte sprechen, dann noch eine Frage. Die neuen russländischen Geschichtslehrbücher haben in Ungarn eine ernsthafte Diskussion ausgelöst, genauer gesagt die Zeilen über 1956, in denen die Ereignisse als eine Art 'farbige Revolution' beschrieben werden. Sind Sie auch der Meinung, dass 1956 keine echte Revolution war? Stimmen Sie einer anderen strittigen Bemerkung in dem Buch zu, dass der Abzug der Truppen aus Mitteleuropa in den Jahren 1990-1991 ein Fehler war?

Ich erinnere mich, dass Sie in Wladiwostok sagten, die Einführung von Panzern sei ein Fehler gewesen, 1968 und 1956. Aber wenn das ein Fehler war, wie kommen Sie dann darauf, dass der Truppenabzug ebenfalls ein Fehler war?

[W.P.]: Meinen Sie, dass dies eine Frage ist? Es ist sicherlich der Anlass zum Schreiben einer Dissertation. Sie sagten, dass Sie Odessa nicht erwähnen würden, obwohl Sie es getan haben. Ich habe mich beim letzten Mal enthalten, aber ich kann sagen, dass Odessa natürlich eine russische Stadt ist. Ein bisschen jüdisch, wie wir jetzt sagen. Ein kleines bisschen. Aber lassen Sie uns jetzt nicht darüber reden, wenn Sie darauf eingestellt sind, über ein anderes Thema zu sprechen.

Erstens, zum 'Fenster nach Europa'. Wissen Sie, meine Kollegen haben gesagt: Die Welt verändert sich, und es ist nicht die beste Übung, ständig zum 'Fenster' rein-und-raus zu klettern und sich dabei die Hosen zu zerreißen. Und warum durch das Fenster klettern, wenn es andere Türen gibt? Das ist das Erste.

Zweitens. Zweifelsohne basiert der zivilisatorische Code Russlands wie auch Europas auf dem Christentum. Und das eint uns natürlich. Aber wir werden uns Europa nicht aufdrängen, wenn es das nicht will. Wir weigern uns nicht, wir schlagen das Fenster nicht zu. Sie haben gefragt, ob wir Bedauern empfinden oder nicht? Warum sollten wir es bedauern? Nicht wir sind es, die die Tür zum gemeinsamen Austausch zuschlagen, es ist Europa, das uns ausschließt und einen neuen 'Eisernen Vorhang' schafft, nicht wir, sondern die Europäer schaffen ihn – auf ihre Kosten und zu ihrem Schaden.

Ich habe bereits gesagt, und kann wiederholen: Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten wächst, sagen wir, 2,4 Prozent, während die europäische Wirtschaft in

die Rezession geht und bereits in die Rezession gegangen ist. Einige europäische Persönlichkeiten, die unserem Land gegenüber definitiv nicht positiv und freundschaftlich gesinnt sind, stellen die richtige Diagnose: Der Wohlstand basierte auf billigen Energieträgern aus Russland und auf der Erschließung des chinesischen Marktes. Der Wohlstand in Europa gründete auf diesen Faktoren. Natürlich, Hochtechnologie, eine fleißige und disziplinierte Arbeiterklasse und talentierte Menschen, das ist alles richtig. Aber es gibt grundlegende Faktoren, die Europa selbst aufgibt.

Ich habe in meinen einleitenden Bemerkungen von Souveränität gesprochen. Sie verstehen, worum es geht, denn die Souveränität hat eine multidirektionale Dimension. Warum sagen wir immer wieder, und ich sage immer wieder, dass Russland als nichtsouveräner Staat nicht existieren kann? Es würde einfach aufhören, überhaupt zu existieren. Denn es geht nicht nur um Fragen der militärischen und anderen Sicherheit, es geht auch um andere Komponenten.

Was ist mit Europa passiert? Viele europäische Staats- und Regierungschefs – nur damit sie mir nicht vorwerfen, ich sei unhöflich zu jemandem oder würde jemanden abwerten, – viele Europäer sagen, dass Europa seine Souveränität verloren hat. Im wirtschaftlichen Kraftzentrum Europas, in der Bundesrepublik [Deutschland], haben zum Beispiel führende Politiker immer wieder betont, dass Deutschland nach 1945 nie ein vollständig souveräner Staat im vollen Sinne des Wortes war.

Wozu führt das in der Praxis, darunter auch im Wirtschaftsleben? Ich denke, die Vereinigten Staaten haben zweifellos die Ukraine-Krise provoziert, als sie 2014 den Staatsstreich in der Ukraine unterstützten. Sie konnten nicht übersehen, dass dies eine rote Linie ist, wir haben es tausendmal gesagt. Nein, sie haben es getan. Das hat uns die heutige Situation beschert.

Und ich vermute, dass das kein Zufall war. Sie brauchten diesen Konflikt. Das Ergebnis: Europa, das vor langer Zeit einen Teil – nicht vollständig, aber einen bedeutenden Teil – seiner Souveränität verloren hatte, war gezwungen, seinem Souverän hinterherzutrotten, dessen Politik zu folgen, und zu einer Politik der Sanktionen und Beschränkungen gegen Russland überzugehen. Es [Europa] wurde gezwungen, wohl wissend, dass dies zu seinem Nachteil ist, und nun werden alle Energieträger – ein erheblicher Teil dieser Energieträger – von den Vereinigten Staaten um 30 Prozent teurer eingekauft.

Man hat Beschränkungen für russländisches Öl eingeführt, und was war das Ergebnis? Es ist nicht so offensichtlich wie beim Gas, aber das Ergebnis ist das gleiche: Sie haben die Zahl der Lieferanten reduziert und kaufen nun ihrerseits Öl von der reduzierten Zahl der Lieferanten zu teureren Preisen, und wir verkaufen unser Öl an andere Staaten mit einem Rabatt.

Verstehen Sie, was passiert ist? Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ging zurück, während die Wettbewerbsfähigkeit ihres Hauptkonkurrenten – der Vereinigten Staaten – dramatisch zunahm, und die anderer Länder, darunter auch in Asien, ebenfalls zunahm. Infolge des Verlusts eines Teils ihrer Souveränität mussten sie Entscheidungen zu ihrem eigenen Nachteil treffen.

Warum brauchen wir einen solchen Partner? Natürlich ist er nicht unnütz. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir uns weitgehend aus dem schrumpfenden europäischen Markt zurückziehen und unsere Präsenz auf die wachsenden Märkte anderer Regionen der Welt, darunter in Asien, ausweiten.

Gleichzeitig sind wir natürlich durch zahlreiche jahrhundertealte Bande in der Kultur und Bildung mit Europa verbunden. Ich wiederhole: All dies basiert auf der christlichen Kultur. Aber auch hier freuen sich die Europäer nicht so sehr über uns. Sie zerstören ihre auf der christlichen Kultur basierenden Wurzeln, sie reißen sie einfach gnadenlos heraus.

Deshalb werden wir nichts verschließen – weder Fenster noch Türen, aber wir werden auch nicht danach suchen, mit Gewalt in Europa einzudringen, wenn Europa das nicht will. Wenn Europa das will, bitte, dann werden wir zusammen tätig sein. Mir scheint, wir können endlos reden, aber ich denke, ich habe die wichtigsten Punkte angemerkt.

## Zur Militärinterventionen, zum Truppenabzug und System der Sicherheit

Nun zum Lehrbuch und zu den 'Farbrevolutionen' von 1956. Ich will nicht verhehlen, dass ich das Lehrbuch in diesem Teil und über den Abzug der Truppen nicht gelesen habe. Natürlich sind dies auch historische Fakten, und damals, 1956, haben viele westliche Länder die Probleme, die es gab, geschürt, auch die mit den Fehlern der damaligen ungarischen Führung verbunden waren, und es wurden Kämpfer im Ausland ausgebildet, wurden nach Ungarn gebracht. Meiner Meinung nach ist es aber immer noch schwierig, von einer reinen 'Farbrevolution' zu sprechen, denn es gab eine interne Basis für ernsthafte Proteste im Land. Das ist meiner Meinung nach eine offensichtliche Sache. Und

außerdem ist es kaum nötig, heutige Formulierungen auf die Mitte des letzten Jahrhunderts zu übertragen.

Was den Abzug der Truppen angeht, so bin ich zutiefst davon überzeugt, dass es keinen Sinn ergibt, Truppen einzusetzen, um innere Tendenzen in diesem oder jenem Land, im Volk zu unterdrücken, um die Ziele zu erreichen, die es [das Land] für sich selbst als vorrangig betrachtet. Das gilt für die europäischen Länder, darunter aber auch für die osteuropäischen Länder. Es hat keinen Sinn, Truppen dort zu halten, wenn die Völker dieser Länder sie nicht auf ihrem Territorium sehen wollen.

Aber wie das [der Truppenabzug] geschah, unter welchen Bedingungen, wie es gemacht wurde – das wirft natürlich eine Menge Fragen auf. Unsere Truppen gingen direkt auf das freie Feld. Wie viele Menschen wissen davon? Einfach ins freie Feld, mit ihren Familien. Ist das normal? Gleichzeitig formulierten weder die sowjetische noch die russländische Führung irgendwelche Verpflichtungen, irgendwelche rechtlichen Konsequenzen aus dem Abzug der Truppen.

Die westlichen Partner haben überhaupt keine Verpflichtungen übernommen.

Wenden wir uns der Frage nach der Erweiterung oder Nichterweiterung der NATO nach Osten zu. Ja, es wurde alles versprochen, unsere amerikanischen Partner leugnen es nicht, verbal, und dann fragen sie uns: Wo ist das Papier? Es gibt kein Papier. Und das war's, auf Wiedersehen. Versprochen? Wir haben es irgendwie versprochen, aber es ist wertlos. Wir wissen, dass selbst irgendein Blatt Papier für sie nichts wert ist. Sie sind bereit, ein beliebiges Blatt Papier wegzuwerfen. Aber wenigstens hätte man etwas auf dem Papier festschreiben und während des Truppenabzugs etwas vereinbaren können.

Auf Fragen der Sicherheit in Europa sich zu vereinbaren, etwa ein neues Konstrukt in Europa zu schaffen. Die gleiche deutsche Sozialdemokratie, Herr Egon BAHR, hatte ja Vorschläge, ich habe es schon einmal erwähnt, ein neues System der Sicherheit in Europa zu schaffen, das Russland, die Vereinigten Staaten und Kanada einschließt, aber nicht mit der NATO, sondern mit allen zusammen – für Ost- und Mitteleuropa. Meiner Meinung nach hätte das viele der heutigen Probleme gelöst. Und er hat damals gesagt, er war ein kluger Großvater, er hat genau gesagt: Sie werden sehen, sonst es wird alles das Gleiche bleiben, nur näher an Russland. Er war ein deutscher Politiker, ein erfahrener, kompetenter und kluger Mann. Niemand hat ihm zugehört: weder die Führung

der Sowjetunion, und erst recht nicht im Westen und in den Vereinigten Staaten. Jetzt haben wir, was er gesagt hat.

Rückzug der Truppen – es war sinnlos, sie dort zu lassen. Aber die Bedingungen für den Rückzug – darüber hätte man reden müssen und eine Situation schaffen können, die nicht zu den heutigen Tragödien und der heutigen Krise geführt hätte. Bitte, das ist alles.

Habe ich Ihre Frage beantwortet? Falls ich etwas vergessen haben sollte, bitte. [F.L.]: Vielen Dank. Apropos Deutschland, Stefan Huth.

## Zum Antifaschismus vs. Dialog mit der AfD

**Stefan** HUTH (übersetzt): Mein Name ist Stefan Huth und ich komme aus Deutschland. Ich möchte über das sprechen, was Sie gerade erwähnt haben, die Spezielle Militäroperation in der Ukraine. Es wird oft gesagt, dass es sich um eine antifaschistische Operation handelt, dass wir die Menschen in der Ukraine von den Nazis befreien müssen, dass wir das Land befreien müssen usw.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ganz klar, wie das sein kann. Es stellt sich heraus, dass wir Kontakte auf hoher Ebene haben, zwischen den Parlamenten, und auch deutsche Parteien haben Kontakte.

Wir haben auch Parteien, die in ihrem Wesen zutiefst rassistisch sind. Natürlich haben diese keine Sympathie für das Volk Russlands, und sie verstehen nicht, dass Russland ein multinationales Land ist, wie Sie in Ihrer Rede sagten.

Was ich gerne verstehen würde, ist Folgendes: Was erwarten Sie, was erwartet Ihre Regierung von Kontakten mit Parlamenten anderer Länder, mit anderen Parteien – mit Parteien, die eine ähnliche, fast faschistische Gesinnung haben? Ist Ihnen klar, dass auch der Antifaschismus in Europa Ihre Politik nicht unterstützt? Die europäische antifaschistische Bewegung unterstützt das Vorgehen Russlands nicht.

[W.P.]: Entschuldigen Sie bitte, ich möchte Sie bitten, konkreter zu werden: Was meinen Sie, wenn Sie von faschistischen Kräften und pro-faschistischen Parteien sprechen, von deren Haltung zu Russland und so weiter? Bitte seien Sie direkt und konkret, sonst reden wir nur in Halbtönen, oder besser direkt.

[S.H.] (wie übersetzt): Also, der Chef der AfD [der Partei 'Alternative für Deutschland'], Tino CHRUPALLA, hatte im Jahr 2020ein offizielles Treffen mit Außenminister Sergej LAWROW. Es war ein offizielles Treffen. Und ein Teil der AfD basiert im Wesentlichen auf der faschistischen Bewegung, und die

Antifaschisten in Deutschland verstehen die Bedeutung solcher Kontakte nicht ganz und verstehen nicht die Bedeutung der Politik Russlands gegenüber solchen Parteien.

[W.P.]: Und was sehen Sie, was bestätigt, was Sie gesagt haben, dass sie sich in ihren Aktivitäten auf einige faschistische, profaschistische nationalsozialistische Ideen stützen? Können Sie mir konkret sagen, wovon die Rede ist?

[S.H.] (übersetzt): Björn HÖCKE, zum Beispiel, ist direkt mit Faschisten verbunden, er geht regelmäßig zu Demonstrationen in Dresden am Jahrestag von Ereignissen, und er tritt gemeinsam mit Faschisten auf. Das ist ein Vertreter der Partei 'Alternative für Deutschland', der direkt mit der faschistischen Bewegung verbunden ist, und darüber wird oft gesprochen. Er macht keinen Hehl daraus, dass es sich um eine rechtsgerichtete Partei handelt.

[W.P.]: Ich verstehe. Sehen Sie, Sie haben mit der Ukraine angefangen und mich gefragt, ob es fair ist, dass wir öffentlich erklären, dass wir versuchen, das ukrainische politische System zu entnazifizieren. Aber wir haben hier gerade eine Situation im kanadischen Parlament diskutiert, in der der Präsident der Ukraine einem Nazi, der Juden, Russen und Polen umgebracht hat, Beifall gespendet hat.

Ist das nicht ein Zeichen dafür, dass sich in der Ukraine ein System entwickelt hat, das wir mit Recht als nazifreundlich bezeichnen dürfen? Das Staatsoberhaupt steht auf und applaudiert einem Nazi, und zwar nicht nur irgendeinem ideologischen Anhänger des Nazismus, sondern einem echten Nazi, einem ehemaligen SS-Soldaten. Ist das nicht ein Zeichen für die Nazifizierung der Ukraine und gibt uns das nicht das Recht, über ihre Entnazifizierung zu sprechen?

Aber Sie können antworten: Ja, es ist das Staatsoberhaupt, aber es ist nicht das ganze Land. Und ich sage Ihnen: Sie haben von denen gesprochen, die mit profaschistischen Elementen gemeinsam zu Kundgebungen gehen. Und ist es die gesamte Partei, die zu diesen Kundgebungen geht? Wahrscheinlich nicht.

Alles, was pro-faschistisch, pro-nazistisch ist, verurteilen wir natürlich. Alles, was diese Merkmale nicht hat, sondern im Gegenteil darauf abzielt, Kontakte zu knüpfen, unterstützen wir.

Soweit ich weiß, wurde auf einen der Führer der 'Alternative für Deutschland' ein Anschlag verübt. Erst jetzt, während des Wahlkampfes. Worauf deutet das hin? Dass die Vertreter dieser Partei Nazi-Methoden anwenden oder dass diese

nazistischen Methoden gegen sie angewendet werden? Das ist eine Frage, die auf eine akribische Recherche wartet, auch von Ihrer Person und der breiten Öffentlichkeit der Bundesrepublik selbst.

Was die antifaschistischen Kräfte betrifft, so haben wir immer mit ihnen zusammengearbeitet, wir kennen ihre Position zu Russland. Wir sind ihnen für diese Position dankbar und unterstützen sie natürlich.

Ich denke, dass alles, was darauf abzielt, die Beziehungen zwischen uns wiederzubeleben und aufrechtzuerhalten, unterstützt werden sollte, und dies kann sicherlich ein Licht am Ende des Tunnels unserer derzeitigen Beziehungen sein. [F.L.]: Vielen Dank.

## Zum 'Nord Stream'-Ermittlungsstand vs. Interessenlage

**Alexej GRIWATSCH**: Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, eine Frage stellen zu können, die auch Forschungscharakter hat. Wir befassen uns mit den jüngsten Ereignissen im Gassektor.

Vor etwas mehr als einem Jahr wurden wir alle Zeugen eines unglaublichen, noch nie dagewesenen Akts des internationalen Terrorismus gegen europäische grenzüberschreitende kritische Infrastrukturen. Ich beziehe mich auf die 'Nord Stream'-Explosionen.

Sie haben sich ausführlich zu diesem Thema geäußert, auch zur demonstrativen Pflichtvergessenheit [Nachlässigkeit] der europäischen Ermittler und Politiker bei der Bewertung dieser Situation. Wir, kann man sagen, sehen das glanzvolle Fehlen einer ganz klaren Reaktion – einer Verurteilung dieser Tatsache – von Seiten der Führung, zum Beispiel von Bundeskanzler Scholz oder Präsident Macron. Obwohl die Unternehmen dieser Länder, wie man sagen kann, direkt unter diesen Handlungen gelitten haben, da sie Aktionäre, Miteigentümer dieser Vermögenswerte und Co-Investoren dieser Projekte waren und sind.

Aber gleichzeitig sind in letzter Zeit zahlreiche 'Leaks' aufgetaucht, die direkt oder indirekt versuchen, die Schuld zuzuweisen: Angeblich kommt die Untersuchung zu solchen Schlussfolgerungen, dass hinter diesen Taten ukrainische Kameraden [Stellvertreter] stecken. In diesem Zusammenhang habe ich zwei Fragen an Sie.

Erstens: Gab es irgendeine Reaktion seitens dieser Herren – [dieser] politischen Persönlichkeiten, Ihrer europäischen Gegenüber – in irgendwelchen direkten

Kontakten, und nicht in offiziellen Reden, die es meiner Meinung nach nicht gab, oder, wie es heißt, auf diplomatischem Wege?

Die zweite Frage: Welche Konsequenzen könnte und wird es geben, wenn die so genannten europäischen Ermittlungen, die Ermittlungsorgane europäischer Länder in irgendeiner Form die ukrainische Seite für diese Ereignisse und Handlungen verantwortlich machen?

[W.P.]: Als erstes sollte die Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, dass der lange vor diesen Explosionen Präsident der Vereinigten Staaten öffentlich gesagt hat, dass die Vereinigten Staaten alles tun würden, um die Lieferung russländischer Energieträger nach Europa durch diese Pipelinesysteme zu stoppen. Und er lächelte vielsagend und sagte: Ich werde Ihnen nicht sagen, wie es geschehen wird, aber wir werden es tun. Erstens.

Zweitens. Die Zerstörung dieser Infrastruktureinrichtungen ist sicherlich ein Akt des internationalen Terrorismus.

Drittens. Trotz unserer Vorschläge und wiederholten Aufforderungen dürfen wir keine Ermittlungen anstellen.

Und weiter. Es gibt keine Ergebnisse der Untersuchung und allem Anschein nach wird es auch keine geben.

Und schließlich ist bei der Beantwortung der Frage, wer schuld ist, immer auch die Frage zu beantworten, wer ein Interesse daran hat. Natürlich hat der amerikanische Lieferant von Energieträgern für den europäischen Markt ein Interesse. Die Amerikaner haben das schon lange gewollt, und sie haben es erreicht, und durch wessen Hände – das spielt keine Rolle.

Es gibt noch eine andere Komponente in diesem ganzen Problem. Wenn jemals herausgefunden wird, wer das getan hat, muss er natürlich zur Rechenschaft gezogen werden. Dies ist ein Akt des internationalen Terrorismus. Aber ein Zweig von 'Nord Stream 2' ist noch vorhanden, er ist nicht beschädigt, und er kann 27,5 Milliarden Kubikmeter Gas nach Europa liefern. Dies liegt lediglich in der Entscheidung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Mehr ist nicht nötig. Heute ist die Entscheidung gefallen – morgen drehen wir den Hahn auf und das war's – das Gas fließt. Aber sie tun es nicht, weil, wie wir sagen, 'Washington-Gate' das nicht zulässt, weil es seinen eigenen Interessen schadet. Wir liefern weiterhin Gas durch die 'Turk-Strom'-Trasse nach Europa, und

anscheinend versuchen ukrainische Terrorgruppen, auch diese zu beschädigen. Unsere Schiffe bewachen die auf dem Grund des Schwarzen Meeres verlegten

Pipelinesysteme, aber sie versuchen ständig [diese Systeme] anzugreifen mit Hilfe von Drohnen, die unter der direkten Beteiligung von englischsprachigen Spezialisten und Beratern vorbereitet werden. Wir hören es im Äther: Wo diese unbemannten halbgetauchten Boote vorbereitet werden, hören wir englische Sprache – das ist für uns eine offensichtliche Tatsache. Sie können Ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen, wer dies letztendlich tut.

Aber die Lieferungen [der Energieträger] gehen weiter, auch über das Territorium der Ukraine. Wir nutzen das Territorium der Ukraine zum Transit und zahlen Geld für diesen Transit, nur für einen Moment. Ich habe bereits darüber gesprochen. Wir hören, dass wir Aggressoren sind, so oder so die Schlechten sind. Aber Geld stinkt anscheinend nicht – sie bekommen gerne Geld für den Transit, sie kassieren alles ein: und das war's.

Wir verhalten uns offen, transparent, wir sind bereit, zusammenzuarbeiten. Wenn man nicht will, muss es nicht sein. Wir werden die Menge des produzierten und verkauften Flüssigerdgases erhöhen. Wir werden es auf andere Märkte bringen. Wir werden neue Pipelinesysteme auch dort bauen, wo unser Produkt nachgefragt wird, wo es absolut wettbewerbsfähig ist und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften jener Länder steigert, in die unsere Produkte gehen.

Was die Ermittlungen angeht, so werden wir sehen. Wie man im Volksmund sagt: "Am Ende wird man die Wahrheit nicht im Sack verstecken können". Am Ende wird klar sein, wer es getan hat.

- [F.L.]: Wladimir Wladimirowitsch, Sie selbst haben den Transit durch die Ukraine erwähnt. Es gibt einen Teil der Öffentlichkeit, der sich fragt: Warum tun wir das? Warum zahlen wir dieses Geld an sie?
- [W.P.]: Wir zahlen Geld, weil die Ukraine ein Transitland ist, und wir liefern nur deshalb Transit durch die Ukraine, weil wir unsere vertraglichen Verpflichtungen gegenüber unseren Geschäftspartnern in Europa erfüllen.
- [F.L.]: Aber das stärkt die Verteidigungsfähigkeit unseres Gegners.
- [W.P.]: Aber es stärkt auch unsere finanzielle Situation wir sind diejenigen, die Geld dafür erhalten.
- [F.L.]: Ich verstehe. Ich danke Ihnen. Mohammed Ichsan hat seine Hand schon lange ausgestreckt.

## Zu Konfliktlösungen in Syrien und im Irak

Mohammed ICHSAN (übersetzt): Ich danke Ihnen. Es ist eine Ehre und eine großartige Gelegenheit, Sie sprechen zu hören.

Ich möchte mich dem Nahen Osten zuwenden, um vom Thema des internationalen Systems und der Ukraine wegzukommen. Ich komme aus dem Irak, und bald wird der irakische Premierminister Moskau besuchen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie ihn persönlich empfangen.

Derzeit gibt es zahlreiche Probleme in Bezug auf unser Land. Sowohl 'Rosneft' als auch 'Gazprom' sind für uns tätig. Sie haben große Summen in den Irak und insbesondere in Kurdistan investiert.

Rechnen Sie damit, dass es jetzt eine Chance gibt, den Konfliktparteien in Kurdistan zu helfen, eine friedliche Lösung zu finden und alle Probleme, die es jetzt gibt, friedlich zu lösen, weil es andere Länder in der Region gibt, die zum Beispiel den Konflikt eskalieren wollen, die Öl ins Feuer gießen wollen?

Nun möchte ich auch sagen, dass wir uns bereits dem Ende des Jahres 2023 nähern, und meinen Sie nicht, dass es an der Zeit ist, allen Konfliktparteien in Syrien persönlich zu helfen, einschließlich der Gespräche mit der Regierung, mit den Kurden, mit den regionalen Kräften, mit allen regionalen Parteien, und diesen Konflikt endlich zu beenden?

Tausende von Syrern verließen ihr Zuhause. Sie werden gedemütigt, und eine friedliche Lösung des Konflikts ist noch nicht in Sicht. Ich glaube, dass niemand außer Ihnen das jetzt tun kann. Die meisten der Konfliktparteien respektieren Russland, sie respektieren Präsident Putin, Sie haben sehr gute Beziehungen zu ihnen. Ich denke, es ist an der Zeit, sich nicht nur einzumischen, sondern auch zwischen allen Parteien in Syrien zu vermitteln.

Ich danke Ihnen vielmals.

[W.P.]: Sie haben gerade gesagt, dass sogar die Konfliktparteien in einigen Staaten des Nahen Ostens, darunter auch Syrien, uns achten, uns mit Respekt behandeln. Ich kann Ihnen sagen, dass dies so ist, weil wir selbst jeden mit Respekt behandeln.

Was Syrien betrifft, so sind wir Unterstützer des Friedensprozesses, auch unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Aber wir können die für eine Vereinbarung verhandelnden Seiten [Verhandlungsseiten] nicht ersetzen. Wir können nur die Bedingungen schaffen und bis zu einem gewissen Grad, wenn es für alle akzeptabel ist, als Garanten für diese Vereinbarungen auftreten, auch unter Beteiligung unserer direkten Partner in diesem Prozess. Ich meine damit den Iran und die Türkei – im Rahmen des Astana-Prozesses.

Das haben wir getan, das hat sich positiv ausgewirkt, und alles, was jetzt erreicht worden ist, und Gott sei Dank ist viel erreicht worden – ich meine, vor allem der Waffenstillstand, – hat die Voraussetzungen für den Friedensprozess geschaffen. All dies wurde von uns und unseren Partnern mit dem guten Willen der syrischen Führung erreicht. Aber es muss natürlich noch viel mehr getan werden.

Ich habe den Eindruck, dass die Einmischung von außen und die Versuche, eine Art quasi-staatliche Vereinigung auf syrischem Gebiet zu schaffen, zu nichts Gutem führen. Die Vertreibung der traditionell in jenen bestimmten Territorien lebenden arabischer Stämme, um diese quasi-staatlichen Gebilde zu schaffen, ist eine schwierige Geschichte, die zur Konfliktverlängerung führen könnte.

Dennoch sind wir bereit, auf jede erdenkliche Weise zur Vertrauensstärkung beizutragen, auch zwischen den zentralen Behörden Syriens und den im Osten des Landes lebenden Kurden. Dies ist ein komplizierter Prozess. Hier versuche ich, sehr vorsichtig zu sein, denn jedes Wort zählt. Das ist das Erste.

Der zweite Punkt betrifft den Irak. Wir haben sehr gute Beziehungen zum Irak, und wir begrüßen den Besuch des irakischen Ministerpräsidenten in Russland. Es gibt in der Tat viele Themen von beiderseitigem Interesse, und die liegen natürlich in erster Linie im Energiesektor. Aber es gibt auch ein anderes Thema, das im wirtschaftlichen Bereich sehr wichtig ist, und das ist die Logistik. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen, aber wir wissen, dass es mehrere Möglichkeiten für den Ausbau der logistischen Transportwege durch den Irak gibt. Im Großen und Ganzen sind wir mit allen zufrieden, wir müssen nur die optimalsten Projekte auswählen. Wir sind bereit, uns an ihrer Umsetzung zu beteiligen.

Der Herr Ministerpräsident wird kommen, und wir werden gerne über all diese Fragen sprechen, auch über solche, die die regionale Sicherheit und die innere Sicherheit im Irak selbst betreffen. Wir haben seit vielen, vielen Jahrzehnten sehr freundschaftliche, engste und vertrauensvollste Beziehungen zum Irak. Wir haben dort viele Freunde, und wir wollen und bemühen uns um eine Situation der Stabilität im Land und, auf der Grundlage dieser Stabilität, um eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Wir warten auf die Ankunft des Herrn Ministerpräsidenten. Ich bin sicher, dass dieser Besuch sehr produktiv und zeitgemäß sein wird.

## Zu den Beziehungen zu Japan

[F.L.]: Ich danke Ihnen. Herr Taisuke Abiru, bitte.

Taisuke ABIRU: Sasakawa-Stiftung, Japan.

Das letzte Mal, dass ich die Gelegenheit hatte, eine Frage zu stellen, war 2018, also vor fünf Jahren. Aber nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine beteiligte sich Japan an den Sanktionen gegen Russland, und Russland kündigte die Aussetzung der Friedensvertragsverhandlungen zwischen beiden Ländern an, wodurch die Beziehungen zwischen Japan und Russland zum Erliegen kamen. Ich persönlich sehe keine guten Aussichten, dass sich die Situation in nächster Zeit verbessern wird.

Dennoch sind Russland und Japan Nachbarn. Ich glaube, dass es notwendig ist, das Fenster des Dialogs immer offen zu halten. In diesem Sinne glaube ich, dass es höchste Zeit ist, den Dialog zwischen unseren Ländern zumindest auf der Ebene von Experten wieder aufzunehmen.

Wenn Japan eine solche Initiative ergreift, Herr Präsident, werden Sie sie unterstützen? Ich danke Ihnen.

[F.L.]: Fensteröffnungen sind heute sehr beliebt, haben Sie das bemerkt?

[W.P.]: Ich bin Tischler der vierten Kategorie, ich weiß, wie man Fenster baut.

[F.L.]: Können Sie das ausbauen?

[W.P.]: Das werden wir, wenn erforderlich. Wenn es unseren nationalen Interessen entspricht, werden wir auch daran arbeiten. Bezogen auf Japan.

Sie haben gesagt, dass Sie 2018 [im Waldaj-Klub] eine Frage gestellt haben, und nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen in der Ukraine hätte sich alles geändert. Die Kämpfe in der Ukraine begannen nicht nach 2018, sondern 2014, aber Japan zog es einfach vor, sie nicht zu bemerken. Und die heißeste Phase begann tatsächlich erst 2022, aber die Kampfhandlungen selbst begannen im Donbass 2014 mit Bombenangriffen und Angriffen gepanzerter Fahrzeuge – damit fing alles an. Das habe ich in meinen einleitenden Bemerkungen gesagt.

Nun zu unseren Beziehungen. Es waren nicht wir, die Sanktionen gegen Japan verhängt haben, es waren nicht wir, die das Fenster zugeschlagen haben, in diesem Fall nach Asien. Japan hat das getan. Wir haben nichts getan.

Wenn Sie der Meinung sind, dass es an der Zeit ist, einen Dialog zu führen, und Sie es für möglich halten, dass die japanische Seite etwas Initiative zeigt, dann ist es immer gut, wenn es einen Dialog gibt.

Sie haben mich gefragt, ob wir bereit sind, darauf zu reagieren? Wir sind es, wenn es eine solche Initiative von der Seite gibt, die diese Türen oder 'Fenster' geschlossen hat. Wenn Sie meinen, dass es an der Zeit ist, dieses 'Fensterchen' zu öffnen – dann bitte. Es ist ja nicht so, dass wir nie gesagt hätten, dass wir dagegen sind. Tun Sie es.

### Zu Serbien und der Rolle des Westens

[F.L.]: Alexander Rakowitsch.

**Alexander** <u>RAKOWITSCH</u> (in der Übersetzung): Eure Exzellenz! Ich bin ein Historiker aus Belgrad, Serbien. Es ist ein Privileg für mich, hier zu sein, Sie zu sehen und mit Ihnen zu sprechen.

Ich habe eine Frage zu Ihrer Meinung über die aktuellen Beziehungen zwischen Russland und Serbien und die derzeitige Position der Serben auf dem Balkan. Sind wir, Serbien und Russland, das Zielscheibe der westlichen Politik, weil wir für das Christentum eintreten?

Herr Präsident, ich habe zwei Bücher dabei, die ich für Sie aus Belgrad mitgebracht habe. Bitte nehmen Sie sie in Ihre Bibliothek auf. Ich werde Ihrem Protokolldienst diese Bücher nach unserer Sitzung übergeben.

[W.P.]: Ich danke Ihnen sehr. Ich werde die Bücher auf jeden Fall mitnehmen. Ich danke Ihnen.

Sind Russland und Serbien eine Zielscheibe für bestimmte Kreise im Westen? Ja, das ist eine Tatsache. Sie brauchen keine besonderen Beweise, es ist einfach eine Tatsache. Warum ist Serbien ein solches Ziel? Das verstehe ich ehrlich gesagt nicht.

Genauso wie Russland Anfang der 1990er Jahre bereit war, alles zu tun, um nach dem Zerfall der Sowjetunion seine Beziehungen zu westlichen Ländern auszubauen – in der Annahme, dass sich die Zeiten dramatisch geändert hatten und faktisch jedes Opfer gerechtfertigt war. Was haben wir bekommen? Ganz direkt im Kaukasus: politische, informationelle, finanzielle und sogar die militärische Unterstützung des Separatismus' und Terrorismus'. Wissen Sie, damals war ich zunächst Direktor des FSB, 10 ich war überrascht über das, was passierte, ich dachte: Warum, wir gehören doch jetzt alle zusammen, warum

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> FSB – (de) Föderaler Sicherheitsdienst der Russischen Föderation.

ФСБ – (ru) Федеральная служба безопасности Российской Федерации

machen die das? Aber sie legten sich damit keinen Zwang an. Es gibt keine Antwort, um ehrlich zu sein, nicht einmal bis heute.

Ich nehme an, es ist einfach ein Mangel an Bildung oder so etwas, ein Mangel an Verständnis für Tendenzen, Unverständnis dafür, wie die Welt funktioniert, wie Russland funktioniert, wohin das führen kann. Es ist einfach der Wunsch, Druck auszuüben, zu Zwang auszuüben, zu belasten – nichts, außer Gewalt. Sanktionen sind ja auch Gewalt, nur in einer anderen Form. Es gibt keinerlei Verlangen, einen Kompromiss zu finden. Und diese Rufe, die ich erwähnt habe: "Ihr müsst, ihr müsst, wir warnen euch" – das ist auch Gewalt und ein Versuch, das Element der Stärke anzuwenden. Das ist das Gleiche. Das ist es, worum es geht.

Und was zuvor Jugoslawien und danach Serbien betrifft: Warum? Auch Serbien schien zu allem bereit zu sein, wollte sich mit allem einverstanden erklären. Nein, man muss es einquetschen, man muss es unterdrücken. Wissen Sie, ich habe schon oft gehört: Man muss es einquetschen, es ist das schwächste Glied. Das ist die Philosophie. Warum war es notwendig, gerade die Serben zu unterdrücken? Ich weiß es ehrlich gesagt nicht.

Sogar bei einigen offenen Gesprächen, als ich noch normale Beziehungen zu einigen Führern hatte, als sie mir sagten: "Man muss sie einquetschen", fragte ich: "Warum?" – Darauf gab es keine Antwort. Es ist einfach eine Philosophie, ein Paradigma, dass man es so lösen muss – einquetschen.

Aber die Serben sind nicht dasselbe Volk, ihre Geschichte ist nicht dieselbe, ihre Kultur ist nicht dieselbe. Wissen Sie, vielleicht ist es schwer zu sagen: Man kann die Serben vernichten, aber man kann sie nicht einquetschen und unterjochen. Das versteht man auch nicht.

Aber ich hoffe, dass früher oder später ein Verständnis für diese Komponente in der europäischen Politik und in der Welt im Allgemeinen aufkommen wird, dass wir erkennen werden, dass wir konstruktiver verhandeln müssen, anstatt zu versuchen, Druck auszuüben.

# Zum G20-Gipfel 2023 in Indien

Arwind GUPTA (in der Übersetzung): Herr Präsident, vielen Dank für Ihre Ausführungen, sie sind sehr informativ. Ich komme aus Neu-Delhi. Ich danke Ihnen sehr für Ihre positive Einschätzung der Rolle Indiens.

Ich habe eine Frage zu den G20. Die G20-Erklärung wurde ausgearbeitet, und wir sind sehr dankbar für Ihre Arbeit. In der G20-Erklärung gibt es auch einen dgksp-diskussionspapiere, 2023 Auszug-XXXIX (Vorabdruck ISSN 2627-3470) 51

Verweis auf "Eine Welt, eine Familie, eine Zukunft"", der mit dem zivilisatorischen Ansatz zusammenhängt, den Sie, meine ich, erwähnt haben. Genau wie Sie die russländische Zivilisation und den russländischen zivilisatorischen Ansatz beschreiben, genauso beschreibt sich Indien selbst und bezeichnet sich als Zivilisationsstaat, als 'Staats-Zivilisation'. Wir müssen also einen Dialog zwischen den Zivilisationen aufbauen, anstatt den Weg der Konfrontation der Zivilisationen zu beschreiten, wie es früher in der westlichen Welt populär war. Jetzt ergreifen führende Politiker wie Sie, Premierminister MODI, ihre Initiativen. Sie werden dazu beitragen, einen Dialog zwischen den Zivilisationen zu schaffen, der positiv sein kann, und die Schaffung jener Prinzipien der internationalen Beziehungen ermöglicht, von denen Sie gesprochen haben.

Die Frage ist folgende: Was halten Sie von der G20-Erklärung und wie sehen Sie die Zukunft der G20? Ich danke Ihnen.

[W.P.]: Zunächst einmal möchte ich bestätigen, was Sie über die indische und die russländische Zivilisation gesagt haben – davon habe ich in den einleitenden Bemerkungen gesprochen. Indien ist natürlich die älteste Zivilisation der Welt, mächtig, groß und mit einem riesigen Potenzial.

Russland ist auch eine eigene Zivilisation. Sehen Sie: bei uns in Russland leben über 190 Völker, Nationalitäten, ethnische Gruppen, mit über 270 Sprachen und Dialekten. Ist das nicht auch eine Zivilisation? Und Indien ist ein multikonfessionelles, multinationales Land, ein riesiges Land. Wir müssen einen Dialog zwischen allen Zivilisationen – es sind nicht die einzigen Weltzivilisationen, – einen Interessenausgleich und Mechanismen zur Aufrechterhaltung dieses Ausgleichs schaffen.

Was die Arbeit der G20 angeht, so ist sie sicherlich ein Erfolg für die indische Führung und für Premierminister MODI persönlich. Es ist ein Erfolg, denn der indischen Führung ist es gelungen, dieses Gleichgewicht zu finden und auch zu erreichen, darunter in der G20-Erklärung. Geschlossene Vereinigungen haben nicht viel Perspektive, und das Gleichgewicht ändert sich.

Worin liegt aber meiner Meinung nach der Erfolg des G20-Gipfels in Indien? Der Premierminister hat es geschafft, die Entscheidungen der G20 zu entpolitisieren, und das ist der einzig richtige Ansatz, denn die G20 wurde einst als Plattform zur Erörterung wirtschaftlicher und nicht politischer Fragen geschaffen. Eine Politisierung der G20 ist einfach der sichere Weg zu ihrer Selbstzer-

störung, aber die indische Führung hat es geschafft, dies zu vermeiden, und das ist sicherlich ein Erfolg.

Was die Einschätzung betrifft, dass einige geschlossene Vereinigungen nachteilig sind, so denke ich, dass es schwierig ist, diese These zu widerlegen, weil sich das Kräfteverhältnis ändert. Sehen Sie, vor nicht allzu langer Zeit haben alle mit Zittern auf die Ergebnisse des G7-Treffens gewartet: Die größten Volkswirtschaften der Welt kommen zusammen, was werden sie entscheiden, welche Konsequenzen gibt es für die Weltwirtschaft? Schon vor der Erweiterung machten die BRICS-Volkswirtschaften mehr als 51 Prozent des globalen BIP aus. Demzufolge war die G7-Wirtschaft kleiner. Und jetzt, nach Aufnahme der zusätzlichen Mitglieder durch die BRICS-Organisation, sind die Volkswirtschaften der BRICS-Mitgliedsländer sogar noch größer als die der G7, weshalb das reale Kräfteverhältnis und Potenzialverhältnis sehr wichtig ist.

In diesem Sinne sind offene Plattformen immer besser, vielversprechender, immer wertvoller, denn sie schaffen die Voraussetzungen für die Suche nach Kompromissen und allseits akzeptablen Lösungen. Aber wenn wir über die Ergebnisse des G20-Gipfels sprechen, möchte ich noch einmal wiederholen, und ich möchte meine Antwort auf Ihre Frage hiermit beenden: Das ist zweifellos der Erfolg von Premierminister Modi.

# Zum BRICS-Gipfel in Südafrika

[F.L.]: Wladimir Wladimirowitsch, Sie waren nicht beim BRICS-Gipfel und auch nicht auf dem G20-Gipfel. Fühlen Sie sich nicht ein wenig wie Einer dem "Rechte entzogen" wurden, weil Sie nicht die Möglichkeit haben, dorthin zu gehen, wo Sie wollen?

[W.P.]: So bezeichnete man jene,<sup>11</sup> denen in den frühen Jahren der Sowjetmacht einige soziale Leistungen entzogen wurden, man nannte sie "beraubt". Stimmt das? Wir brauchen keine Sozialleistungen, wir sind ein autarker Staat und wir gehen diesen Weg.

[F.L.]: Einigen Menschen wurden [damals] auch ihrer Bürgerrechte entzogen. [W.P.]: Ja, das haben sie. Aber wir verteidigen unsere Rechte, und ich bin sicher, dass wir sie gewährleisten werden. Das ist das Wichtigste.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> <u>Лишенец</u> (ru) – inoffizielle Bezeichnung für eine Person, der bestimmte bürgerliche Rechte aufgrund der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe entzogen wurden.

Zweitens. Warum sollte ich unseren Freunden bei diesen Veranstaltungen Probleme bereiten? Ich bin erwachsen, und wir sind erwachsen, wir verstehen: Ich bin eingetroffen – es wird politische Angriffe geben, politische Shows, all das wird darauf abzielen, die Veranstaltung zu stören. Und warum?

Zunächst einmal sind wir daran interessiert, dass der BRICS-Gipfel normal und harmonisch und ergebnisorientiert abläuft und der G20-Gipfel auf der richtigen Ebene abgehalten wird. All dies ist geschehen, wir sind sehr zufrieden damit.

Und schließlich der dritte Punkt. Schließlich haben wir zu Hause genug zu tun.

[F.L.]: Sie sind also nicht gekränkt durch den Präsidenten Südafrikas?

[W.P.]: Auf keinen Fall, er ist unser Freund.

[F.L.]: Und ist er durch Sie [gekränkt]?

[W.P.]: Warum? Nein, wir hatten eine Vereinbarung mit ihm, er kam zweimal nach Russland, wir haben uns mit ihm getroffen und lange Gespräche geführt. Es gibt keine Probleme, und ich denke, dass er die BRICS glänzend geleitet hat. Ehrlich gesagt hätte ich ein solches diplomatisches Geschick gar nicht von ihm erwartet. Denn wenn Sie die Diskussion verfolgt haben, war es nicht einfach, das Problem der BRICS-Erweiterung zu lösen, aber er hat es geschafft. Er kam so höflich, so taktvoll und wiederholt auf das gleiche Thema zurück, einmal, zweimal, dreimal, und schließlich wurde Konsens erzielt. Das ist ein positives Ergebnis, und wir begrüßen es.

[F.L.]: Im nächsten Jahr werden Sie seinen Platz einnehmen. Wissen Sie schon, wen wir einladen werden?

[W.P.]: Nächstes Jahr, ja, werden wir den Vorsitz der BRICS übernehmen, und natürlich werden wir uns bemühen, den Staffelstab von Südafrika zu übernehmen. Wir werden zum ersten Mal einen Gipfel mit den neuen Mitgliedern der Organisation ausrichten. Wir haben 200 Veranstaltungen im Rahmen der BRICS geplant, und ich bin sicher, dass wir im Laufe des Jahres viele positive Arbeiten leisten werden, um die Organisation zu stärken, die immer mehr an Autorität und Macht gewinnt, was sicherlich den Mitgliedern der Organisation und der gesamten internationalen Gemeinschaft zugutekommen wird.

BRICS wurden in Russland geboren. Ich möchte Sie daran erinnern, wie es dazu kam. Zunächst schlugen wir vor, dass wir drei – Russland, Indien und China – uns zusammensetzen und vereinbarten, dass wir uns regelmäßig treffen würden. So wurde der RIC – Russland, Indien, China – ins Leben gerufen. Dann erklärte

Brasilien seinen Wunsch und die Bereitschaft, sich an diesen Diskussionen zu beteiligen – die BRIC entstand. Und danach kam Südafrika, South Africa, – und BRICS wurde ins Leben gerufen.

Jetzt sind wir an dem Punkt angelangt, die Zahl der Mitglieder der Organisation zu erweitern. Meiner Meinung nach ist das sehr wichtig, denn es zeugt von der wachsenden Autorität und vor allem vom Wunsch, einem solchen Format beizutreten, das niemanden zu irgendetwas verpflichtet, niemandem etwas aufzwingt, sondern einfach Bedingungen schafft, um Kompromisse zu finden und die Fragen zu lösen, an denen alle Mitgliedsländer interessiert sind. Wir sind froh darüber und glauben, dass dies ein positiver Prozess ist.

[F.L.]: Werden wir Algerien aufnehmen?

[W.P.]: Algerien ist unser Freund, sicherlich ein traditioneller Freund in der arabischen Welt, im Norden Afrikas. Wir glauben, dass dies gut für die Organisation wäre, aber wir sollten diese Fragen sicherlich mit all unseren Freunden im Rahmen der BRICS ausarbeiten, in Kontakt mit der algerischen Führung selbst, und zwar in aller Ruhe, ohne Probleme für die Organisation zu schaffen, sondern nur ergänzende Wege zur gemeinsamen Entwicklung zu schaffen.

[F.L.]: Vielen Dank. Dayan Jayatilleka.

# Zu ideologischen Differenzen vs. geopolitische Interessen

Dayan JAYATILLEKA (in der Übersetzung): Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich vertrete Sri Lanka. Ich war Botschafter in der Russischen Föderation. Der westliche Block hat beschlossen, die Ukraine mit weitreichenden Raketen auszurüsten und mit Kassettenmunition [Streumunition], die das Territorium der Russischen Föderation erreichen können, und sie wollten auch F-16 liefern. Offensichtlich haben Sie es jetzt mit einem Krieg zu tun, mit Imperialismus, mit einem Stellvertreterkrieg und wie Sie sagten, mit nazistischen Elementen.

Aus historischer Sicht, Herr Präsident, kämpfte man mit dem Imperialismus auf dem Schlachtfeld. Das waren die chinesischen Kommunisten, die Kommunisten in Nordkorea und Vietnam. Sie erreichten den Sieg über die Vereinigten Staaten. Was den Imperialismus anbelangt, so wurde er vor allem von Lenin kritisiert. Die Frage ist: Angesichts dieser Herausforderung, dieser Bedrohung durch diese Kräfte, ist es vielleicht an der Zeit, das Jahr 1917 neu zu bewerten, denn die Chinesen, die Vietnamesen, die Nordkoreaner waren die Kinder jenes Jahres. Meinen Sie nicht, dass es an der Zeit ist, die Ereignisse jener Jahre neu zu bewerten, genauso wie die Beziehungen der USA zu ihren Verbündeten, zu

Frankreich und zu China während der chinesischen Revolution? Das ist meine Frage.

[W.P.]: Verzeihung, könnten Sie bitte klarstellen, was? Und wer muss was – Sie haben eine so komplizierte Frage – beginnend ab 1917 neu überdenken?

[F.L.]: Wenn ich es richtig verstehe, fragt mein Kollege, ob es nicht an der Zeit ist, unsere Einstellung zur Revolution, zu Kommunisten und zu dieser Periode unserer Geschichte in eine positivere Richtung zu lenken.

[W.P.]: Das Verhältnis zur Periode unserer Geschichte 1917 überdenken?

[F.L.]: 1917 und darüber hinaus. Es tut mir leid, wenn ich dolmetsche, aber so habe ich es verstanden, ja.

[W.P.]: Warum interpretieren, wenn es einen Autor für diese Frage gibt?

[**D.J.**] (in der Übers): Lassen Sie mich kurz klarstellen, worüber ich spreche. Da wir vom Imperialismus und von Elementen des Faschismus angegriffen werden und da es in der Geschichte bereits erfolgreiche Siege über den Imperialismus in China, in Korea, in Vietnam gegeben hat und Lenin Texte über den Imperialismus geschrieben hat, ist es vielleicht an der Zeit, die Ereignisse von 1917 weniger zu kritisieren und den historischen Status jener Ereignisse wiederherzustellen – als französische, amerikanische und chinesische Revolution.

[W.P.]: Weniger Kritik an den Ereignissen jener Jahre, auch in Russland selbst, nehme ich an?

Ja, Sie haben Recht. Sie haben insofern Recht, als dass wir weniger Kritik üben und eine gründlichere, in diesem Fall sogar eine wissenschaftliche, Analyse der damaligen und heutigen Realitäten vornehmen müssen. Ja, Sie haben Recht.

Das Einzige, was wir tun müssen, ist, tiefgreifende Bewertungen vorzunehmen, auch in Bezug auf die Ideologisierung. Ich werde jetzt meine eigene Meinung äußern, über die jeder hier streiten kann. Es ist notwendig, die Ideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und der geopolitischen Interessen richtig zu bewerten. Abgesehen von den Beziehungen zwischen Klassen, im Rahmen des sog. 'Klassenkampfes' ... Wir haben nicht aufgepasst – und selbst nach den Ereignissen von 1991, nach dem Zerfall der Sowjetunion, befanden wir uns immer noch im Paradigma der Klassenbeziehungen und der ideologischen Beziehungen und bemerkten nicht, dass es rein geopolitische Interessen gibt.

Siehe zum Beispiel die Beziehungen des Westens mit der Volksrepublik China. Es gab einen Moment, in dem man versuchte, China und die Sowjetunion, Russland gegeneinander auszuspielen – und das nicht ohne Erfolg. Denn China war am Schwächsten – es ist (war) nicht furchterregend. Jetzt, da China unter der Führung derselben Kommunistischen Partei und des heutigen Präsidenten XI JINPING ein Wachstum begonnen hat, nimmt seine Macht fast täglich zu – jetzt kehrt sich alles um ... Und danach, als sie versuchten, China zu benutzen, vergaßen sie alle ideologischen Differenzen, und jetzt lassen sie diese wieder aufleben. Aber in Wirklichkeit basiert die US-Politik gegenüber China auf Ängsten geopolitischen Charakters. Die Macht, die wachsende Macht Chinas ist das, was Angst macht, nicht die Tatsache, dass dort einige Menschenrechte oder die Rechte nationaler Minderheiten verletzt werden. Beunruhigt das wirklich jemanden? Nein, es ist nur ein Instrument des Kampfes mit China, das ist alles. In Beziehung zu Russland gilt das Gleiche.

Im Ganzen, global gesehen, müssen wir allgemeine, tiefer gehende Einschätzungen vornehmen. Auf jeden Fall stimme ich Ihnen zu, dass es unangemessen und sogar schädlich ist, wahllos alles in den "Mülleimer der Geschichte" zu werfen, alles, was unter der Führung der damaligen kommunistischen Parteien geschehen ist, wie Sie sagten. In diesem Sinne stimme ich mit Ihnen überein. [F.L.]: Aber jetzt, wo wir über China sprechen, Herr Liu Gan.

#### Zur Zusammenarbeit von Russland und China

Liu Gan (in der Übersetzung): Herr Präsident, ich vertrete das Xinhua-Institut aus China. Bei den letzten Treffen des 'Waldai-Diskussionsklubs' haben wir über BRICS gesprochen, und das ist sehr wichtig. Wir haben auch gesehen, dass, nachdem die USA und einige westliche Länder die Sanktionen gegen Russland verschärft haben, der globale Süden nicht nachgezogen hat und strategische Unabhängigkeit gezeigt hat. Während des BRICS-Gipfels im August dieses Jahres wurden sechs Länder als neue Mitglieder der BRICS [eingeladen], und der globale Süden hat eine neue Stufe in seiner Geschichte der Zusammenarbeit erreicht. China und Russland sind wichtige sich entwickelnde Volkswirtschaften. Was können unsere Länder tun, um die Zusammenarbeit im globalen Süden zu verbessern? Welches sind die wichtigsten Bereiche, die gestärkt werden müssen? Was sollte angesichts der neuen Sanktionen der Vereinigten Staaten und einiger westlicher Länder getan werden? Was kann Russland sonst noch tun, um dieser Herausforderung zu begegnen? Ich danke Ihnen.

[W.P.]: Schon heute ist die Zusammenarbeit Russlands und der Volksrepublik China zweifelsohne ein sehr wichtiger Faktor für die Stabilisierung des internationalen Lebens. Das ist die erste Sache.

Zweitens. Damit dieser Einfluss wächst, müssen wir vor allem darauf achten, das Tempo unseres Wirtschaftswachstums beizubehalten. Das diesjährige Wirtschaftswachstum in Russland – ich weiß nicht mehr, ob ich es gesagt habe, aber ich habe über einige Aspekte gesprochen, wenn ja, werde ich es wiederholen – das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr irgendwo bei 2,8 Prozent liegen, vielleicht auch bei drei Prozent, ich sage das sehr vorsichtig, aber näher an drei Prozent. Für unsere Wirtschaft, für die Wirtschaftsstruktur, die Russland hat, ist das ein gutes Ergebnis. Wir haben die Rezession des letzten Jahres vollständig überwunden und holen Schwung.

In China wird das Wachstum, soweit ich weiß, bereits 6,4 Prozent betragen – das ist ein sehr guter Indikator. Egal, wer oder was irgendjemand über die Verlangsamung der chinesischen Wirtschaft sagt, es ist alles nur Geschwätz und leeres Gerede, denn China sorgt für diese hohen Raten und ist tatsächlich einer der führenden Motoren der Weltwirtschaft. Das Gleiche geschieht in Indien: das Wachstum ist dort sogar noch höher – ich glaube, 7,6 Prozent. Die Länder des globalen Südens nehmen also Tempo auf, und unsere Aufgabe ist es, diese Führerschaft zu unterstützen. Das ist der erste Punkt.

Zweitens – auf dem Gebiet der Sicherheit. Wir sehen, was in Europa vorgeht. Wir sehen, dass eine der Methoden, die Krise in der Ukraine zu provozieren und auszulösen, der unbändige Wunsch der westlichen Länder und vor allem der Vereinigten Staaten war, die NATO bis an die Grenzen der Russischen Föderation auszudehnen. Sie tun dasselbe im [Fernen] Osten, indem sie verschiedene geschlossene militärische Gruppierungen schaffen. Sie greifen dort zur gleichen 'Harke' wie in Europa. Deshalb ist es wichtig, dass wir hierauf rechtzeitig reagieren.

Wir werden unsere Zusammenarbeit auch im Bereich der Sicherheit ausbauen. Wir schaffen keine Blöcke gegen irgendjemanden, aber wir müssen auf das reagieren, was um unsere Staaten herum geschieht.

Wir werden sicherlich die Pläne zur Entwicklung der Infrastruktur umsetzen, die mit dem Aufbau eines großen Eurasiens, der 'Eurasischen Wirtschaftsunion' und den Plänen unserer chinesischen Freunde zur Entwicklung der Idee von Präsident XI JINPING 'One Belt, One Road' [BRI] zusammenhängen. Ich habe bereits darüber gesprochen – ich denke, das ist sehr vielversprechend.

Und schließlich haben wir vieles für die Zusammenarbeit in den humanitären Bereichen geplant: in der Kultur, im Studentenaustausch, im Sport. Dies ist für die Nachbarstaaten äußerst wichtig.

Wir realisieren bereits recht große Infrastrukturprojekte auf bilateraler Ebene und werden dies auch weiterhin tun. Ich hoffe, dass wir all dies in naher Zukunft bei unserem Treffen mit Präsident XI JINPING im Rahmen des Forums, das der Präsident im Oktober dieses Jahres in Peking abhält, besprechen werden.

[F.L.]: Michail Rostowskij.

#### Zum EU-Beitritt der Ukraine

**Michail Rostowskij**: Wladimir Wladimirowitsch, der Beitritt der Ukraine zur NATO ist für Russland kategorisch inakzeptabel. Soweit ich mich erinnere, waren Sie in Ihrer letzten Erklärung zum Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union aber viel weniger negativ.

Hat sich Ihr Standpunkt im Verlauf des letzten Jahres geändert? Wird sich Russland dem Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union widersetzen? Und halten Sie einen solchen Beitritt prinzipiell für möglich?

[W.P.]: Wir haben nie Einwände erhoben gegen die Pläne der Ukraine, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beizutreten, oder eine negative Haltung dazu geäußert – niemals.

Was die NATO betrifft: Ja, wir waren immer gegen sie, und diese Position hat gewisse ernsthafte Gründe, denn die Expansion der NATO direkt an unsere Grenzen bedroht unsere Sicherheit – sie ist eine ernsthafte Herausforderung für die Sicherheit der Russischen Föderation. Es handelt sich nicht nur um einen politischen Block – es ist ein militärpolitischer Block, und das Heranrücken der [Nato-]Infrastruktur stellt eine ernsthafte Bedrohung für uns dar.

Was das wirtschaftliche Zusammenwirken beliebiger Länder und Wirtschaftsunionen betrifft, so sehen wir keine militärische Bedrohung für uns, so dass wir uns nicht berechtigt sehen, dieses Thema auch nur zu diskutieren. Das ist Angelegenheit der Ukraine selbst und der europäischen Staaten.

Seinerzeit lehnte übrigens Präsident JANUKOWITSCH die Assoziierung mit der Europäischen Union nicht ab, sagte aber, dass es notwendig sei, diese Fragen einfach weiter durchzuarbeiten, weil nach seiner Meinung die Bedingungen des

Abkommens über die Schaffung dieser Assoziierung mit der Europäischen Union ganz bestimmte ernsthafte Bedrohungen für die ukrainische Wirtschaft beinhalten. Und in der Tat, wenn Sie lesen, was dort geschrieben steht, hatte er absolut Recht.

Dort sind offene Grenzen festgeschrieben, die Schaffung absolut inakzeptabler Bedingungen für das Funktionieren der ukrainischen Wirtschaft, des realen Sektors der ukrainischen Wirtschaft. Die wettbewerbsfähigeren europäischen [Marktgüter] werden zu Waren. Die Öffnung des ukrainischen Marktes für diese Waren war extrem destruktiv für den realen Sektor der ukrainischen Wirtschaft. Durch die Einbindung in die Energiestrukturen der Europäischen Union wurden der Ukraine auch bestimmte Vorteile entzogen, so dass JANUKOWITSCH bei einer objektiven Analyse Recht hatte. Und dies hat man als Vorwand für einen Staatsstreich benutzt. Das ist einfach nur Unsinn, ich weiß nicht, nur eine Ausrede. Dies ist ein echtes Verbrechen.

Und heute ist es nicht mehr relevant, denn im Großen und Ganzen kann die ukrainische Wirtschaft ohne Unterstützung von außen nicht existieren, alles ist heute anders. Sehen Sie, heute ist alles im Großen und Ganzen ausgeglichen – extern, und der Haushalt in der Ukraine ist ausgeglichen, die makroökonomischen Indikatoren sind mehr oder weniger ausgeglichen. Aber auf Kosten wovon? Auf Kosten der monatlichen milliardenschweren Finanzspritzen. Etwa vier oder fünf Milliarden kommen jeden Monat über verschiedene Kanäle – Darlehen, Zuschüsse und so weiter – in die Ukraine. Sobald das aufhört, wird in einer Woche alles zusammenbrechen. Alles. Das Gleiche gilt für das System der Verteidigung: Stellen Sie sich vor, wenn die Lieferungen morgen eingestellt werden – die Lebensfähigkeit bleibt nur noch für eine Woche, dann geht die Munition aus.

Selbst im Westen geht die Munition zur Neige. Ich sprach auch bereits davon, dass die USA 14 Tausend Granaten Kaliber-155 fertigen, während die Truppen der Ukraine bis zu fünftausend Granaten pro Tag verbrauchen. Verstehen Sie, wovon wir sprechen? Ja, man versucht, die Produktion zu erhöhen – auf bis zu 75 (Tausend) bis Ende nächsten Jahres, aber man muss dies bis Ende nächsten Jahres überstehen.

Und die Situation in Europa ist in etwa die gleiche, das sagen sie selbst. Sie sagen, dass sie alles geliefert haben: alle gepanzerten Fahrzeuge, Munition. "Wir haben alles für die Ukraine getan." Sie haben es selbst gesagt, ich habe es

mir nicht ausgedacht, sie haben öffentlich gesagt: "Wir haben alles dafür getan, jetzt liegt es an der Ukraine – sollen sie doch zurückschlagen". Und dann fügen sie am Rande hinzu: "Um jeden Preis." Glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich spreche. Hier tun sie es, sie versuchen es um jeden Preis zu tun.

Dieses Problem ist die Entmilitarisierung der Ukraine. Sie versucht jetzt, etwas anderes zu produzieren, aber sie erreicht nicht viel. Selbst diese unbemannten Apparate [Drohnen] – sowohl in der Luft als auch maritime – werden von westlichen Beratern und Vermittlern unterstützt.

Ist die EU bereit, eine solche Wirtschaft in ihren Bestand aufzunehmen? Flagge in die Hand und los geht's. Aber um die Lebensfähigkeit einer Bevölkerung aufrechtzuerhalten, die seit Beginn der postsowjetischen Periode bereits von 41 Millionen auf etwas über 19 Millionen geschrumpft ist, und vielleicht nicht einmal mehr das. 12 Aber trotzdem müssen die 19 Millionen Menschen ernährt werden, das ist keine leichte Aufgabe. Sind die europäischen Länder bereit, eine solche Wirtschaft aufzunehmen? Sollen sie es doch tun. Wir waren nie dagegen - auch nicht vor dieser Kriseneskalation, und wir sind auch jetzt nicht dagegen. Aber ich habe bereits erwähnt, was innerhalb der europäischen Wirtschaft selbst geschieht. Es wäre sehr nobel von ihnen, die ukrainische Wirtschaft in ihrem derzeitigen Zustand zu übernehmen. Es gibt dort bestimmte Fonds, bestimmte Verfahren zur Angleichung des Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Kollege aus Ungarn hat gerade gesprochen. Ich weiß nicht, wieviel aus diesen Fonds erhält Ungarn? Ungarn wird natürlich nichts mehr erhalten, denn alles geht an die Ukraine, und nichts wird ausreichen. Niemand wird etwas erhalten. Wenn das Wohlstandsniveau in den letzten Jahren eineinhalb Prozent gesunken ist, wird es nicht nur auf Null fallen, sondern ins Minus gehen. Dennoch, ich will nicht ironisch sein, ich will keinen Druck machen, es ist einfach eine solche Realität – wenn das passiert, halten wir uns nicht für berechtigt, uns in irgendeiner Weise dagegen zu wirken oder gar negativ darüber zu sprechen.

Zum Verhältnis zwischen der Nato und den EU-Staaten

[F.L.]: Wladimir Wladimirowitsch, gibt es überhaupt eine Trennung zwischen der NATO und der EU? Es sind doch dieselben Länder.

<sup>&</sup>quot;In den letzten 25 Jahren ist die Bevölkerung [in der Ukraine] um rund ein Fünftel gesunken: von 50,9 Millionen im Jahre 1996 auf 41,4 Millionen im Jahre 2022. Das entspricht einem Verlust von knapp 9,9 Millionen Personen." In: Destatis, Statistisches Bundesamt: Ukraine: Demografische Entwicklung. Abruf am 15. Oktober 2023 (destatis.de)

[W.P.]: Ich denke, dass die EU kein Militärblock ist. Und warum sollten sie all dies auf die EU übertragen, wenn es die NATO gibt: Wie Sie sagten, sind es dieselben Länder. Sie treffen die entsprechenden Entscheidungen im Rahmen dieser Organisation.

Die NATO ist in der Tat in erster Linie ein Instrument der US-Außenpolitik. Sie haben den Konflikt bis in eine scharfe Phase in der Ukraine provoziert, ihre Verbündeten und Satelliten um sich geschart und von ihnen Maßnahmen zum Kampf mit Russland gefordert. Sie ergriffen die Maßnahmen und sofort nutzten die Vereinigten Staaten diese Situation im wirtschaftlichen Bereich aus, setzten ihre teuren Energieträger durch, trafen Entscheidungen zur Steigerung der Attraktivität ihrer Wirtschaft und Märkte. Und was geschah? Es ist Tatsache: Viele Industrieunternehmen in Europa und Deutschland beschließen, in die Vereinigten Staaten zu ziehen. Das ist das Endergebnis dieser ganzen Kette.

Ich weiß und bin mir sicher, dass dies vielen Menschen in Europa nicht gefällt. Alle sehen es und verstehen es, aber sie können nichts dagegen tun. Es scheint, dass die heutigen europäischen Eliten nicht bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen, sie können es einfach nicht, sie sind nicht bereit: die Abhängigkeit ist im wirtschaftlichen Bereich sehr groß. Zum Teil kann man sie sogar verstehen. Ich bin sicher, dass sich alles allmählich ausgleichen wird. Meiner Meinung nach begehen die Vereinigten Staaten einen kolossalen strategischen Fehler, einfach einen kolossalen Fehler. Ich habe auf öffentlichen Veranstaltungen verschiedener Art gesagt: Sie nehmen ihre Verbündeten in die Zange, und dann entstehen Probleme wie in der Frage des Kollegen aus Deutschland: Hier erhebt die [Partei] AfD, die 'Alternative für Deutschland', ihr Haupt. Natürlich, sie werden sich erheben, denn niemand in der herrschenden Klasse kämpft für die Interessen Deutschlands, deshalb passiert das. Verstehen Sie das nicht? Das ist doch eine offensichtliche Sache.

Lassen Sie uns abwarten, wie sich diese Situation entwickelt. Die Ukrainer wollen der EU beitreten – lasst sie beitreten, die Europäer sind bereit, sie zu aufzunehmen – lasst das tun.

### Zum Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder

[F.L.]: Vorgestern war gerade der 'Tag der Deutschen Einheit', und ich habe in einer Zeitung gelesen, dass es ein großes Problem gab: Gerhard SCHRÖDER kam zu der Veranstaltung und alle aktiven Politiker mussten das Problem lösen, wie

sie nicht in seine Nähe geraten, denn er ist Ihr Freund. Haben Sie übrigens noch Freunde in Deutschland?

[W.P.]: Wissen Sie, es ist nicht die Frage, ob ich noch Freunde in Deutschland habe, obwohl ich dort Freunde habe, und ihre Anzahl wächst, so seltsam das auch sein mag. (Beifall.)

[F.L.]: Durch die Leute, von denen Stefan [Huth] spricht, oder?

[W.P.]: Das spielt keine Rolle. Zunächst einmal durch jene, die die Interessen ihres eigenen Volkes verfolgen und nicht die Interessen von Anderen bedienen wollen. Was SCHRÖDER betrifft, so sollte Deutschland stolz auf solche Leute wie ihn sein. Er ist ein wahrer Sohn seines Volkes: Er denkt zuallererst an die Interessen des deutschen Volkes. Ich versichere Ihnen, dass er immer bei jeder Entscheidung die Interessen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates an die erste Stelle gesetzt hat, bei jedem Thema, das wir mit ihm diskutiert haben. Und was geschieht heute? Schließlich waren wir es, die mit ihm 'Nord Stream'-1 gebaut und 'Nord Stream'-2 in Angriff genommen haben. Wir haben mit ihm zusammen damit begonnen. Diese Infrastruktursysteme wurden gesprengt, und wo ist die Wirtschaft Deutschlands jetzt? Wo ist sie? Diejenigen, die versuchen, von ihm wegzusetzen, sollten sich also überlegen, was er für die Interessen seines Volkes getan hat, was sie heute tun und was das Ergebnis ist.

[F.L.]: Rachim Oschakbajew.

[W.P.]: Entschuldigen Sie. Was überrascht mich? Ehrlich gesagt, es überrascht mich, dass es solche Leute und solche Politiker (wie Gerhard Schröder) in Europa noch gibt, dass sie überlebt haben. Das ist überraschend, das sage ich Ihnen ganz ehrlich, denn die Generation von Menschen, die in der Lage sind, nationale Interessen zu verteidigen, hat sich meiner Meinung nach einfach selbst aufgelöst, ist irgendwo verschwunden.

# Zum Weltwährungssystem vs. BRICS-Länder

Rachim Oschakbajew: Guten Abend! Es gab viele Diskussionen hier im 'Waldaj-Diskussionsklub', in denen festgestellt wurde, dass das Weltwährungssystem – die Weltfinanzen und Weltwirtschaft – unvollkommen und ungerecht seien. Viele Experten setzen große Hoffnungen auf 'BRICS Plus'. Könnten Sie uns Ihre Vision von der gewünschten und vor allem möglichen Gestaltung des Weltwährungssystems mitteilen? Und welche Diskussionen finden innerhalb der BRICS statt? Und über eine einheitliche Währung. Ich danke Ihnen.

[W.P.]: Was das globale Finanzsystem angeht, so ist es natürlich nicht ideal, nicht ausgewogen und entspricht nicht den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Teilnehmer am internationalen Dialog.

Schauen Sie, darüber habe ich schon gesprochen und wiederhole nochmals: Auf dem Russland-Afrika-Gipfel haben mich meine Kollegen, unsere afrikanischen Freunde, daran erinnert, dass die Kreditlast der afrikanischen Länder – über eine Billion Dollar – so hoch ist, dass es keine Möglichkeit gibt, diese Schulden zu begleichen, es wird einfach niemals gelingen.

Was ist das für ein System internationaler Finanzbeziehungen, das zu diesem Zustand geführt hat? Es ist eine Art von Kontribution [Zwangserhebung]. Dies sind keine Kredite, sondern geht über normale finanzielle und wirtschaftliche Beziehungen hinaus. Und das moderne Finanzsystem hat einen solchen Zustand geschaffen, es zu diesem Zustand gebracht. Deshalb habe ich dann im Scherz – im Scherz! – gesagt, dass nur Feiglinge Schulden bezahlen, und gewarnt, dass dies ein Scherz sei.

Aber es ist unnormal, wenn sich eine solche Situation aufbaut, und sicherlich muss etwas geändert werden. Dieses Bretton-Woods-System wurde einst auf Grundlage des Dollars geschaffen, aber all dies bricht allmählich zusammen. Schließlich ist eine Währung ein Derivat der Stärke der Wirtschaft des Landes, das diese Währung ausgibt. Der US-Wirtschaft-Anteil am Welt-BIP schrumpft – auch das ist eine offensichtliche Sache, das sagen die statistischen Daten. Der Anteil der BRICS-Länder, auch das habe ich erwähnt, an der Kaufkraftparität im Verhältnis zum Anteil der G7-Länder nimmt zu, insbesondere nachdem neue Mitglieder der [BRICS-]Organisation beigetreten sind. Dies ist bereits ein ernstzunehmender Wert, der Unterschied ist ziemlich gravierend.

Ja, die Volkswirtschaften der Vereinigten Staaten und der Eurozone beruhen auf moderner Technologie, und das Pro-Kopf-Einkommen ist viel höher als in den Entwicklungsländern. Aber was ist der Trend? Dort geht alles in die Rezession und ins Minus, während es in den BRICS-Ländern ein solches Wachstum gibt, selbst nach den Schlägen gegen die russische Wirtschaft. Und offenbar wurde damit gerechnet, dass das Land einfach zusammenbricht, dass die Wirtschaft zusammenbricht und dass das Land Russland zusammenbricht.

Wir haben nicht nur alle Schwierigkeiten des vergangenen Jahres überwunden, sondern wir befinden uns im Plus: Die Wirtschaft wächst um drei Prozent, die Arbeitslosigkeit liegt bei drei Prozent, und die Schulden werden abgebaut. Wir haben die Auslandsverschuldung erheblich reduziert. Alle unsere Unternehmen bedienen alle ihre Zahlungsverpflichtungen. Ja, wir haben Probleme, wir sehen sie: ausbleibende Einnahmen, Schwächung der Landeswährung. Wir sehen sie, und die Zentralbank und die Regierung reagieren darauf. Ich bin sicher, dass die Schritte richtig sind und die Ergebnisse gut sein werden.

Aber was die BRICS betrifft, so geht es nicht darum, eine einheitliche Währung jetzt zu schaffen, sondern ein Verrechnungssystem einzurichten, eine Finanzlogistik zu schaffen, um Verrechnungen zwischen unseren Ländern zu gewährleisten, um zur Verrechnung in nationalen Währungen überzugehen und dabei zu verstehen, was mit unseren nationalen Währungen geschieht, die makroökonomischen Indikatoren unserer Volkswirtschaften, die Wechselkursunterschiede, die Inflationsprozesse im Auge zu behalten. Das ist keine einfache Situation, aber sie ist lösbar: daran müssen wir arbeiten.

Gestern haben wir mit unseren Experten über dieses Thema gesprochen, auch über die Möglichkeiten zur Schaffung einer einheitlichen BRICS-Währung. Theoretisch ist das wahrscheinlich möglich, aber um das zu erreichen, müssen wir eine gewisse Parität der Entwicklung unserer Volkswirtschaften erreichen, aber das ist eine sehr ferne Aussicht.

Wie mir meine Kollegen erzählt haben, ist die Eurozone einst zum Euro, zu einer gemeinsamen Währung übergegangen, ohne darüber nachzudenken, wie das in Bezug auf Länder mit unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsstand funktionieren würde, und es kam zu Problemen. Warum sollten wir 'auf die gleiche Harke treten'? Eine solche Frage steht nicht einmal auf der Tagesordnung. Aber wir müssen und werden an der Vervollkommnung des gesamten Finanzsystems arbeiten – sowohl der globalen Finanzen als auch der Finanzbeziehungen innerhalb der BRICS.

[F.L.]: Herr Präsident, wir arbeiten bereits seit drei Stunden. Langweilen wir Sie nicht schon?

[W.P.]: Wie kann ich das sagen?

[F.L.]: Ich verstehe. Das ist die richtige Antwort.

[W.P.]: Aber es ist an der Zeit, zu Ende zu kommen, vielleicht langsam.

[F.L.]: In Ordnung, wir werden bald fertig sein. Herr de Gaulle.

## Zum globalen Dialog über Grundwerte

Pierre de Gaulle (in der Übersetzung): Herr Präsident, ich bin Pierre de Gaulle, Vorsitzender der Vereinigung 'MIR France et Francophonie' und ein wahrer Freund Ihres Landes. Genau wie meine Familie bin ich für die Freundschaft zwischen Russland und Frankreich. Immer mehr Menschen in Frankreich, in Europa, teilen dieselbe Ansicht.

Die Freundschaft und Partnerschaft zwischen Russland und Frankreich war eine der Säulen der Politik meines Großvaters [Charles de Gaulle], und ich möchte sie wiederherstellen. Frankreich basiert auf Grundwerten wie Familie, Patriotismus und geistiger Verantwortung – das sind Dinge, die in der westlichen Welt im Verschwinden begriffen sind. Ich denke, dass diese Grundwerte sehr wichtig sind, um Frieden zu schaffen und Völkerverständigung zu ermöglichen. Daher scheint mir, dass der Konflikt in der Ukraine ein ideologischer Konflikt ist, ja sogar ein Konflikt der Zivilisationen. Denn auf der einen Seite steht die westliche Welt, die ihre Seele verloren hat, die alles für das Ego, für momentane Vergnügungen eingetauscht hat. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass die Zivilisation so nicht leben kann. Auf der anderen Seite gibt es eine multipolare Welt unter der Ägide Russlands, Chinas, Indiens, afrikanischer und arabischer Länder. Diese Menschen, diese Nationen sind bereit, für ihre traditionellen Werte, ihre Grundwerte zu kämpfen. Für mich, Herr Präsident, ist dies ein ideologischer Konflikt. Deshalb glaube ich, dass er sich fortsetzen und aus-

[W.P.]: Zunächst einmal möchte ich sagen, dass es eine große Ehre für uns ist, den Enkel von General de Gaulle in Russland zu empfangen. (Beifall.)

weiten wird. Was meinen Sie dazu?

Der amtierende Präsident [MACRON] und ich haben einmal beiläufig einige Themen angesprochen, und ich habe gesagt – ich kann mich hier wiederholen, ich will keine historischen Bewertungen abgeben, alles war sehr kompliziert, – aber für uns in Russland ist ungeachtet des Unterschieds im militärischen Rang der Held nicht Marschall PÉTAIN, sondern General DE GAULLE, denn er verkörperte Frankreich und dessen Streben nach Freiheit, nach Unabhängigkeit, nach Würde und die heldenhaften Piloten des Geschwaders 'Normandie-Njemen'.

Ja, heute ist die Situation anders, heute stehen ganz andere Leute an der Spitze Frankreichs – und das ist keine Frage des Alters, sondern der Ansichten über die Rolle, über Frankreichs Bedeutung, vielleicht sogar über seine Geschichte, über seine Zukunft. Ich werde keine Bewertung abgeben – das ist nicht unsere

Sache, das ist die Sache der Franzosen selbst. Aber ich weiß, dass es in Frankreich viele Menschen mit den von Ihnen vertretenen Ansichten gibt, wahre Freunde Russlands, und ihre Zahl wächst.

Wird sich diese Situation im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in der Welt weiter verstärken, da diese ideologische Konfrontation weitergehen wird, wie Sie sagten? Sie wird niemals enden, das ist offensichtlich. Diese verschiedenen Strömungen, egal in welcher Form sie auftreten, werden sich natürlich immer untereinander bekämpfen, das ist klar. Aber meiner Meinung nach wird das Bewusstsein für die Wichtigkeit, die bleibende Bedeutung nationaler Werte und Traditionen in den europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten selbst allmählich an Schwung gewinnen.

Und in diesem Sinne denke ich, dass die ideologische Konfrontation zwar weitergehen wird, aber die Zukunft liegt dennoch bei den national orientierten Kräften in der Welt. Und das Gleichgewicht zwischen ihnen auf der Weltbühne sollte, wie ich in meiner Rede sagte, durch die Suche nach Kompromissen zwischen den Zivilisationen erreicht werden.

[F.L.]: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben wirklich nicht mehr viel Zeit, also lassen Sie uns loslegen. Bitte, bitte, ganz kurze Fragen.

[W.P.]: Bitte versuchen Sie es mit einer kurzen Frage.

### Zum Platz Moldawiens und zur Gas-Union in Mittelasien

Konstantin STARYSCH, Republik Moldawien, parlamentarische Opposition: Ich werde es versuchen. Ich danke Ihnen. Meine Frage lautet wie folgt. Früher oder später wird dieser Konflikt enden und ich würde gerne glauben, dass eine Art Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen beginnen wird. Ich spreche sehr egoistisch, denn wenn solche Konfrontationen stattfinden, sind Länder wie Moldawien sehr hitzig – fiebrig sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht.

Ich würde also gerne glauben, dass ein solcher Prozess der Neujustierung der Beziehungen, der das Schicksal des großen Europas für die nächsten Jahrzehnte bestimmen wird, doch noch in Gang kommen wird.

Welche Rolle können Ihrer Meinung nach, Wladimir Wladimirowitsch, Länder wie Moldawien in diesem Prozess spielen? Und welchen Platz können sie in dem zukünftigen Aufbau einnehmen, der als Ergebnis des Prozesses entstehen wird? Ich danke Ihnen.

[W.P.]: Das hängt von dem Volk Moldawiens ab. Ich werde das jetzt erklären. Wenn das Volk Moldawiens für diejenigen stimmt, die einen bedeutenden Teil ihrer [moldawischen] Souveränität an andere Länder abgeben und dann deren Interessen hinterhertrotten wollen, werden sie dementsprechend eine bestimmte Rolle spielen: Sie werden weder gesehen noch gehört werden. Und wenn sie den Weg der Wahrung der Souveränität, der nationalen Würde, der Wahrung ihrer nationalen Traditionen gehen, dann werden wir uns, wie ich in meiner Rede gesagt habe, darum bemühen, dass alle Länder, unabhängig von ihrer Größe, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage, eine gleichberechtigte Stimme haben, dass alle einander als Gleiche behandelt werden. Ich weiß nicht, wie das alles funktionieren wird, aber das ist unsere Position, und das ist es, wonach wir streben werden. – Bitte.

**Kubat RACHIMOW**, Kirgisische Republik: Eine kurze Frage. Wir sehen ein erfolgreiches Beispiel für die Schaffung einer Gas-Union zwischen Russland, Usbekistan und Kasachstan. Dieses Jahr, bereits im Oktober, wird Usbekistan russisches Gas erhalten. Aber wir haben noch zwei weitere Probleme in Zentral-Asien: Wasser und Energie.

Wie beurteilen Sie ... die Aussichten auf Schaffung einer Wasser- und Energie-Union, in der Russland als aktiver Akteur/Moderator der Prozesse auftreten würde, um soziale Instabilität und sogar bewaffnete Konflikte zu vermeiden?

[W.P.]: Was die Energiewirtschaft und Lieferung von Energieträgern angeht, so haben wir nie Gas aus Russland nach Zentralasien geliefert. Zu Sowjetzeiten waren die Dinge dort anders: Gas wurde aus Zentralasien über zwei Pipeline-Systeme geliefert.

Aber jetzt, angesichts des wachsenden Bedarfs, der wachsenden Wirtschaft unserer Freunde in Zentralasien und der klimatischen Veränderungen – in diesem Jahr herrschten in Kasachstan, in Taschkent, minus 21 Grad C, minus 24 Grad, ich denke, dass sich niemand an so etwas erinnern kann, es ist einfach unglaublich, aber es ist passiert, was bedeutet, dass es wieder passieren kann – haben sie uns eine Anfrage gestellt, uns gebeten, darüber nachzudenken, ob wir anfangen sollen, russisches Gas in diese Länder zu liefern. Es ist schwierig, ohne diese Lieferungen auszukommen, das verstehen wir.

Wir haben das gemeinsam ausgearbeitet. Unsere Freunde in Kasachstan haben einen Plan zur Wiederherstellung ihres Teils des Pipelinesystems ausgearbeitet und umgesetzt, und dasselbe wurde in Usbekistan getan. Und Gazprom musste dies auf dem Territorium der Russischen Föderation tun, einschließlich der Neukonfiguration einiger unserer technischen Kapazitäten. Denn, ich wiederhole es noch einmal, zu Zeiten der Sowjetunion wurde das Gas in die eine Richtung geliefert, und jetzt müssen wir es in die andere Richtung liefern.

Wir werden es tun, technisch ist es bereits geschehen. Im Oktober dieses Jahres werden wir mit vollwertigen Lieferungen beginnen, zwar nur in geringem Umfang, aber für die Wirtschaft sowohl Kasachstans als auch Usbekistans ist das entscheidend. Wir werden drei Milliarden Kubikmeter pro Jahr liefern, und danach können wir die Menge erhöhen.

Ja, es gibt noch andere Probleme: Energiewirtschaft im weitesten Sinne des Wortes, Wasserkraft, Wasser – das sind alles lösbare Probleme. Sie sind aus wirtschaftlicher und finanzieller Sicht nicht einfach, aber sie sind lösbar. Aber bei der Lösung all dieser Probleme sollten wir natürlich die Umwelt nicht vergessen. Das liegt alles in unserem Blickfeld, auch bei unseren kirgisischen Freunden. Wir wissen darüber Bescheid, wir arbeiten daran. Und wir sprechen ständig mit dem derzeitigen Premierminister darüber. Ich hoffe, dass wir ihn in naher Zukunft auf dem GUS-Gipfel sehen werden, und wir werden auch darüber sprechen. Es steht also alles auf der Tagesordnung, wir verstehen, dass es für unsere Länder wichtig ist.

Übrigens, was die Lieferung unseres Gases an Moldawien betrifft. Ich habe mitbekommen, dass einer der moldawischen Offiziellen sagte, dass Moldawien kein russisches Gas mehr kauft. Ehrlich gesagt war ich ein wenig überrascht, denn die Bedingungen, zu denen wir Gas an die Republik Moldau liefern, sind moldauische Bedingungen: Es waren die Moldauer, die uns um solche Lieferund Preisformeln gebeten haben, es war ein moldauischer Vorschlag. Und wir haben zugestimmt, trotz aller Widersprüche im politischen Bereich. Wir haben uns für den Vorschlag der moldawischen Seite entschieden. Natürlich müssen aber die Fragen im Zusammenhang mit den Zahlungsverpflichtungen gelöst werden, das ist hier eine offensichtliche Sache.

Trotz der Erklärung moldawischer Offizieller, dass Moldawien den Empfang unseres Gases stornierte, habe ich (Alexej) MILLER gestern gefragt, was sie tun, was sie machen – brauchen sie kein Gas? Er sagte: "Nein, wir liefern immer noch Gas, es hat sich überhaupt nichts geändert". Was sind das für Leute? Sie reden mit dem Mund, es ist nicht klar, warum sie es tun, und meiner Meinung nach schaden sie nur der Wirtschaft Moldawiens. – Ja, bitte.

## Zur Größe Russlands, zu Freiwilligen und PMC-'Wagner'

Alexander PROCHANOW: Wladimir Wladimirowitsch, Pjotr STOLYPIN sagte zu den Unruhestiftern seinen berühmten Satz: "Wir brauchen ein großes Russland – wir brauchen große Erschütterungen [Umwälzungen]". Große Erschütterungen sind damals nicht an Russland vorbeigegangen. Das letzte Mal, dass wir solche Erschütterungen erlebten, war 1991. Heute ist Russland auf dem Weg von großen Umwälzungen zu Größe.

Was ist für Sie die Größe Russlands? Ich danke Ihnen.

[W.P.]: Wir kennen Sie alle als Schriftsteller, als Patriot Russlands und als Fundamentalist russländischer Staatlichkeit, würde ich sagen. Was die Größe Russlands betrifft. Sie wissen, dass die Größe Russlands heute in der Stärkung seiner Souveränität liegt, und Souveränität basiert auf Autarkie in der Technologie, im Finanzwesen, in der Wirtschaft insgesamt, in der Sphäre der Verteidigung und Sicherheit.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich Folgendes sagen. Diejenigen, die heute aus irgendeinem Grund nach 1991 begannen, Russland zu bekämpfen, ich habe es teilweise in meiner Rede erwähnt ... Ich verstehe überhaupt nicht, warum sie das getan haben – nur aus Selbstbewusstsein und Dummheit, anders kann ich es nicht sagen. Ich frage mich immer wieder: Warum? Schließlich hatten wir unsere Hände ausgestreckt: wir wollen, wir sind hier. Nein, sie haben versucht, uns völlig zu zerschlagen. Aber warum? Mehr oder weniger haben sie angefangen, es zu tun. Das führte uns zur einzigen Wahl – unsere Souveränität in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Technologie und Sicherheit zu stärken. Also diejenigen, die damit begannen und uns in das gegenwärtige Stadium einer so heißen Konfrontation brachten, begannen uns Sanktionen aufzuerlegen; sie haben das Gegenteil vom erwarteten Ergebnis erreicht. Wir erleben eine absolut offensichtliche Veränderung in der Struktur der russländischen Wirtschaft. Ich habe es bereits gesagt: In der Struktur des BIP haben wir drei Prozent durch Öl und Gas hinzugewonnen und 43 Prozent durch die Verarbeitende Industrie, darunter natürlich die Verteidigung, aber nicht nur, wie ich bereits sagte, die Elektronik, die Optik, den Maschinenbau. Sie haben unseren Markt verlassen, weil sie anscheinend dachten, dass alles zusammenbrechen würde, aber nein: alles wird nur noch stärker. Ja, die Inflation ist ein wenig angestiegen. Ja, der Rubel selbst schwankt. Wir sehen diese Probleme. Aber die Struktur der Wirtschaft verändert sich: Sie wird immer hochtechnologischer, und wir müssen

diesen Trend beibehalten. Und das werden wir definitiv tun, und auf dieser Grundlage werden wir unsere Verteidigungsfähigkeit weiter stärken. Wir sehen auch die Probleme, die, entschuldigen Sie, wenn ich es so ausdrücke, im Verlauf der Kampfhandlungen auftreten. Wir sehen, woran es uns noch mangelt, aber wir steigern diese Produktion, und zwar um ein Vielfaches in einigen Richtungen – nicht um Prozentsätze, sondern um ein Vielfaches.

Wenn wir all diese Trends beibehalten, und das werden wir mit Sicherheit, sind wir auf die Unterstützung und das Vertrauen unseres Volkes angewiesen, was sich unter anderem darin zeigt, dass wir einen großen Zustrom von Freiwilligen haben, die sich den Streitkräften anschließen. Wir haben bereits 335.000 Leute, die sich freiwillig gemeldet und Verträge mit dem Verteidigungsministerium unterschrieben haben, und weitere etwas mehr als 5.000 sog. 'Freiwillige'. Obwohl sie alle Freiwillige sind – sie kommen freiwillig, aber es ist einfach eine andere Kategorie - sie unterschreiben nur Verträge für einen kürzeren Zeitraum. Insgesamt sind es bereits etwa 350 Tausend. Und das ist ein Zeichen für das Vertrauen der Menschen in die Politik des russländischen Staates. Denn jeder kann sehen, dass wir es nicht mit unmittelbaren Problemen zu tun haben. Wir können vielleicht nicht alles so machen, wie wir es gerne hätten, aber die überwältigende Mehrheit der Bürger sieht, dass alles darauf ausgerichtet ist, den russländischen Staat, die russländische Staatlichkeit weiter zu festigen. Es ist vielschichtig, aber der Trend ist – ganz offensichtlich – sehr positiv, richtig. Unsere Aufgabe ist es, diese Trends aufrechtzuerhalten, und das werden wir auch tun. Ich danke Ihnen.

# (Beifall.)

- [F.L.]: Wladimir Wladimirowitsch, darf ich etwas einwerfen, da Sie Freiwillige erwähnt haben? Es ist nur so, dass es kürzlich, im vergangenen Jahr, u. a. ein sehr dramatisches Ereignis gab eine versuchte militärische Meuterei. Sie haben sich kürzlich mit einem Vertreter der ...
- [W.P.]: Ich wollte mit positiven Bemerkungen abschließen, aber es geht nicht.
- [F.L.]: Das ist positiv. Ich wollte nur fragen: Wissen wir jetzt, wie wir mit privaten Militärunternehmen [PMC] umgehen sollen?
- [W.P.]: Wissen Sie, 'Private Militärunternehmen' das war eine journalistische Bezeichnung. Es gibt keine privaten Militärunternehmen in Russland, weil es kein Gesetz über private Militärfirmen gibt. Sie existieren nicht und haben in Russland nicht existiert.

Die Erfahrungen, die wir gemacht haben, waren so verkorkst, weil sie nicht auf dem Gesetz beruhten. Ja, die Erfahrungen kamen aus der Notwendigkeit in der aktuellen Situation auf dem Gefechtsfeld, um es ganz offen zu sagen. Und als das Verteidigungsministerium einem Teil dieses Unternehmens vorschlug, zu verlegen und an den Kämpfen teilzunehmen, hatte ich nichts dagegen, denn die Leute handelten freiwillig, und wir sahen, dass sie heldenhaft kämpften. Aber die Interessen auch der einfachen Glieder dieses Unternehmens und die des Managements dieses Unternehmens – sie stimmen nicht immer überein. Nicht alle erhielten Bezüge aus der Lieferung von Nahrungsgütern an die Streitkräfte, ich glaube [im Umfang von] 840 Milliarden Rubel. Noch andere Probleme gab es im Zusammenhang mit der rein wirtschaftlichen Komponente, aber darauf möchte ich jetzt nicht eingehen.

Wir haben in Russland noch keine einheitliche Meinung darüber, ob wir solche Formationen brauchen oder nicht, aber ich kann mit Sicherheit zum heutigen Tag sagen, dass mehrere tausend Kämpfer des Unternehmens bereits Verträge mit den Streitkräften unterzeichnet haben. Sie wollen – und falls sie wollen, dann werden sie auch – an Kampfhandlungen teilnehmen. Das ist das Erste.

Zweitens. Sie tun es auf der Grundlage unterzeichneter individueller Verträge, was vorher nicht der Fall war. Das war ein großer Fehler, denn es garantierte den Menschen keinen sozialen Schutz: Wenn es keinen Vertrag gibt, dann gibt es auch keine sozialen Verpflichtungen seitens des Staates. Was zu verborgen ist, weiß jeder: Das Geld wurde in bar ausgezahlt. Wie ist 'bar' gemeint? Ehrlich gesagt ist das auch meine Schuld, ich konnte mir nicht vorstellen, wie das sein kann? Und wenn 'bar' bedeutet, jemand hat es bekommen, jemand hat es nicht bekommen – wer bestimmt, wer was verdient? Das ist die Frage. Wenn wir es also tun, dann müssen wir es auf Gesetzesgrundlage tun. Das ist ein schwieriger, komplizierter Prozess. Wir diskutieren darüber und denken darüber nach.

Solche Unternehmen gibt es in vielen Ländern, sie arbeiten aktiv, und vor allem arbeiten sie im Ausland, das wissen wir natürlich alle. Ob wir sie brauchen oder nicht, darüber werden wir nachdenken. Jetzt sehen wir, was an der Berührungslinie [Frontlinie] geschieht. Die russländischen Truppen fühlen dort Zuversicht und bewegen sich in viele Richtungen.

Gestern sind sie entlang der gesamten Berührungslinie in 12 Abschnitten – wir richten unsere grundlegende Aufmerksamkeit nicht so sehr darauf, aber es ist wichtig – in 12 Richtungen vorgerückt: in etwa 300, 400, 500 [Meter], in zwei

Abschnitten – 1.500, 1.600 Meter tief. Das nennt man einfach Verbesserung der eigenen Lage auf dem Gefechtsfeld, das sind so taktische Dinge, aber sie sind von Bedeutung. Brauchen wir deshalb hier also private Militärunternehmen? Wir brauchen die Leute, die zum Kämpfen kommen und die Interessen des Heimatlandes verteidigen wollen, die für das Heimatland kämpfen – es gibt solche Leute, auch die von jenem Unternehmen, das Sie erwähnt haben.

Ich weiß, dass sicher die Frage im Raum steht: Was ist mit dem Management des Unternehmens geschehen usw. Wir wissen über die Flugzeugkatastrophe Bescheid, der Leiter des Untersuchungsausschusses (Alexander BASTRYKIN) hat mir erst neulich berichtet: In den Körpern der bei der Flugzeugkatastrophe Getöteten wurden Fragmente von Handgranaten gefunden. Es gab keine äußere Einwirkung auf das Flugzeug – das ist die festgestellte Tatsache, das Ergebnis der von dem Untersuchungskomitee der Russischen Föderation durchgeführten Ermittlung. Aber die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Ja, leider wurde keine Expertise über das Vorhandensein von Alkohol oder Drogen im Blut der Toten durchgeführt, obwohl wir wissen, dass nach diesen bekannten Ereignissen der FSB in St. Petersburg im (Büro) der Firma ('Wagner'] nicht nur 10 Milliarden in bar, sondern auch fünf Kilogramm Kokain gefunden hat. Aber ich wiederhole noch einmal: Meiner Meinung nach hätte eine solche Expertise durchgeführt werden müssen, aber sie wurde nicht durchgeführt. Ich habe Ihnen gesagt, was wir haben.

Ich möchte gleich sagen, dass ich den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gefragt habe, ob dies öffentlich gesagt werden kann. Er sagte: Ja, das können Sie, das ist eine feststehende Tatsache. Also auf diese Art und Weise.

Lassen Sie uns nun eine weitere Frage stellen.

[F.L.]: Damit wir hier nicht aufhören. Margarita Simonjan, vielleicht?

[W.P.]: Ja, Margarita, bitte. Sie können das zwar tun, aber Sie könnten auch unseren ausländischen [Gästen] das Wort überlassen.

[F.L.]: Entscheiden Sie sich.

#### Zum Karabach-Konflikt

Margarita **SIMONJAN**: Ich fasse mich kurz, Wladimir Wladimirowitsch.

[**W.P.**]: Gut.

[M.S.]: Sie haben zu Karabach gesprochen. Als ethnische Armenierin kann ich nicht anders, als darauf zu reagieren, und ich erlaube mir, Ihnen zu versichern,

dass alle normalen Armenier alles bestens verstehen – sie verstehen sehr gut, dass PASCHINJAN damals an die Macht gebracht wurde, um Karabach wegzugeben und solche Fragen aufzuwerfen, wie sie unser führender europäischer Politiker zitiert hat. Normale Armenier verstehen, dass es ohne Russland keine armenische Nation gäbe – sowohl im frühen 19. Jahrhundert, als GRIBOJEDOW sie rettete, als auch am Beginn des 21. Jahrhundert, als die Friedenstruppen in Karabach sie retteten. Soweit die Anmerkung.

Die Frage ist kurz. Unser Gast aus Ungarn möchte nicht nach unserem Odessa fragen, ich aber schon, denn Odessa ist eine russische Stadt, eine wunderschöne Stadt. Und wir sind der Meinung, dass russische Städte in Russland existieren sollten. Im Zusammenhang damit – die Frage. Wo sollen wir Ihrer Meinung nach aufhören [anhalten]? Ich danke Ihnen.

[W.P.]: Zum ersten Teil Ihres Redebeitrags. Ich kann Ihnen nicht zustimmen, dass Premierminister PASCHINJAN durch jemandem von außen an die Macht gebracht wurde, um Karabach wegzugeben. Letztlich war es die Entscheidung des armenischen Volkes. Ja, wir können unterschiedliche Auffassungen zu den Wahlen haben, aber es ist eine Tatsache. Deshalb bin ich hier anderer Meinung als Sie. Das ist der erste Punkt.

Zweitens stimme ich auch nicht zu, dass er versucht hat, Karabach aufzugeben. Ich habe mit ihm kommuniziert, ich habe eng mit ihm kommuniziert, sowohl während dieses Konflikts als auch früher, versteht sich. Erinnern wir uns doch: Als er an die Macht kam, sagte er, dass Karabach ein Teil Armeniens sei. So etwas hatte vor ihm noch niemand gesagt. Aber dann änderte sich seine Position dramatisch. Warum? – das ist keine Frage für mich. Und weiter während des Konflikts im Jahr 2020 – ich stand mit ihm in Kontakt, und meiner Meinung nach bemühte er sich aufrichtig, die Situation zu erhalten, sie zu bewahren.

Ich sage jetzt nicht, ob seine Entscheidungen richtig oder fehlerhaft waren – es steht mir nicht zu, darüber zu urteilen. Aber ich denke, es ist unfair zu sagen, dass er Karabach zielgerichtet [absichtlich] aufgegeben hat.

Nun zu der Frage, wo wir aufhören [anhalten] sollten. Wissen Sie, es geht nicht um Territorien, es geht um die Sicherheitsgarantien für die Völker Russlands und des russländischen Staates, und das ist eine kompliziertere Frage als jedes Territorium, es geht um die Sicherheit der Menschen, die Russland als ihre Heimat betrachten, und wir betrachten sie als unsere Leute. Dies ist ein kompliziertes Thema, das ein Gespräch erfordert. Ich habe Angst, mit Ihrem Mann zu

sprechen, er ist ein Mann mit extremen Überzeugungen, wenn nicht sogar ein Extremist. Aber wir werden das Thema später mit Ihnen besprechen.

[M.S.]: Vielen Dank.

## Zur wirtschaftlichen Weltordnung

**Muhammad Athar Javed** (in der Übersetzung): Herr Präsident! Mein Name ist Muhammad Athar Javed. Ich arbeite in Islamabad und würde gerne auf (Ihre) Anfangsausführungen zurückkommen.

Wir haben sehr wichtige Themen angesprochen, wir sprechen über Positionen des Westens und die Notwendigkeit eines Dialogs, eines konstruktiven Zusammenwirkens zwischen den Zivilisationen. Sie sagen immer wieder: "Wer sind sie, dass sie uns in Frage stellen oder uns etwas vorschreiben können?" Und wir verstehen, dass militärische Allianzen in der Tat das gesamte Kräfteverhältnisse im Nahen Osten mittels des Überfalls auf verschiedene Länder verändert haben, darunter Afghanistan, den Irak und so weiter.

Aber es gibt eine ernsthafte Frage. Wenn wir wirklich eine multipolare Welt aufbauen wollen, muss dies auf wirtschaftlichen Aspekten beruhen. Sie haben über die Energiewirtschaft gesprochen. Wenn man sich den Wettbewerb auf den Märkten ansieht, stellt man fest, dass man der Bevölkerung zum Beispiel keinen niedrigeren Preis anbieten kann, und das ist dann ein Vergehen gegen die eigenen Verbraucher.

Und das ist meine Frage. Ist im Zuge der Krisen die Möglichkeit für Russland zu sehen, eine neue wirtschaftliche Weltordnung zu schaffen? Ich bin Politikwissenschaftler, und mir scheint, dass sich alles um die Wirtschaftsordnung dreht. Wer die natürlichen Ressourcen kontrolliert, wer alle unsere Transportwege kontrolliert, hat alle Hebel in der Hand. Und gibt es irgendein neues Projekt, wie wir uns gegen Sanktionen wehren können?

Sanktionen strangulieren nicht nur Russland, sondern auch viele andere Länder. Russland überlebt, weil es über viele Ressourcen verfügt. Aber es gibt andere Länder, z. B. in Afrika und Asien, wir stehen vor ernsten Herausforderungen.

Könnten Sie Ihre eigene Meinung formulieren, wie würden Sie bestimmen, ob es in Zukunft möglich ist, eine neue wirtschaftliche Weltordnung unter Führung Russlands zu bilden?

[W.P.]: Ich schließe mich dem, was Sie gerade gesagt haben, vollständig an. Es ist wahr – die künftige Weltordnung wird sicherlich auf einem zukünftigen

Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystem beruhen. Es sollte ausgewogener sein, es sollte den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Teilnehmer am internationalen Dialog entsprechen – das ist so. Gibt es irgendwelche Aussichten, dass dies letztendlich geschehen wird? Das ist ein sehr komplizierter Prozess. Nach der Art und Weise zu urteilen, wie sich unsere Opponenten verhalten – nennen wir sie so, da wir jetzt über die Wirtschaft sprechen, werden wir keine irgendwelche anderen Begriffe verwenden, – klammern sie sich jedoch um jeden Preis an ihre Privilegien.

Ich habe bereits gesagt, und viele Leute meinen das auch, dass das Bretton-Woods-System überholt ist. Das sage nicht ich, das sind westliche Experten. Es muss geändert werden. Natürlich führt es zu so hässlichen Phänomenen wie z. B. Schuldenverpflichtungen von Entwicklungsländern, natürlich ist es die bedingungslose, vollständige Vorherrschaft des Dollars im Weltsystem. Das geschieht bereits, es ist nur eine Frage der Zeit.

Aber mit ihrem, sagen wir, gelinde gesagt, unprofessionellen Verhalten, ihrer Sturheit und ihrer Missachtung aller anderen Teilnehmer des internationalen Wirtschaftsdialogs, schießen sich, sagen wir, die politischen und finanziellen Behörden, die US-Wirtschaftsbehörden selbst ins Knie. Denn wenn sie die Verrechnungen in Dollar beschränken – was können wir dann tun? Wir sind dann einfach gezwungen, in nationalen Währungen abzurechnen. Wir sehen uns gezwungen, die Probleme zu diskutieren, die ich bereits auf die Frage der Kollegen erwähnt habe, um eine neue Logistik für diese Währungsabrechnungen zu schaffen.

Der Einflussbereich des Dollars schrumpft natürlich. Aber er schrumpft auch, weil die Vereinigten Staaten – eine riesige Volkswirtschaft, ein riesiges und großartiges Land, daran ist kein Zweifel, wir untertreiben oder übertreiben hier nichts – ihren Einflussbereich in der Weltwirtschaft selbst schrumpfen. Dafür gibt es objektive Gründe – das Wachstum der Schwellenländer, aufstrebender Volkswirtschaften und mit welchem [rasanten] Tempo sich Asien entwickelt. Dies ist bereits der Fall. Die Vereinigten Staaten beschleunigen diese Prozesse, da sie einer kurzfristigen politischen Konjunktur folgen. Aber, entschuldigen Sie, das ist, um es milde auszudrücken ... Wissen Sie, es gibt einen populären Ausdruck: 'Es ist schlimmer als ein Verbrechen, es ist ein Fehler'. Das ist so, und in diesem Fall ist es das auch wahr.

Gibt es irgendwelche Projekte? Es gibt Projekte, die eine neue wirtschaftliche und logistische Basis schaffen werden. Die gibt es natürlich. Da ist Präsident XI JINPING, der ein solches Projekt vorschlägt, 'One Belt, One Road' [BRI]. Dies ist ein einigender Slogan – "Ein Gürtel, eine Straße", alle zusammen. Und das Gleiche tun wir beim Aufbau der 'Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft': Wir denken gemeinsam darüber nach, wie wir uns zusammenschließen können. Und wenn sich die BRICS-Länder ankoppeln, die SOZ-Länder – sehen Sie, das ist die gemeinsame Arbeit zur Suche nach Lösungen, an der sich auch Pakistan beteiligt. Natürlich ist das eine komplizierte Aufgabe, die Zeit brauchen wird. Aber die Einsicht, dass es für alle vorteilhaft ist, wird den Prozess vorantreiben. Und ich beende mit dem, worüber ich anfangs sprach. In diesem Sinne ist die Stärkung einer multipolaren Welt unumgänglich. Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

## Schlussbemerkungen auf dem Podium

[F.L.]: Vielen Dank, Herr Präsident. Wir freuen uns darauf, Sie in einem Jahr beim XXI. Waldai-Diskussionsforum wiederzusehen.

[W.P.]: Ich freue mich auch darauf, Sie alle bei Veranstaltungen dieser Art zu sehen, und ich möchte Ihnen für Ihre Teilnahme danken.

Vielen Dank. Alles Gute. •

\* \* \*

#### **DOKUMENTATION**

dgksp-diskussionspapiere, 2023, Auszug-XXXIX (Vorabdruck ISSN 2627-3470)

Übersetzung und Redaktion: 15. Oktober 2023

Rainer Böhme

Oberst a. D., Dr. rer. mil.

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von *WeltTrends – das außenpolitische Journal*